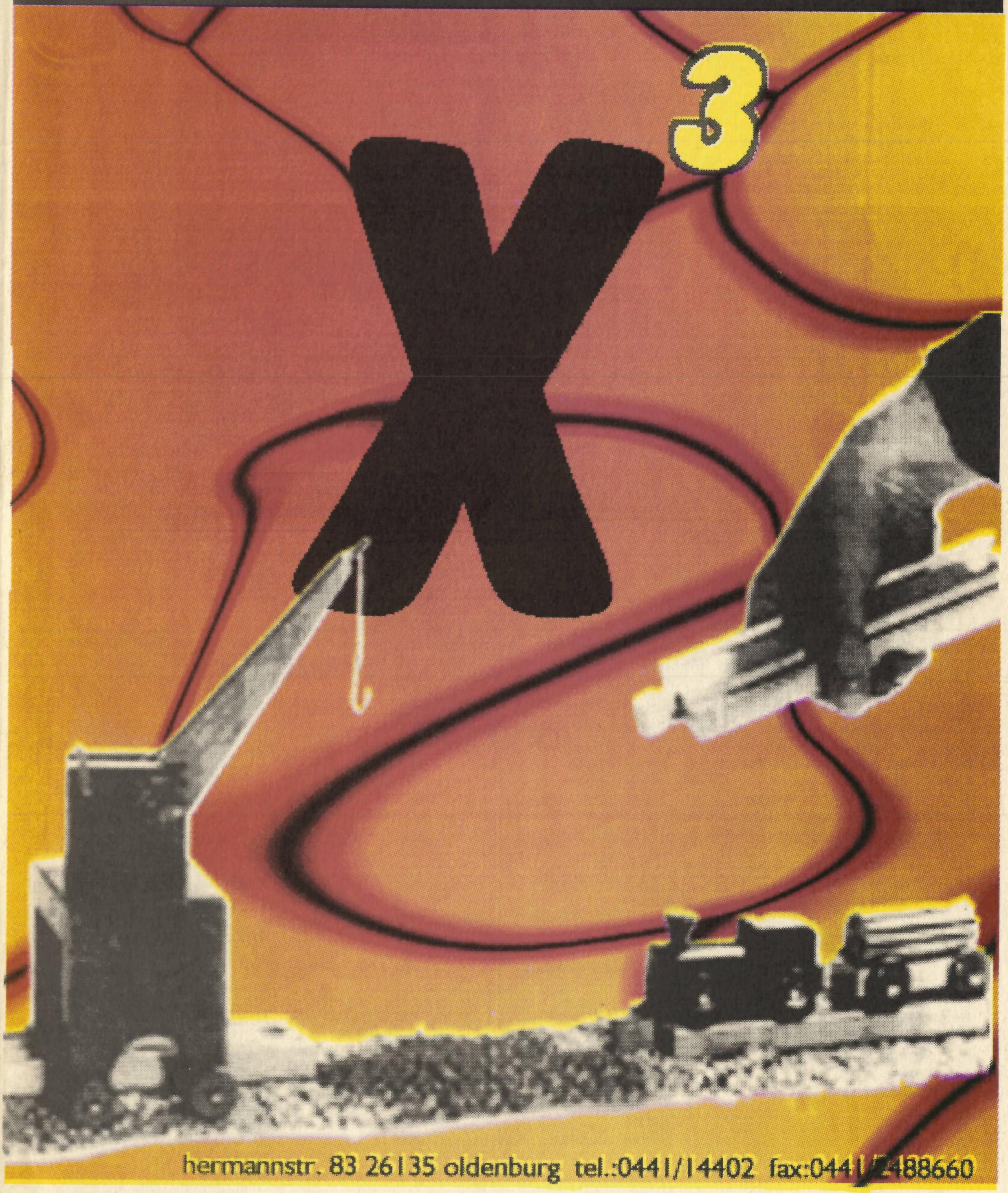
alhambra

selbstverwaltetes aktions und kommunikationszentrum

oktober 96



hermannstr. 83 26135 oldenburg tel.:0441/14402 fax:0441/2488660

Die Alhambra - Zeitung wird unterstützt von:
AK „Kein Fußbreit den FaschistInnen"
ALSO-Plenum
Alternative Liste der C.v.0.-Uni
Antifa-Jugend-Front (AJF)
Antimilitarismus-Anti-AKW-Gruppe
Arbeitskreis Asyl
Hochschulgruppe ausländischer StdentInnen
Café Quox
Crush Hour Concerts
Deutsche Kommunistische Partei Ol.
Dritte Welt Laden
Donna 45
Filmriß
Frauengruppe „Autonomes Fräuleinwunder"
Freie ArbeiterInnen Union/1.A.A.OG Aurich
Initiative für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze
Jazzclub Alluvium
Lateinamerika-Gruppe
Na-Und e.V.
Oldenburger Linke Liste (OLLI)
Oldenburger Rechtshilfe
PDS - Linke Liste Oldenburg
Rosige Zeiten
SDAJ
Stachel
Totalverweigerer Gruppe Oldenburg
Tierrechtsoffensive Ol. (T.O.O.)
zweiundvierzig

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder.
V.i.S.d.P: K.Fischer

alhambra -grundsätzliches-

Auch wenn es nur wenige wissen, das Alhambra ist so ziemlich einmalig.
Es ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikatonszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B.Discos eingenommen.
Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten.
Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich (oft mit Streß und Nerverei verbunden) tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet.
Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können.
Jeden zweiten Freitag im Monat, vor „Die Disco", trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum".
Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc.
Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das "NutzerInnen-Plenum" ist der einzige Ort, an dem dies besprochen, und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Spendenkonto:
LzO BLZ: 280 501 00 Kto.Nr.: 000-430 397

moin,moin,

hier einige Infos aus dem Loch: Das Verfahren gegen den Alhambra Vorstand wegen dem Abdruck des neuen (und schon kriminalisierten) PKK- Emblems (§20 Vereinsgesetz) ist eingestellt worden, da der presserechtlich Verantwortliche nicht ermittelt werden konnte.

Glosch ist frei! Sein Haftbefehl im §129-Verfahren gegen die *radikal* ist gegen zwanzigtausend Mark Kaution und die üblichen Auflagen ausgesetzt worden. Erhol Dich gut!

Einiges zum Klima im Prozeß um die Totale Kriegsdienstverweigerung von Andreas: Die Staatsanwältin hat keine Ahnung und fordert sechs Monate auf Bewährung. Erschwerender Grund sei das Nichtstellen eines Totalverweigerungsantrags (an dem Formular sind wir auch stark interessiert!). So muß Richter Lübben die Anklage übernehmen. Er regt sich über barfuß erscheinende BesucherInnen auf, ebenso wird sich um des Verteidigers (nicht) weiße Krawatte gestritten. Andreas wird in den Fragen des Richters suggestiv unterstellt, nicht aus politischen und Gewissengründen gehandelt zu haben. Das Plädoyer wurde dann unterbrochen, dem Verteidiger Weitschweifigkeit und sein vorbereitetes Verteidigungskonzept vorgehalten. Motto: „Guter Anwalt mit dem immer gleichen Text, verteidigt Angeklagten ohne lautere Motive". Im Moment ist das Verfahren deshalb vertagt, da gegen den Richter ein Befangenheitsantrag gestellt wurde.

Der Prozeß gegen Marion (Vermummung/ Widerstand auf der 8.Mai-Demo in Berlin) wurde in den Sommer '97 verschoben - bisher ohne Begründung.

Am Donnerstag, 3. Oktober beginnt die "interkulturelle Woche" in Oldenburg mit einer Musik und Theaterveranstaltung im Hauptbahnhof, die von einem großen Bündnis von MigrantInnengruppen, kirchlichen und kulturellen Organisationen getragen wird.

Zusätzlich zum Fest der deutschen Volksgemeinschaft findet in Ol das Spiel Leipzig / VfB statt. Wir gehen davon aus, daß Faschos wie Hools zu beiden Anläßen mobilisieren bzw. "spontan" am Bhf agieren werden. Wir rufen dazu auf, ab 14 Uhr möglichst zahlreich an den Kulturveranstaltungen teilzunehmen.

Das auf der letzten Mumia Veranstaltung vorgestellten Buch "In defense of Mumia", eine englischsprachige Sammlung von Texten und Kunstwerken bekannter, meist afroamerikanischer KünstlerInnen, ist jetzt auf dem Donnerstag-Büchertisch in der Uni und im "Dritte Welt"-Infoladen für 25,- DM zu kaufen.

Für TexteschreiberInnen: Bitte Vorlagen auf weißem Papier (kein Öko!), oder gleich auf Diskette bis zum jeweils 20. des Monats - Danke!

... weitere Termine zu MigrantInnen und Antifa (M) siehe S.19

Inhalt:

Safwan Eid	3	Kirchenasyl gesprengt	28
Grevesmühlen	7	Kurdistan aktuell	30
Interview mit Ulli	9	Nigeria - Free Beko Kuti	32
Lauschangriff	12	radikal im Internet	33
Verfolgung von Anarchis-		Ahaus - Anti AKW	34
tInnen in Italien	14	Medienbus	35
Antifa OL	14	Neues von den Karlas	36
expo 2000 in Hannover	15	zweiundvierzig	37
Das Intergalaktische	20	Food not bombs	37
Maquiladora	24	Crushhour	38
Lebensbaum: Transfair?	26	Filmriß	39

Die Anklage gegen Safwan Eid und ihre Widersprüche.
Anmerkungen zum Lübecker Prozeß

Schwache Indizien...

Am kommenden Montag wird vor der Jugendkammer des Lübecker Landgerichtes der Prozeß gegen Saftwan Eid beginnen. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Libanesen vor, für den Brand im Flüchtlingswohnheim in der Lübecker Hafenstraße in der Nacht vom 17. zum 18. Januar verantwortlich zu sein, durch den zehn Menschen starben. Im wesentlichen basiert die Beschuldigung auf der Aussage eines deutschen Rettungssanitäters, gegenüber dem Safwan Eid in der Tatnacht ein Geständnis abgelegt haben soll. Unterfüttert werden diese Angaben mit Untersuchungen von Sachverständigen, die bezeugen sollen, daß das Feuer im ersten Stock des Hauses ausgebrochen ist. sowie Aufzeichnungen von sechs abgehörten Gesprächen, die der Angeklagte mit seinen Besuchern in den ersten Wochen im Gefängnis geführt hatte. Eine »schwierige Beweislage«, wie Anklagevertreter Klaus-Dieter Schultz bereits Anfang Juni einräumen mußte.

Der Zeuge der Anklage

»Schlüssig habe der Zeuge Jens L. dargestellt, was der Angeklagte ihm gegenüber im Stadtwerkebus gesagt hat«, würdigt die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage den Hauptbelastungszeugen.

Safwan Eid soll dem Sanitäter auf der Fahrt ins Krankenhaus gestanden haben »Wir waren's«. Daraufhin habe der ehrenamtliche Rot-Kreuz-Helfer geantwortet, daß man so etwas doch nicht einfach sage. Ungefragt habe ihm der Angeklagte daraufhin erzählt, daß sie Streit mit einem Familienvater gehabt hätten. Wörtlich soll er geäußert haben: „Wir wollten uns dafür rächen. Und dann haben wir ihm Benzin an die Tür gekippt, angezündet, und dann ist das brennend die Treppe runtergelaufen und mit einem Mal stand die Treppe in Flammen.«

Safwan Eid hingegen erklärt in Vernehmungen am 19. und 20. Januar er habe gesagt, »die haben das gemacht« und »die haben uns die Treppe zuerst verbrannt, damit wir nicht runterlaufen können«. Er habe sich damit auf Wahrnehmungen seines Vaters bezogen, von denen ihm dieser in der Brandnacht berichtet hatte. Demnach hatte der Vater erzählt, er habe vor dem Auslösen des Feueralarms ein Quietschen vor dem Haus und daraufhin einen „Bumm" im Hausflur vernommen. Ohnehin sei der Sanitäter, so Safwan Eid gegenüber vernehmenden Beamten, im Bus nur 30 Sekunden bei ihm gewesen.

Der Hauptbelastungszeuge Jens L. machte über das, was er im Bus vernommen haben will, nach dem Anschlag widersprüchliche Aussagen. Spricht er in einer ersten polizeilichen Vernehmung noch von einem „Streit mit einem Familienvater" so berichtet er drei Tage später, am 22. Januar, von Zwistigkeiten zwischen Bewohnern. Von einem weiteren Motiv wußte er bereits vor seiner ersten Aussage bei den Ermittlungsbehörden seiner ehemaligen Zimmerwirtin zu berichten. Demnach, so gab die Zeugin an, habe er ihr gegenüber von einem Streit wegen eines Mädchens gesprochen. Noch im Bus erzählte er einer Kollegin über das von ihm vermeintlich vernommene Geständnis. Ihr gegenüber, so erläutert sie der Polizei, wollte Jens L. gehört habcn. „Wir haben Benzin in eine Flasche gefüllt". Dies habe er nicht gesagt, reagierte der Rettungssanitäter in späteren Ermittlungen. Seine Kollegin war sich allerdings auch bei einer zweiten Vernehmung über die Erwähnung einer Flasche sicher.

Sowohl der Zimmerwirtin, seiner Kollegin als auch dem Chef des 3. Zugs des DRK berichtete er seine angeblichen Wahrnehmungen während oder unmittelbar nach dem Brand Dennoch habe er Strupel gehabt, zur Polizei zu gehen. Schließlich unterstehe er der Schweigepflicht. Erst am 19. Januar, mittlerweile waren 50000 Mark Belohnung für Hinweise zur Ergreifung der Täter ausgesetzt, erfuhren die Ermittler von dem Geständnis. Nicht Jens L., sondern sein Freund und Kollege Matthias H. informierte die Fahnder. Mit ihm will Jens L. zwar erst am nächsten Tag über die angeblichen Äußerungen Eids gesprochen haben, H. selbst bestritt das aber in mehreren Vernehmungen. Noch am Brandort, spätestens um 7.30 Uhr, habe Jens L. ihm von dem Bekenntnis berichtet. Monate später, am 31. Mai, änderte auch Jens L. seine Aussage. Safwan Eid soll ihm demnach das Geständnis noch am Ereignisort gemacht haben.

Widersprüche über Widersprüche, doch die Staatsanwaltschaft gibt sich sicher: »Der Inhalt der Aussage des Zeugen L. belastet den Angeschuldigten in eindeutiger Weise.« Die Sanitäterin konnte sich in dem von ihr Gehörten »geirrt haben«, die Zimmerwirtin könnte »durch die Berichterstattung in den Medien in ihrer Erinnerung beeinflußt worden sein«. Derart mögliche Irrtümer räumt die Behörde jedoch weder dem Beschuldigten noch dessen Angehörigen ein. Die Einlassungen Safwan Eids seien als »reine Schutzbehauptungen« zu werten. Die Angaben von dessen Vater, er habe Geräusche und ein »Bumm« gehört, stellten sich »als reine Spekulation oder aber als den bewußten Versuch dar, vom tatsächlichen Geschehen abzulenken«.

Täterwissen und Brandausbruchsort

Bereits am 20. Januar präsentiert Staatsanwalt Klaus-Dieter Schultz der Öffentlichkeit weitere „sichere Beweise". »Der Beschuldigte hat Wissen mitgeteilt, über das nur der Täter verfügen kann. So hat er den Ort des Brandausbruchs, der zur damaligen Zeit nicht bekannt war, der uns bis gestern nicht bekannt war, genau beschrieben.« Daß Safwan Eid selbst nach den Aussagen von Jens L. nie von irgendeinem genauen Ort gesprochen hat, erkennt im Laute der Ermittlungen auch die Staatsanwaltschaft. Dennoch bleibt die Behörde bei ihrer Annahme, das Feuer sei im ersten Stock ausgebrochen. Ausgangspunkt dieser Feststellung sind jene angeblichen Sätze Safwan Eids, nach denen »Benzin die Treppe hinuntergelaufen« sei und man Streit mit einem »Familienvater« gehabt habe. den die Ermittler im ersten Obergeschoß vermuteten. Daß der von der Staatsanwaltschaft gemutmaßte Streitpartner Gustave S. solche Zwistigkeiten bereits am 22. Januar öffentlich dementiert hat, läßt die Behörde offensichtlich unberührt. Da S. sich häufig im Haus bei seiner Cou-

sine A. aufgehalten und sich um seinen Neffen Ray S. gekümmert habe, könne bezüglich der Äußerung Eids über einen „Familienvater« von Täterwissen ausgegangen werden. Die Aussagen der Hausbewohner, heißt es, »müßten im Lichte ihrer Vorbehalte gegenüber den Ermittlungsbehörden« gesehen werden.

Auch die Tatsache, daß das Benzin von der ausgemachten Brandausbruchstelle über eine Strecke von 12 Metern einen Höhenunterschied von 13 Zentimetern bergauf hätte überwinden müssen, scheint die Behörden wenig zu stören. Möglicherweise, so interpretiert die Staatsanwaltschaft kriminalpolizeiliche Brandgutachten, habe es zwischen dem Bereich der starken Brandzehrung im Flur und der Treppe eine nahezu durchgehende Spur mit brennbarer Flüssigkeit gegeben. Doch jener Brennstoff soll an Tür gekippt worden sein - eine Tür, die am vermuteten Ausbruchsort ohnehin nicht existiert.

Um trotzdem den Ausbruchsort im ersten Stock zu belegen, müßten besonders starke Verbrennungen am vermuteten Tatort nachgewiesen werden. Zwar spricht die Staatsanwaltschaft von solchen schweren Verbrennungen, die von den Ermittlern per Video aufgenommene Fußbodenplatte allerdings scheint relativ unbeschädigt. Seltsamerweise wird genau diese Platte weggeworfen, da sie nicht beweiserheblich sei.

Da im ersten Stock ein Loch in der Decke sei, müsse hier der Hauptbrandherd sein, folgert zudem das schleswigholsteinische Landeskriminalamt. Ein Ausbruch des Feuers im hölzernen Vorbau des Erdgeschosses, der einen Brandanschlag von außen vermuten ließe, schließen die Strafverfolger aus. Der von der Verteidigung Eids berufene Brandexperte Ernst Achilles hingegen stellte in einem dort integrierten Lagerraum schwere Feuerschäden fest. Der behördlichen Argumentation, ein Ausbruch im Vorbau sei aufgrund des im Vergleich zu anderen Brandspuren »unerheblichen Zerstörungsgrades auszuschließen«, will Achilles nicht folgen. Schließlich breite sich Feuer naturgemäß von unten nach oben aus. Deshalb müsse nach langem Brand mit nach oben zunehmender Zerstörung gerechnet werden. Durch den Kamineffekt innerhalb des Treppenhauses hätten die Flammen nach oben schlagen können.

Nach Meinung der Staatsanwaltschaft sei aufgrund »objektiver Feststellungen« ein Anschlag von außen ausgeschlossen, da die Haustür zur Brandzeit geschlossen gewesen sei. Ob sie das tatsächlich war, wird schwerlich nachzuprüfen sein. Die Türfalle ist auf dem Weg von der Kriminalpolizei zur kriminaltechnischen Untersuchung verschwunden. Außerdem stellte Achilles bei einer Begehung der Ruine fest, daß einc Fensterscheibe im Vorbau vor dem Brand von außen eingeworfen worden sein mußte. Wie auch die Bewohner und Bewohnerinnen selbst angegehen haben, sei das entsprechende Fenster ohnehin nicht verschlossen gewesen.

Not-Anker Lauschangriff

Schon wenige Tage nach dem Brand War sich die Staatsanwaltschaft offensichtlich der dünnen Beweislage gegen Safwin Eid bewußt. Folglich stellte die Behörde schon am 26. Januar einen Antrag, um Gespräche zwischen dem Gefangenen und seinen Besuchern abzuhören. Man müsse andere Wege beschreiten. so die Begründung, da die Flüchtlinge erkennbare Vorbehalte gegenüber der Polizei hätten und deshalb nicht gegen Safwan Eid aussagten. Durch eine Indiskretion wurden die rechtlich umstrittenen Maßnahmen relativ schnell bekannt, so daß die Ermittler nur sechs dieser Unterhaltungen verwerten können. Dennoch bleiben die abgehörten Gespräche ein wesentliches Fundament für die Anklage.

Die Tauglichkeit der entsprechenden Abhörprotokolle ist allerdings äußerst fraglich. Der Angeklagte bittet laut den Abschriften wie jeder gläubige Moslem im Fasten- und Bußemonat Ramadan Allah um Verzeihung für seine Verfehlungen - eine allgemeine Glaubensformel, wie sie auch im Christentum üblich ist. Besonders der Satz: „Ich bin froh, weil ich, wenn ich den Koranlese, erkenne ich meine Fehler. Ich habe Fehler erkannt, ich weiß, was ich mit (in dem) Gebäude gemacht habe." Das ARD-Magazin Monitor legte das Zitat mit einer Abschrift des gesamten Protokolls einem unabhängigen Sprachwissentschaftler vor. Dieser, Dr. Abdul M. Husseini, schilderte seinen ersten Eindruck: „Der Satz ist zu kompliziert. Er entspricht nicht der libanesischen Ausdrucksweise." Husseini kommt zu dem Schluß, daß sich Eid durchaus klar ausdrücken kann. „Warum dann diese Kompliziertheit des Satzes?« Er vermutete technische Gründe oder «aber eher Nicht-Beherrschung des libanesischen Dialektes seitens des Übersetzers«. Dieser Satz, so der Experte, »hat keinen Wert«.

Auch die Bedeutung anderer Aussagen scheint eher bescheiden. So bemerkt die Staatsanwaltschaft beispielweise, ein Gesprächspartner habe vom Vater ausgerichtet, »du sollst aufpassen, was du sagst«. Damit könne lediglich gemeint sein, daß der Angeschuldigte keinerlei Aussagen mehr gegenüber der Polizei machen solle, erkennen die Ankläger hinter dieser angesichts der Praxis der deutschen Justiz durchaus naheliegenden Botschaft.

Was die Strafverfolger nicht erwähnen: Die häufigen Beteuerungen seiner Unschuld, die der Libanese Besuchern und Besucherinnen während der abgehörten Gespräche vermittelt. «Wie kann ich jemand umbringen, ich bin unschuldig. Die Deutschen sind gefährlich. Wenn ich rauskomme, werde ich veranlassen, daß die Welt über mich weiß daß ich unschuldig bin.«

Das angebliche Tatmotiv

Große Mühe hatten sich Strafverteidiger und Medien zum Beginn des Verfahrens gegeben, um Safwan Eid ein Tatmotiv zu unterstellen. Zwischen Arabern und Afrikanern habe es Streit gegeben, erklärte Polizeisprecher Winfred Tabarelli bereits drei Tage nach dem Brand. Die Flüchtlinge wurden nicht mehr als Zeugen, sondern als potentielle Mittäter und Mittäterinnen behandelt. Von einem angeblichen Eifersuchtsdrama berichtete der stern, die taz zitierte anonyme Schreiben«, in denen von >Autoschiebereien, Dealern Prostitution und sogar Kinderpornographie« die Rede sei. Staatsanwalt Schultz allerdings wurde zurückhaltender. Anfang Juni gestand er ein, Safwan Eid sei kein Tatmotiv nachzuweisen. Dennoch beschäftigen sich die Strafverfolger in ihrer Anklage mit jenem angeblichen Streit zwischen den Hausbewohnern und -bewohnerinnen. Während diese in den vergangenen Monaten ständig solche Behauptungen dementiert haben, hätten laut Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ergeben. «daß es zahlreiche Konflikte und Streitsituationen, insbesondere auch in den letzten Wochen und Monaten vor dem Brand« gegeben habe. Von Problemen wegen der Kinder und zu lauter Musik ist die Rede. Ausgeführt wird, wie Safwan Eid sich mit einer Hausbewohnerin überworfen hatte, weil diese ein von ihm besorgtes Auto nicht habe kaufen wollen. Eine durchaus alltägliche Auseinandersetzung die sich in der Diktion der Staatsanwaltschaft allerdings wesentlich gewichtiger anhört: »Ob der Streit wegen des Autokaufs, der nicht zustande kam, Tatmotiv des Angeschuldigten war, oder aber ein anderer Streit, konnte durch die Ermittlungen letztendlich nicht geklärt werden.«

... und Spuren, die nicht weiter verfolgt werden

Während die Strafverfolger allerlei Phantasie aufbringen, um angeblich belastendes Material gegen Safwan Eid anzusammeln, wurde Hinweisen, die auf einen rechtsradikalen Hintergrund des Brandes hindeuten könnten, nicht nachgegangen. So unterließen es die Ermittler Spuren konsequent zu verfolgen, die auf eine Täterschaft jener vier Männer aus Grevesmühlen schließen lassen könnten, die in der Nacht in unmittelbarer Nähe des Brandorts angetroffen wurden.

Ein zusammengebrochenes Alibi

Kurzzeitig als Tatverdächtige festgenommen, wurden René B., Maik W., Heiko P. und Dirk T. bereits am Morgen des 19. Januars wieder freigelassen. Allein die Beobachtung der Beamten der Polizeistreife Trave 2/12 genügte den Ermittlern für diese Entscheidung. Die Polizisten hatten drei Jugendliche mit einem Wartburg gegen 3.20 Uhr an einer rund fünf Kilometer entfernten Tankstelle gesehen. Die Folgerung: Diese können nicht zur damals vermuteten Brandausbruchszeit in der Hafenstraße gewesen sein. Das soll auch ein Kassenbon, gestempelt auf 3.19 Uhr, beweisen. Ob die Kassenuhr tatsächlich genau läuft, wurde nie kontrolliert. Eine Gegenüberstellung der Grevesmühlener Tatverdächtigen mit dem Tankwart oder den Polizeibeamten fand nicht statt. Aber ohnehin zu diesem Schluß kommt auch die Jugendkammer des Lübecker Landgerichts, steht der Zeitpunkt des Brandausbruches nicht fest. In der Anklage wird davon ausgegangen, daß das Feuer »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« zwischen 3.00 und 3.30 Uhr, wahrscheinlich gegen 3.30Uhr, ausgebrochen ist. Was die drei von 3.00 Uhr bis zu ihrem Tankstellen-Besuch unternommen haben, ist ungeklärt.

Mecklenburger Brandspuren

Während ihrer Festnahme, am Abend des 18. Januars zwischen 22 und 24 Uhr, wurden die Männer vom Gerichtsmediziner Manfred Oehmichen untersucht. René B., Dirk T. und Maik W. wiesen frische Verbrennungsspuren im Bereich des Kopfhaares, der Augenbrauen und der Wimpern auf. Maik W. erläuterte auf Nachfragen der Polizei, er habe vier Tage vorher einem Hund das Fell angezündet. Sein Kumpel Dirk T. könne das bezeugen. Nach dem anscheinend verbrannten Hund suchte die Polizei zunächst nicht. Erst über ein halbes Jahr später ließen sich die Beamten von Dirk T. eine Stelle zeigen, an der die Tier-leiche angeblich gelegen haben soll. Bei Vernehmungen nach der Festnahme wußte Dirk T. vom gemeinsamen Anzünden eines Hundes nichts.

Auf ersten Pressekonferenzen erwähnte die Staatsanwaltschaft diese Versengungen nicht. Neun Wochen später, Ende März, drangen Oehmichens Feststellungen durch Presseberichte an die Öffentlichkeit. Wenige Tage später fühlte sich die Staatsanwaltschaft gezwungen, die beiden anderen Männer nach der Herkunft der Brandspuren zu befragen. René B. gab an, er habe Anfang Januar, also mindestens eine Woche vor dem Brandanschlag, Benzin aus seinem Mofa abgezapft. Da es dunkel gewesen sei, habe er mit einem Feuerzeug in den Kanister geleuchtet. Dabei habe es eine Stichflamme gegeben. Dirk T. meinte, möglicherweise habe er sich die Verbrennungen beim Anzünden eines Ofens zugezogen. Die Staatsanwaltschaft gab sich mit diesen Ausführungen zufrieden. Die Erklärungen seien nicht zu widerlegen, heißt es im Einstellungsbescheid vom 8. Mai.

Knapp zwei Monate später ließ die Behörde ein Gutachten über die Frage einholen, was eigentlich »frisch« heiße. Der Gerichtsmediziner konkretisierte seine im Januar gemachten Aussagen. »Frisch« bedeute demnach, daß die Spuren maximal 24 Stunden alt gewesen seien. Die Männer müssen sich ihre Brandspuren also in der besagten Nacht geholt haben. Damit werden alle bisherigen Erklärungen der drei hinfällig. Die Staatsanwaltschaft zog daraus allerdings zunächst keine Konsequenzen. »Bei der vorzunehmenden Gesamtschau des Ermittlungsergebnisses führt dieser Umstand allein zu keinem Tatnachweis«, die Präzisierung des rechtsmedizinischen Gutachtens führe dementsprechend zu keiner Änderung der bisherigen Bewertung. Anstatt dieser Spur weiter nachzugehen, machten sich die Strafverfolger ihre eigenen Gedanken darüber, wie die Männer sich ihre Brandspuren zugezogen haben könnten und kamen auf die Idee, die drei könnten möglicherweise in der Nacht ein Auto abgefackelt haben. Die Männer hatten aber kein abgebranntes Auto erwähnt. Sämtliche von ihnen selbst gemachten Aussagen widersprechen einer solchen Theorie. Sechs Monate nach dem Anschlag lassen sich die Beamten von Dirk T. auf einem Autofriedhof ein Wrack zeigen.

In den vergangenen Wochen wurde bekannt, daß die Staatsanwaltschaft ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben hat. Ziel der Initiative: Ein Münchner Gutachter soll herausfinden, »daß die festgestellten Spuren ohne Einschränkung älter als einen Tag bzw. mehrere Tage alt sind«.

Ein Mann gibt Zeichen

Nur einen knappen Kilometer vom Brandort entfernt beobachtete gegen 1.45 Uhr ein Anwohner des Hauses An der Untertrave 63 beim Blick aus dem Fenster ei-

nen blonden kurzhaarigen jungen Mann, der suchend auf der gegenüberliegenden Mauer hin-und hergeklettert sei. Einen auffälligen Rucksack tragend, habe der nächtliche Kletterer plötzlich ein Beil geschwungen, als wolle er Zeichen geben. Kurze Zeit später habe sein Beobachter mehrere Stimmen in hochdeutscher Sprache, die ihn auf eine Gruppe Jugendlicher schließen ließ, vernommen. Die Beschreibung des Rucksackträgers paßt auf Maik W. Doch die Polizei interessierte sich nicht für einen Rucksack, den der Grevesmühlener am nächsten Morgen bei seiner Freundin abgestellt hatte. Auch eine Gegenüberstellung zwischen dem nächtlichen Beobachter und Maik W. fand nicht statt.

Ein mögliches Geständnis

Wie aus der »Spurenakte 48« hervorgeht, hat Heiko P. möglicherweise zwei Wochen nach dem Anschlag gegenüber einem Bekannten ein Geständnis abgelegt. Das soll zumindest jener Bekannte, Günther V., am 30. März einem Sanitäter berichtet haben, der ihn nach einer Schlägerei ins Krankenhaus gefahren hatte. Demnach soll Heiko P. Günther V. gesagt haben, die vier seien für den Brand verantwortlich, er aber habe nur das Auto gefahren. Günther V. kennt den Grevesmühlener noch von ihrer gemeinsamen Zeit bei einer Leiharbeitsfirma. Zur Polizei könne er aber nicht gehen, so Heiko P., sonst werde er von seinen »zwei anderen« Freunden umgebracht.

Bei einer polizeilichen Vernehmung am nächsten Morgen konnte sich Günther V. nicht mehr daran erinnern, in der Nacht gegenüber dem Sanitäter von einem Geständnis gesprochen zu haben. Richtig aber sei, daß er am 3. Februar Heiko P. in der Kneipe »Amadeus« getroffen und ihn gefragt habe, wo er denn in der Tatnacht gewesen sei. »Die können uns gar nichts, die kriegen uns nie«, soll Heiko P. daraufhin reagiert haben.

Die Ermittler schenkten diesem Hinweis keine besondere Beachtung. Günther V. sei mehrfach vorbestraft, alkoholabhängig und in der Nacht sehr betrunken gewesen. Der Sanitäter hatte allerdings den Eindruck, Günther V. sei in der Nacht lediglich angetrunken gewesen und habe sich durchaus normal ausgedrückt. Ein Gutachten schätzt ihn als »durchschnittlich intelligent« ein. Die Ermittler messen der Spur offenbar keine Bedeutung bei. Im anstehenden Prozeß ist Günther V. nicht geladen.

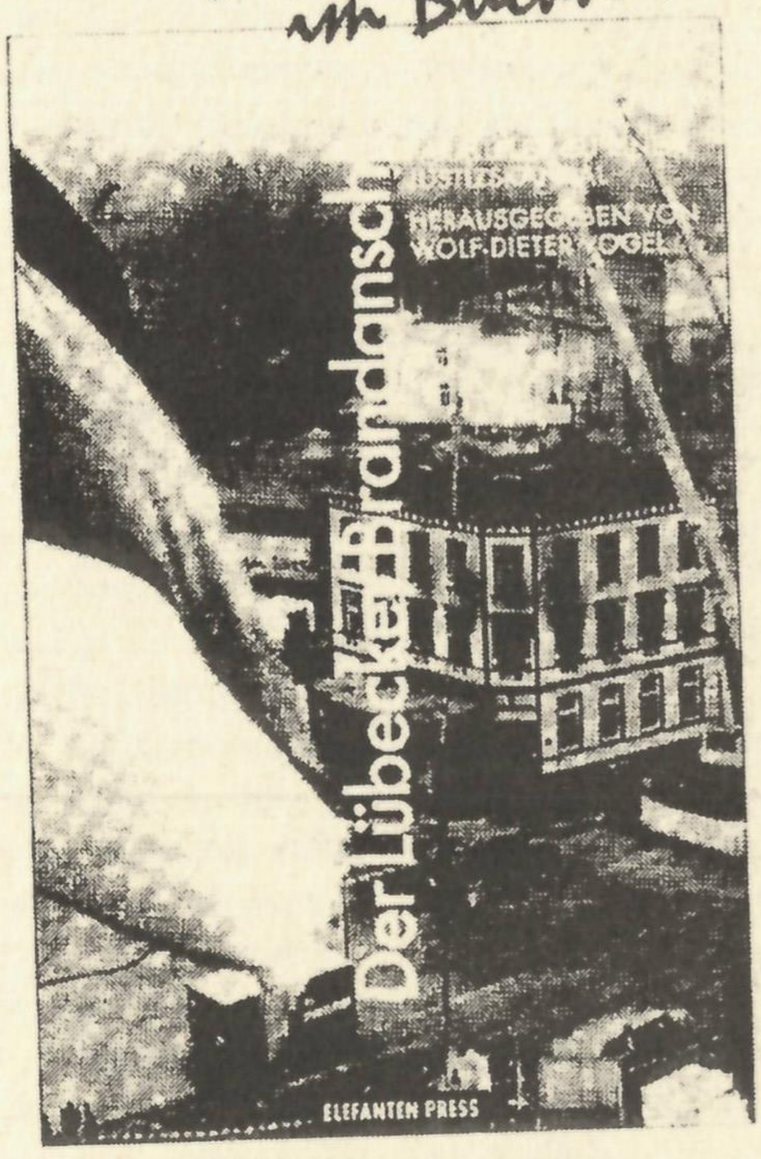
Geladen war dafür am dritten Verhandlungstag der Hauptbelastungszeuge gegen Safwan, Jens L. Seine Aussage war in großen Teilen widersprüchlich, nur an einen Satz scheint er sich noch direkt zu erinnern:"Wir warn's.." Den genauen Wortlaut des angeblichen Geständnisses bekäme er nicht mehr zusammen.

Trotz dieser sehr schlechten Vorstellung des Hauptbelastungszeugen und neu aufgedeckter Widersprüche kam es nicht zu einem sofortigem Freispruch, wider Erwarten kam es auch zu Widerstand von den Anwälten der Nebenklage, die zwei der Familien der Opfer des Brandanschlages vertreten. Gemeinsam mit dem Staatsanwalt Michael Böckenhauer wiesen sie nicht nur den Freispruch ab, sondern wollten auch den Brandexperten Ernst Achilles für befangen erklären lassen. Das Gericht hat noch nicht darüber entschieden.

Die Nebenklage hat sich bestellen lassen, um unter Zuhilfenahme prozessualer Rechte „die Wahrheit" herauszufinden, wie eine Angehörige der Familie El Omari am Mittwoch erklärte. Während der Hauptbelastungszeuge Jens L. behauptet, Safwan habe ihm gegenüber die Tat auf der Fahrt zum Krankenhaus gestanden, sagte der für Mittwoch geladenen Matthias H., der als zweiter Belastungszeuge der Staatsanwaltschaft die Aussagen Jens L.'s untermauern sollte: „Als der Bus noch am Brandort stand, und wir die Verletzten versorgten, erzählte mir mein Kollege Jens L., daß ihm gegenüber jemand gesagt haben soll, wir warn's." Wie Jens I. ist sich auch Matthias H. seiner Version absolut sicher. Die Abfahrt des Busses zum Krankenhaus habe sich nach dem Gespräch noch verzogert, weil ein kleines Mädchen aus dem Bus heraus zum brennenden Haus zurückgerannt sei. Bei dieser Schilderung brach ein Nebenkläger zusammen, danach kam es zu einem Streit zwischen den Familien Eid und El Omari. Die Verhandlung wurde daraufhin vertagt. Der Zeuge Matthias H. soll erst im November wieder vernommen werden, Zeit für die Staatsanwaltschaft, die Widersprüche zwischen ihren Zeugen in einem neuen Szenario aufzulösen.

Verfolgt die Täter, nicht die Opfer! Freiheit für Safwan! Nie wieder Deutschland!

ab Montag überall im Buchhandel



Das aktuelle Buch des
junge Welt-Redakteurs Wolf-Dieter Vogel
zum Lübecker Brandanschlag:
Fakten, Fragen, Hintergründe

ISBN 3-88520-605-6 · 128 S. · DM 19,90

ELEFANTEN PRESS

EIN REDEBEITRAG AUF DER DEMO IN GREVESMÜHLEN VOM 31.8.1996

eine demo in grevesmühlen im Zusammenhang mit dem lübecker vernichtungsanschlag und dem bevorstehenden prozeß gegen safwan eid machen zu wollen, hat offensichtlich einen deutschen

FREIHEIT FÜR SAFWAN EID!

nerv getroffen. von der frankfurter allgemeinen zeitung bis zum lübecker bündnis gegen rassismus reicht die kampagne unter dem motto „gerechtigkeit und ruhe für grevesmühlen". die rechten schreiberlinge gaben ihre vornehme ignoranz gegenüber linken aktionen auf und sahen grevesmühlen schon eine woche vor der geplanten demo von der antideutschen sektion der chaos-tage bedroht.

gewalt - gewalt!!! schreien sie, so wie auch die lübecker nachrichten und andere zünftige deutsche medien.die lübecker antirassistInnen hingegen haben die moralische verpflichtung der deutschen einheit besser gelernt. sie sorgen sich nicht einfach um schnödes fensterglas als wäre es hannover. nichts geringeres als das deutsch-deutsche zusammenwachsen nehmen sie unter ihre obhut und fordern: „besserwessis raus aus grevesmühlen!" - ganz so als wäre der deutsche bund trotz des rassistischen konsenses noch zu zerbrechen. schön war's, aber da nützt leider auch kein lohngefalle. der staat hilft trotzdem nach und verbietet die militante besserwisserei.

die wahrheit provoziert im falle des lübecker anschlages deshalb so sehr, weil sie so eindeutig auf der hand liegt. am anfang konnte man/frau nur vermuten, daß die grevesmühlener diejenigen deutschen waren, die die menschen in der lübecker hafenstraße ermordeten, indem sie so feuer legten, daß es kein entkommen geben konnte: in der nacht, im erdgeschoß, mit brandbeschleuniger, in einem alten haus. spätestens seit den aussagen der greves mühlener zu ihren verbrannten augenbrauen und haaren läßt sich aus der zu tage tretenden psychosozialen struktur genaueres über die deutschen ableiten:

wer so etwas macht, muß es gerecht finden. anders läßt sich die vorstellung vom leid, das diese tat hervorbringt, nicht aushalten. dieser deutsch-rassistische gerechtigkeitsethos war es wohl auch, der die grevesmühlener selbst in bedrängnis noch die wahrheit sagen ließ. sie waren zu überzeugt von ihrem vernichtungs-werk, als daß sie einfach hätten abschwören können, als sie sich spontan eine erklärung für die spuren ihrer morde einfallen lassen mußten. deshalb logen sie - eventuell unbewußt - so, daß sie die tat in ihren aussagen reproduzierten und sich damit indirekt mit den morden brüsteten: der eine will einen hund verbrannt haben, der andere an einen benzinkanister ein feuerzeug gehalten haben und der dritte hat einen ofen angefeuert. so etwas wie hunde müssen die opfer der greves-mühlener für sie wohl auch gewesen sein. hunde tötet man nicht einfach so, das wissen auch sie. andererseits sind es keine menschen. man kann

KEIN FRIEDEN MIT DEUTSCHLAND

sie beherrschen und im falle ihrer selbstdefinierten bösartigkeit auch töten. die ermordeten in der lübecker hafenstraße müssen für die täter so etwas wie besonders bösartige hunde in menschengestalt gewesen sein. da sie in ihrem völkischen wahn deutschland von ganzen rudeln bedroht sehen, ist der grausame tod von 10 menschen für die täter abschreckung und verangstigung der anderen flüchtlinge und migrantInnen sowie deutsche befriedigung zugleich.der erste grevesmühlener nannte die ideologie mit seiner aussage, der zweite und dritte die vorgehensweise: sie hielten ein feuerzeug an einen benzin-kanister und feuerten das vierstöckige haus an wie einen ofen: von unten, also im erdgeschoß, so daß das feuer sich am besten nähren kann - eben wie bei einem ofen. für die bewohnerInnen konnte und sollte es kein entkommen geben.

deutsche lügen eben nicht - sie machen stattdessen mit ihren phantasien ernst. wer deutsche taten begreifen will, muß es zunächst für möglich halten, daß der völkische wahn zur einfach gestrickten und konsequent verfolgten handlungsmoti-vation wird - und damit zur tödlichen und grausamen realitat. es liegt auch in der logik dieses denkens, daß die täter es sich nicht nehmen ließen, die feuerbrunst ihrer mission zu bewundern.

für uns ist klar, daß es die greves-

mühlener waren und daß safwan der prozeß gemacht wird, weil deutschland die schnauze voll hat von dem platz auf der internationalen anklagebank. aus rechtfertigung und abwiegelung wird völkische aggression. statt mit lichterketten reagiert

das neue deutschland nun mit offenem täterschutz und der methode des zweiten anschlags. nichts anderes ist die staatliche repression gegen safwan eid und die anderen überlebenden, die zuerst der mittäterschaft beschuldigt wurden und nun abgeschoben werden sollen. das ist ein übergang, der politisch als hochgradig bedeutsam und gefährlich eingestuft werden muß.

das weiß auch der deutsche staat. deshalb wird mit allen mitteln versucht, die so klar ersichtliche verbindung vom lübecker anschlag zu den grevesmühlener tätern zu durchtrennen. das heutige bild ist symbolhaft datür:

den paar wenigen, die den täterInnen auf die pelle rücken wollen, steht eine staatliche armada gegenüber, die grevesmühlen vor der wahrheit abriegelt. die polizeisperre zwischen lübeck und grevesmühlen ist ein exaktes abbild der nationalen strategie, die deutschen täter aus dem prozeß gegen safwan herauszuhalten.

natürlich wäre es eigentlich für sie besser, gelassener mit der kritik am staatlichen vorgehen umzugehen. aber sie sind in beträchtliche schwierigkeiten geraten. das konstrukt gegen safwan eid war so durchsichtig und abstrus zugleich, daß es trotz einer deutschen volksgemeinschaft, die nichts auf ihre mordenden nazi-kinder kommen lassen wollte, nicht haltbar war, ohne daß die widersprüche nach außen treten mußten. einen großen anteil daran hatten die überlebenden aus der lübecker hafenstraße, die sich weder einschüchtern

KEINE ABSCHIEBUNG DER ÜBERLEBENDEN!

noch gegeneinander ausspielen ließen. mit ihrem verhalten provozierten sie die ersten spärlichen presseberichte mit fragendem unterton. als dann auch noch ein deutscher brandschutzexperte und ein deutsches jugendgericht das konstrukt der anklage offenkundig machten, stand die staatsanwaltschaft plötzlich im regen. ein scheitern der staatlichen prozeßstrategie kann seither in diesem verfahren nicht mehr ausgeschlossen werden. es ist aber selbst nach dem derzeitigen absturz des konstrukts nicht gesichert, daß safwan freigesprochen wird, weil der fall für deutschland zu bedeutsam ist und die dreiste bereitschaft des durchziehens in deutschland ohnehin keine grenzen kennt. ein freispruch wäre aber zumindest dann nicht das große nationale unglück, wenn der verdacht bestehen bleibt, wenn gesagt werden kann: wir gehen immer noch davon aus, daß es der libanese war, wir können es nur nicht beweisen. man würde sich dann unfreiwillig noch einmal auf den guten alten verfassungspatriotismus berufen und mit stolz verkünden, daß in deutschland eben nur verurteilt wird, wer mit rechtsstaatlichen mitteln überführt werden kann.

ein deutsches unglück wäre es hingegen, müßten deutsche täter verurteilt werden. die internationale kritik würde sich dann sowohl gegen den vernichtenden rassismus als auch gegen den deutschen staatlichen täterschutz wenden und deutschland

DEN TÄTERINNEN AUF DIE PELLE RÜCKEN!

wäre somit mit einem doppelten ritt-berger auf die anklagebank zurückgeschleudert. das ist das letzte was sie wollen und was sie zulassen werden.

deshalb werden flugblätter und plakate kriminalisiert und das interesse an der ermittlung der wahrheit als linksextremistisch und gewaltbereit stigmatisiert. deshalb wird diese demo verboten und der komplette staatliche repressionsfuhrpark in bewegung gesetzt.

der staat will von seinen eigenen schwierigkeiten ablenken und die öffentliche aufmerksamkeit auf chaoten, buntgescheckte, linksextremistInnen lenken. indem wir als wahnhaft antideutsch dargestellt werden, projezieren sie die deutsche realität auf uns und versuchen so, daß das aussprechen der wahrheit als nicht ernst zu nehmen erscheint.

der deutsche täterschutz im fall lübeck ist ein exemplarisches nationales projekt. deshalb müssen wir eine doppelte botschaft vermitteln. indem wir den konkreten tätern zumindest symbolisch auf die pelle rücken, gilt es gleichzeitig deutlich zu machen, daß es natürlich auch zufall ist, daß die täter dieses mal aus grevesmühlen kommen. in jedem anderen deutschen kaff können ähnliche anschläge stattfinden und haben schon ähnliche anschläge stattgefunden. auch die integration wäre überall die gleiche. überall würde gesagt, hier gibt es doch eigentlich gar keine nazis, wir sind ganz normal, womit

DÉM DEUTSCHEN VOLKE

sie zweifelsfrei recht haben. grevesmühlen ist in der tat eine normale kleinstadt, in der vor etwas mehr als 50 jahren niemand etwas gewußt haben wollte und in der sich heute niemand etwas vorstellen können will.

sie schützen die täterInnen aus ihren reihen, weil sie wissen, daß die rassistischen vernichtungstaten sich aus ihrem normalen spießigen bewußtsein speisen. diejenigen, die zündeln, sind nur radikaler und konsequenter als die eltern, die beim abendbrot über die kanaken herziehen.

käme ein sogenannter gewaltverbrecher, der eine rentnerin ermordete, aus grevesmühlen, würden sie wohl kaum sc um ihren lokal-patriotischen ruf bangen. sie wären entsetzt und würden nach polizei und todesstrafe schreien. den täter und seine verwandten und bekannten würden sie bestenfalls meiden und mit verächtlichen blicken strafen, vielleicht am stammtisch auch von lynchen reden.

sie würden sich deshalb so verhalten weil sie das gefühl haben, daß die tat außerhalb ihres denkens und außerhalb ihrer werte steht. bei den morden von lübeck geht es hingegen um das deutsche image, das lübecker image, das greves-mühlener image. alle sind tief beleidigt und teilen aus. sie wissen: wenn die greves-mühlener täter auf der anklagebank landen, dann wird auch das vernichtung mit einschließende deutschrassistische be-wußtsein angeklagt. der täterschutz der grevesmühlener bevölkerung ist somit letztendlich selbstschutz. die grundlage dieses selbstschutzes liegt in der vergangenheit: in der auch in grevesmühlen von nahezu allen gewollten vernichtung der jüdischen bevölkerung und der familiengeschichtlichen verstrickung in dieses nationale projekt.

es gilt die komplette deutsche realität anzugreifen:

die staatliche opfer-täter-verkeh-rung, die willfährige reproduktion in den medien, den volksgemeinschaft-lichen geist.

lübeck-gruppe des antinationalen büros/hamburg

Interview

mit Ulli, einem vom radikal - Verfahren Betroffenen, und Thea, Mitglied einer UnterstützerInnengruppe. Ihr Name ist natürlich geändert.

Mit welchen Vorstellungen von Unterstützung bist du abgetaucht?

Ulli: Das Ganze traf mich weitgehend unvorbereitet, muß ich sagen. Klar, wenn du politisch im autonomen/linksradikalen Bereich aktiv bist, mußt du immer mit Repressionsmaßnahmen rechnen, aber daß es dann so heftig abging hat mich erstmal ziemlich überrollt. Aber ich hatte von Anfang an das Vertrauen, daß sich Leute um alles Nötige kümmern, sodaß ein Abtauchen möglich ist. Daß ne Wohnung organisiert, Geld aufgetrieben wird und ne Menge anderer Sachen organisiert werden, die geregelt werden müssen. Dabei baute ich natürlich vor allem auf die direkteren persönlich-politischen Zusammenhänge, da solche Sachen ja viel Vertrauen voraussetzen. Kurz gesagt traute ich sowohl mir, als auch den „Unterstützenden" zu, daß wir das auf die Reihe kriegen.

Thea: Wobei gesagt werden sollte, daß diese Unterstützung wirklich tierisch viel Arbeit bedeutet, die meist an relativ wenigen Leuten hängenbleibt. Für Außenstehende ist es schwer nachvollziehbar, was alles diskutiert, geplant, vorbereitet und organisiert werden muß, damit die Sachen möglichst korrekt laufen.

Was hat sich denn dann von den Vorstellungen bewahrheitet und was hätte deiner Meinung nach besser laufen können?

Ulli: Im Großen und Ganzen lief alles so, wie ich es mir erhofft habe. Es gab natürlich immer wieder mal Sachen, die nicht geklappt haben und wo ich dann schnell ungeduldig und auch nervös wurde. Da kann ich hier aber schlecht Genaueres zu sagen. Ich mußte mich einfach erstmal in die Situation einfinden und lernen damit klarzukommen, daß vieles nicht so schnell passiert oder geregelt werden kann, wie ich es gerne gehabt hätte. Ich war einfach vorläufig ziemlich ruhiggestellt und das mußte ich akzeptieren und davon wegkommen, ständig drauf zu warten, daß etwas passiert. Das hängt auch damit zusammen, daß die Diskussionen oft nur sehr zeitverzögert möglich waren. Das heißt, bis meine Reaktion auf eine Überlegung oder einen Vorschlag z. B. aus der Soli-Bewegung dort wieder ankam, war die Diskussion oft schon ganz woanders und meine Antwort überholt. Und Streits gab´s auch immer wieder mal, wie die Situation einzuschätzen und mit ihr umzugehen ist. Das bleibt nicht aus.

Was nicht so günstig war: Es war klar, daß ich an dem Ort, wo ich war, nur vorübergehend bleiben konnte, er bot mir keine längerfristige Perspektive. Daher begann ich auch gar nicht, dort so richtig Fuß zu fassen und mich intensiv einzuleben. Das ist schon unbefriedigend in einer Situation, wo ich im Kopf hatte, wahrscheinlich mehrere Jahre wegzubleiben, weil einfach mehrere Jahre Knast drohten. Und mehrere Jahre wegbleiben heißt, dir was ganz Neues aufzubauen, woanders ein neues Leben anzufangen, ohne die Perspektive, irgendwann wieder zurückzugehen. Das ging dort nicht, das war sehr schnell klar. Es wurde dann versucht, woanders etwas Langfristiges zu organisieren, was dann nach einigem Hin und Her auch erfolgreich war. Aber als das geklärt war, hatte sich inzwischen die Situation sehr geändert: im Dezember kamen Rainer, Werner, Ralf und Andreas aus dem Knast raus und im Laufe der Zeit war immer klarer, daß das Verfahren nicht mehr so hoch gehängt wurde wie anfangs. Und mit der Überlegung im Kopf, vielleicht demnächst zurückgehen zu können, wollte ich nicht den Schritt machen, nochmal ganz woanders hin zu gehen und mich dort dann wieder ganz neu orientieren zu müssen. Zumal dieser „Umzug" auch ein gewisses Risiko beinhaltet hätte.

Es ist also auf jeden Fall besser, wenn von Anfang an eine Abtauch-Möglichkeit vorhanden ist, wo du langfristig bleiben kannst. Und sowas muß natürlich schon vor dem „Ernstfall" organisiert und klargemacht sein. Aber das ist ja nun wahrlich keine neue Erkenntnis.

Wie hast du die politische Unterstützung des von dir gewählten Schrittes wahrgenommen?

Ulli: Da ist bei mir nur sehr wenig angekommen. Im ersten halben Jahr war ja vor allem Thema, daß die 4 im Knast sitzen, was überhaupt passiert und wie das einzuschätzen ist. Es kam schon rüber, daß eigentlich alle gut finden, daß wir abgehauen sind und wir wurden ja auch immer wieder mal gegrüßt. Aber das war´s dann auch. Ich denke, es ist schwierig, eine politische Unterstützungsarbeit zu Abgetauchten zu organisieren. Es gibt so gut wie keine veröffentlichten Erfahrungen zu dem Thema, auf die wir zurückgreifen konnten. Und die Situation ist nunmal auch ne andere als in den Siebzigern, wo das Thema viel aktueller und präsenter war.

Würdest du sagen, daß euer Abtauchen in der Öffentlichkeit genügend thematisiert wurde?

Ulli: Nein, find ich nicht. Wobei ich denke, daß das eine beiderseitige Schwäche war. Ich hätte da auch mehr in die Pötte kommen können, um meine Situation zu verdeutlichen und meine Überlegungen rüberzubringen. Auch wenn das in so ´ner Situation nicht ganz einfach ist.

Zu der Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit speziell in Oldenburg kann Thea besser was sagen.

Thea: Es wäre schon möglich gewesen, das Abtauchen öffentlich mehr zu thematisieren. Es gab ein starkes Interesse an dem ganzen Verfahren und auch bezüglich der Situation der Abgetauchten. Z. B. waren die Informations-Veranstaltungen die wir organisiert haben immer sehr gut besucht. Aber wir waren einfach zu wenig Leute, um auf diesem Interesse etwas aufzubauen und zu entwickeln. Wir waren eigentlich mit dem ganzen anderen Organisationskram schon ziemlich überlastet und hatten kaum noch Kräfte frei, um ständig noch was in die Öffentlichkeit zu blasen und Leute konkret anzusprechen. Außerdem herrschte lange eine große Unsicherheit, wie denn mit so 'nem Abgetauchtsein umgegangen werden kann. Was kannste sagen, was besser nicht? usw. Das ging praktisch allen Leuten so daß sie dann lieber gar nicht nachgefragt haben, als irgendwas Falsches oder Zu-weit-gehendes zu sagen. Viele wagten es noch nicht mal den Namen „Ulli" auszusprechen. Auf der anderen Seite bestand aber auch ganz konkret die Gefahr der Kriminalisierung der UnterstützerInnen. Diese Drohung schwebte immer über allem und war ganz schwer einzuschätzen. Es gibt einfach so wenig Erfahrungen mit dieser Situation. Übrigens war es kein großes Problem, immer mal wieder Kohle zusammenzukriegen, wenn Leute konkret darauf angesprochen wurden.

Bei uns gab es eine längere Diskussion , ob wir Forderungen an Euch, die ihr aus Euren Zusammenhängen gerissen wurdet und individuell vor einem großen Haufen von Problemen standet, stellen können, oder nicht.

Denn allgemein wurde das, was von euch öffentlich bekannt wurde, als zu unpolitisch, als zu wenig auf das Verfahren bezogen, eingestuft. Wir haben uns dann dazu entschieden , daß es nicht an uns sein kann, Forderungen zu stellen, zusätzlich Druck auf Euch auszuüben.Natürlich war es für uns alle wichtig, zu erfahren, wie es Euch geht, wie ihr mit Eurem neuen Umfeld klarkommt, ob Ihr Euch dort, wo Ihr euch eingerichtet hattet, den Umständen entsprechend wohlfühlt, oder nicht. Wir hätten uns gewünscht, Eure Vorstellungen von Soliarbeit stärker in unsere Arbeit mit einzubeziehen zu können.

Warst du genügend in die Entscheidungsprozesse der Solistrukturen eingebunden?

Ulli: Ich habe mir erst relativ spät überlegt, was ich an die Solistrukturen vermittel und wie das am besten passieren kann. Erst bin ich davon ausgegangen, daß das schon irgendwie läuft. Es gibt Leute, die wissen über meine Situation Bescheid und wissen auch, was ich mir zu der ganzen Sache so denke und wo ich hinwill. Und das wird dann auch den Weg zu den Solistrukturen finden, dort eingebracht werden. Aber das lief nicht so einfach, wie sich mit der Zeit rausstellte.

Thea: Ich würde sagen, daß du eher nicht in die Entscheidungsprozesse eingebunden warst. Du fandest es ja auch falsch, daß lange Zeit keine Diskussion zum Thema Auftauchen aufkam.

Es gab ja bei den Solitreffen zumindest in der ersten Zeit immer die Unsicherheit, wie über die Abgetauchten geredet werden kann, was da wie vermittelt werden kann. Das ist ja auch eine Sache des Vertrauens, das sich erstmal im Laufe der Zeit entwickeln mußte. Aber es war sicher ein Fehler, daß wir da mit dir nicht genauer geklärt haben, was vermittelt werden soll, bzw. daß du öfter mal zu Papier gebracht hättest, was dir wichtig ist, welche Überlegungen die Solistrukturen erreichen sollen. Andererseits war aber auch das erste halbe Jahr die Situation der Eingeknasteten total bestimmend für die Soliarbeit. Das ist ja auch was Handfestes, wo ganz klar ist, worum es geht. Die Situation der Abgetauchten ging da oft unter, wie sich ja auch an dem Redebeitrag von Matthes für die Demo im Dezember zeigte. Er fiel einfach unter den Tisch, weil die 4 gerade aus dem Knast rausgekommen waren.

Und auch im letzten halben Jahr kam die Diskussion um die Abgetauchten nur sehr mühsam in die Gänge. Auch als dann von den Abgetauchten die Überlegungen rüberkamen, evtl. wieder aufzutauchen, wurde erst sehr spät angefangen, darüber zu diskutieren. Dies sehe ich vor allem als einen Fehler von uns an. Du hattest ja ab März gefordert, daß veröffentlicht wird, daß du und auch die anderen zurückkommen wollen. Aber wir wußten nicht so recht, wie wir das anfangen sollen. Außerdem fanden wohl viele die Entscheidung falsch oder zu früh, aber die Kritik wurde nie genau formuliert. Wir haben es nicht auf die Reihe gekriegt, darüber gemeinsam zu diskutieren. Erst als die Entscheidung dann schon feststand, gab es Auseinandersetzungen um die Form des Stellens.

Kannst du in diesem Zusammenhang noch was zu der Kritik an eurem Auftauchen und Stellen am 13. Juni diesen Jahres sagen?

Ulli:Vor dem von Thea beschriebenen Hintergrund wurde unser Auftauchen organisiert und vorbereitet. Es wurde letztlich nicht gemeinsam entschieden und getragen, sondern einige Soli-Leute wurden schließlich vor vollendete Tatsachen gestellt und mußten zusehen, was sie damit anfangen. Dies hat mit dazu beigetragen, daß einige Sachen am 13.6.96 nicht zu Ende gedacht und geplant waren. Aber die Behauptung, daß „eigene (autonome) Medien aussen vor gelassen wurden„, wie's in den radikalen Zeiten vom Juli '96 steht, stimmt einfach nicht. Sie wurden genauso wie andere Medien auch von dem Termin der Pressekonferenz unterrichtet. Wir hatten uns gegen einen Extra-Termin für die „eigenen Medien„ (so viele gibt's da ja auch gar nicht) entschieden, weil der Tag für uns auch so schon vollgepackt und stressig genug war. Und wir denken auch, daß unser Auftauchen für die Szenemedien im Gegensatz zu den „normalen, linksliberalen„ nicht nur für einen Tag Thema sein wird, sondern das Interesse daran doch hoffentlich ein wenig länger anhält.

Verstehen kann ich den Frust und die Enttäuschung der Video-Gruppe aus Berlin, die leider etwas zu spät zur Pressekonferenz kamen und daher nur noch den Schluß aufnehmen konnten. Wir hatten weder ihre Verspätung mitgekriegt noch ne Ahnung von der tollen Aktion, die sie vorbereitet hatten (flächendekkendes Plakatieren von Auftauch-Plakaten mit der Ankündigung einer Veranstaltung noch am gleichen Abend im EX in Berlin, d. T.). Wir hätten es auf die Reihe kriegen müssen, ihnen nach der Pressekonferenz noch ein paar Fragen zu beantworten und was zu erzählen.

Hattet ihr denn erwartet, daß euch so viele Leute zum Gericht begleiten würden?

Ulli: Nee, überhaupt nicht. Das war ein tolles Erlebnis, als wir da rauskamen und die etwa 300 Leute gesehen haben. Das war ein starkes Gefühl der Solidarität, das wir dann mitgenommen haben. Besonders Glosch war ganz begeistert darüber und ich bin mir sicher, daß es ihm sehr geholfen hat, mit der folgenden Scheiße erstmal fertigzuwerden. Ich ärgere mich allerdings darüber, daß wir von der ganzen Situation so geplättet waren, daß wir nicht mal ein paar Worte zu den Leuten gesagt haben.

Aber noch kurz was zu einem anderen Kritikpunkt: Einige meinten, es ist Scheiße sich direkt beim Gericht abliefern zu lassen. Sondern es wäre besser gewesen, sich an einen öffentlichen Ort zu begeben, dort Veranstaltungen und Fete zu machen und abzuwarten, bis wir dort geholt werden. Wir entschieden uns dagegen, weil wir keinen Bock auf den Stress hatten, jeden Augenblick damit rechnen zu müssen, daß die Bullen auflaufen. Und wir konnten uns auch nicht vorstellen, dort in so einer Situation in Ruhe ne Veranstaltung zu machen oder ausgelassen feiern zu können. Außerdem hätten wir dann den Zeitpunkt unserer Festnahme nicht selbst festlegen können, sondern diesen hätten die Bullen bestimmt.

Insgesamt schwingt oft der Vorwurf an uns mit, daß unsere Entscheidung eine rein persönliche war und nicht politisch bestimmt gewesen sei. Es wurde aber nie klar gesagt, warum ein Zurückkommen politisch falsch und wo die Alternative ist. Ich finde es sehr schwer die persönlichen und politischen Gründe voneinander zu trennen, sowohl was unsere Entscheidung angeht, als auch die von Matthes erstmal noch wegzubleiben. Ich sehe in unserem Auftauchen keinen Kniefall vor dem Staat oder etwas Ähnliches; genausowenig wie ich das bei Leuten sehe, die zu mehreren Monaten Beugehaft verurteilt wurden und von denen nur die wenigsten auf die Idee kommen abzutauchen. Klar, am liebsten wäre es mir, wenn es so eine starke linke (Solidaritäts-) Bewegung gäbe, daß es sich die BAW gar nicht erlauben könnte, Glosch in den Knast zu sperren und Matthes noch mit Knast zu drohen. Aber so lange zu warten, bis solch eine Bewegung möglicherweise entsteht, wollte ich dann doch lieber nicht.

Wir fanden, daß von euch Abgetauchten und euren Vorstellungen zu wenig rüberkam, wollten euch aber auch nicht durch Forderungen unter Druck setzen. Wir hätten auch gerne eure Vorstellungen von Soliarbeit stärker in unsere Arbeit mit einbezogen. Würdest du aus jetziger Sicht sagen, daß eine stärkere Einbindung möglich gewesen wäre?

Ulli: Ich hätte es gut gefunden, wenn von euch z. B. öffentliche Briefe gekommen wären, wo ihr eure Vorstellungen zu der Situation deutlich macht und auch ruhig Forderungen an mich und die anderen gestellt hättet. Die Überlegungen und Diskussionen, die ich geführt habe, kreisten oft um sehr praktische, organisatorische Dinge und direkt um das Verfahren. Da wäre es ein wichtiger Anstoß gewesen, mit solch einem offenen Brief von euch konfrontiert zu werden. Es wäre vielleicht eine Möglichkeit gewesen, in die Diskussion zu kommen. Und wenn ich eure Forderungen dann nicht hätte erfüllen wollen oder können, dann wäre zumindest das klar gewesen. Es mangelte ja allgemein an öffentlichen Positionen zum Abtauchen und evtl. Wiederauftauchen und überhaupt am Austausch mit uns. Eine Initiative von euch aus in diese Richtung hätte ich sehr gut gefunden. Es machte mit der Zeit etwas müde, immer nur gegrüßt zu werden, aber nicht mit konkreten Positionen konfrontiert zu werden. Und je länger du weg bist, desto größer wird auch die Distanz zu den Entwicklungen und Diskussionen „zu Hause", sie sind nicht mehr so wichtig und es wird dann im Laufe der Zeit immer schwerer, selbst in die Pötte zu kommen.

Was könntet ihr euch, auch auf zukünftige Fälle, bzw. auf Matthes und die drei im Komitee-Verfahren Abgetauchten, an Kommunikation vorstellen?

Thea: Der Austausch, die Kommunikation mit Abgetauchten ist wirklich ein fast unbeschriebenes Blatt in der Linken. Es gibt ja auch kaum Aufarbeitungen oder Erfahrungsvermittlungen vom Abgetaucht-Sein und der damit verbundenen Soliarbeit. Nachwievor gibt es ne Menge Unsicherheit im Umgang mit dem Thema und den Leuten und es ist schwierig, da ranzukommen. Aber wie gesagt, offene Briefe halte ich für eine gute Möglichkeit, in einen Austausch zu kommen. Und wie schon erwähnt ruhig auch mit kritischen Überlegungen und Forderungen. Das ist besser, als sich von vorneherein sehr zurückzunehmen und dann lieber gar nichts zu schreiben, als das Gefühl zu haben, zuviel Druck auszuüben. Ich denke, Abgetauchte sind dann schon in der Lage rüberzubringen, wie ihre Situation ist und ob sie auf solch eine Diskussion Bock haben oder im Moment halt nicht in der Lage sind, dazu Stellung zu beziehen.

Und wichtig ist es auch, das Thema ständig in den Köpfen zu behalten. Zum einen, damit die Leute nicht vergessen werden und zum anderen, damit die Notwendigkeit des Abtauchens in bestimmten Situationen präsent bleibt und vielleicht doch einige Leute auf die Idee kommen, in dieser Hinsicht Möglichkeiten anzuchecken und vorzubereiten.

Sind unsere momentan nicht gerade starken Strukturen überhaupt in der Lage, eine wirkungsvolle Unterstützung zu gewährleisten?Auch wenn diese Frage nicht von Dir allein beantwortet werden kann, sondern alle, die sich in linksradikalen Strukturen bewegen, betriff, wäre es doch interessant, abschließend Deine Einschätzung dazu zu hören, damit Forderungen, die Du an unsere Strukturen hast, in die allgemeine politische Arbeit mit einfließen können.

Ulli: Hm, ich denke erstmal, daß die Solibewegung nicht ohne weiteres so einen starken Druck entwickeln kann, daß Glosch aus dem Knast rauskommt und Matthes ohne Knast zurückkommen kann - geschweige denn die Leute, die wegen dem Komitee-Verfahren abgetaucht sind. Aber die linken Strukturen sollten es zumindest schaffen, eine öffentliche Kommunikation mit den Abgetauchten anzuleiern. Und auch die geplante bundesweite Demo in Köln für die Freilassung von Glosch halte ich für richtig und wichtig. Allerdings fände ich es gut, wenn in dem Zusammenhang auch die Situation von Matthes und den anderen Abgetauchten thematisiert wird.

Wir danken für das Gespräch!

LAUSCH-ANGRIFF:

In den siebziger Jahren löste die Rasterfahndung noch allerhand Empörung aus. Inzwischen sind die Überwachungsmethoden erheblich verbessert worden. Dieser technische Fortschritt in Verbindung mit immer neue Gesetzen zur »Verbrechensbekämpfung« hat den Schutz der Privatsphäre nachhaltig durchlöchert.

In den letzten Jahren ist unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung der Schutz der Privatsphähre erheblich eingeschränkt worden. Und selbst wer nicht ins Blickfeld staatlicher Überwachung gerät, liefert eine Menge Daten. So hört der Bundesnachrichtendienst routinemäßig jedes Auslandsgespräch ab, die Bank weiß, wann wo wer per EC-Karte bezahlt hat, das Handy liefert Daten über seinen Aufenthaltsort und angewählte Telefonnummern.

Die Abhörindustrie boomt. Im Folgenden sind die wichtigsten gesetzlichen und technischen Möglichkeiten zur Überwachung privater Kommunikation beschrieben und erläutert.

◆ GESETZE:

Am 19. Juni 1996 beschloß das Kabinett ein Maßnahmenpaket zur Verbrechensbekämpfung. Der Gesetzentwurf sieht auch den »großen Lauschangriff« vor. Im Gegensatz zum kleinen Lauschangriff, bei dem ein verdeckter Ermittler mit einem Minitonband, das es übrigens tatsächlich als Kugelschreiber getarnt gibt, das Gespräch aufnimmt, wird beim großen Lauschangriff die Wohnung oder das Auto des Verdächtigen aus sicherer Entfernung abgehört.

Ein erheblicher Einschnitt in das im Grundgesetz festgelegte Recht auf Brief-, Post und Fernmeldegeheimnis ist die am 18. Mai 1995 gültig gewordene Fernmelde-Überwachungsverordnung (FUEV). Laut FUEV müssen alle Betreiber von (Mobil-) Telefonnetzen und Computer-Mailboxen selber dafür sorgen, daß gute, bequeme Abhörmöglichkeiten eingebaut werden. Der Grundgedanke dabei ist: weil die Telekommunikation und damit auch die Verschüsselungstechnik sich so rasant entwickelt, muß schon bei der Planung neuer Netze sichergestellt werden, daß der Staat jederzeit Zugriff hat. In den USA scheiterte unlängst eine Gesetzesinitiative, die nur noch eine Art der Verschlüsselung gestatten sollte. Dieses Verfahren, „Clipper", kann sowohl bei Telefonen als auch bei Computern angewandt werden. So kann man sich gegen Industrie-Spionage und Verbrecher schützen, und gleichzeitig bleibt der staatliche Zugriff gesichert, da alle Geheimschlüssel per Gesetz bei den entsprechenden Behörden gelagert werden müssen. Auch in den Niederlanden wollte man dieses Clipper-System einführen, was aber von engagierten BürgerInnen und der vorsichtigen Industrie erstmals verhindert wurde. Es bleibt sehr fragwürdig, was mit solchen Initiativen bezweckt wird. Zur Verbrechensbekämpfung eignen sie sich nicht: Verbrecher sind ja bekanntlich nicht sehr eifrig im Einhalten von Gesetzen und werden sich voraussichtlich wenig daran stören.

Bereits seit 1994 darf der Bundesnachrichtendienst (BND) laut »Verbrechensbekämpfungsgesetz« auch im Inland agieren. War der BND, der eigentlich dazu eingerichtet war, den kalten Krieg zu gewinnen, bis dahin angehalten, »innerdeutsche Zufallsfunde« zu vernichten, soll er sie nun an die jeweiligen Behörden weiterleiten. Der BND braucht zum Abhören keine »Verdachtsmomente«, es werden alle Auslandsgespräche mitgeschnitten. 1994, so schätzt der Bundesdatenschutzbeauftragte, hörte der BND rund 4.000 Gespräche täglich ab.

Will die Polizei Telefone abhören, benötigt sie dazu eine richterliche Anordnung. Oder eine Eilanordnung durch den Staatsanwalt. Oder »Gefahr im Verzuge«, wodurch sich eine richterliche Anordnung umgehen läßt, was nach Ansicht der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kritischen Polizistinnen und Polizisten recht häufig vorkommt.

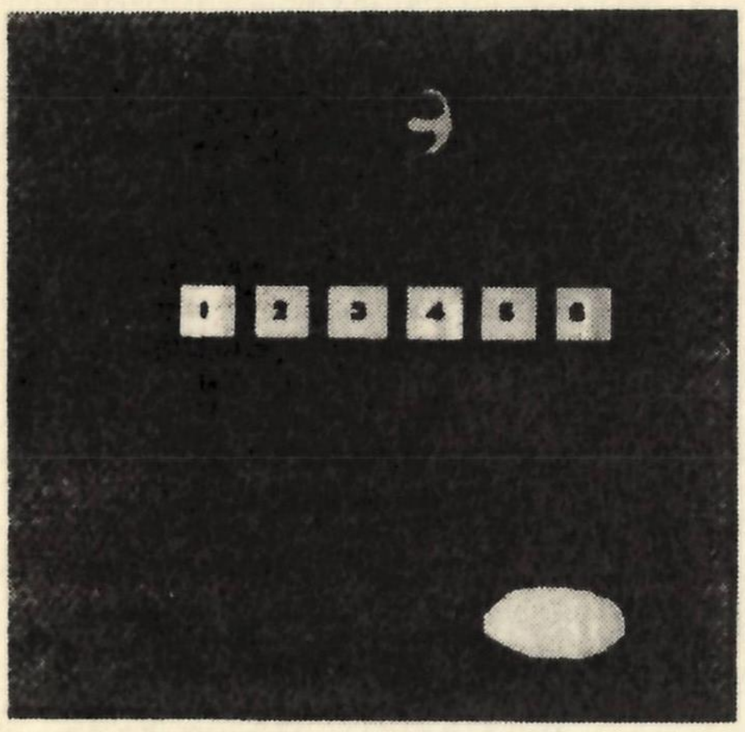
▼ TELEFON:

Am weitesten verbreitet ist zweifellos die Überwachung von Telefonen. Für staatliche Behörden ist das technisch besonders einfach: sie können bei jeder Firma anordnen (in Deutschland agiert momentan nur die Telekom, aber prinzipiell wird sich nichts ändern, wenn es in den nächsten Jahren mehrere Firmen werden), daß sie alle gewünschten Telefonate »frei Haus« geliefert bekommen. So erhalten sie höchste Gesprächsqualität und können die Gespräche nach Wunsch weiter verarbeiten. Früher geschah dies unter Einsatz mehrerer MitarbeiterInnen, die sich alles anhören und bei Bedarf abtippen mußten. Dank der modernen Technik ist diese etwas mittelalterlich wirkende Arbeitsmethode jetzt nicht mehr notwendig: eine erste grobe Aussortierung nach Schlagwörtern kann sehr gut per Computer erledigt werden. Die lassen sich, sind es entsprechend teure Geräte, auch nicht von Nuscheln, Erkältung oder Schwäbisch verwirren. Ein Problem bleibt natürlich die Tatsache, daß sich inzwischen sehr viele Menschen, die Kriminelles oder Staatsgefährdendes im Sinne haben, dieser Gefahr bewußt sind und keine offensichtlichen Wörter wie »Banküberfall« oder »Anschlag« benutzen. Deswegen, aber auch wegen der sehr viel niedrigeren Kosten, wird meist auch (oder sogar ausschließlich) eine Art »Bewegungsbild« abgefragt: wer telefoniert wann mit wem? Zweck dieser Übung ist es, ganzen Strukturen auf die Spur zu kommen. So können auch Leute, die noch nie direkt miteinander telefoniert haben, im gleichen Ordner landen, weil sie regelmäßig mit einer »Zwischenperson« telefonieren. Im experimentellen, aber schon eingesetzten »Oktopus«-Computer der niederländischen Polizei werden hierfür sogenannte Neurale Netze eingesetzt, die auf diese Weise Personengruppen bis zum »dritten Grad« aufspüren. (Will heißen: Anja hat Elke noch nie getroffen, aber Anja spricht öfter mit Bernd, der oft mit Christian telefoniert, ein guter Bekannter von Dirk, Elkes Auftraggeber.) Auf diese Weise kommen ganz viele Leute ins Netz. In der Praxis gibt es aber nicht nur Daten aus dem Telefonverkehr, sondern genauso von Krankenkassen, Grenzkontrollen, Straßenverkehrskontrollen usw... . Dadurch läßt sich der Kreis erheblich einschränken. Die aufmerksamen LeserInnen werden schon gemerkt haben, daß dieses Verfahren der Rasterfahndung sehr ähnlich ist, die in den Siebzigern noch für viel Wirbel sorgte. Was damals neu, aufregend, aber auch sehr kostspielig war, ist mittlerweile Standard, da fast alle Daten per Computer ausgewertet werden können.

Da moderne Rastermethoden meist in der sogenannten »Proaktiven Phase« eingesetzt werden und eigentlich nie als Beweismaterial in Gerichtsverfahren verwendet werden, umgehen die Behörden damit auch sämtliche Kontrollinstanzen, die über die Zulässigkeit solcher Methoden entscheiden.

Natürlich sind es nicht nur Behörden, die bei anderen Leuten mithören. Zwischen Telefonanschluß und Zentrale gibt es verschiedene gute Gelegenheiten, wo man sich mit ein wenig Geschick bequem einnisten kann, um Telefonsex auf Kosten der Nachbarn zu haben oder die Polizeihauptwache abzuhören, um nur zwei gängige Beispiele zu nennen. Wird die Überwachung ungeschickt ausgeführt, bestehen gute Chancen, der Sache auf die Spur zu kommen. Bei amtlicher Überwachung ist diese Chance faktisch gleich Null. Das beliebt-

te >>Klick« im Telefonhörer aus alten Filmen gibt es wirklich nur im Film. Im Normalfall bemerkt man von einer Abhöreinrichtung nur etwas, wenn dies aus irgendwelchen Gründen erwünscht ist! Dies gilt genauso für Faxe und Modems.



So läßt sich das Abhören des Telefons verhindern
In der herkömmlichen TAE -Telefondose ist eine sechspolige Anklemmleiste. An die ersten beiden Kontalte (La und Lb) ist das von der Telekom kommende zweiadrige Anschlußkabel angeschlossen. Hier wird ein 10nF-Kondensator angeschlossen.

✓ FUNKTELEFONE

Eigentlich gilt alles, was über Telefone gesagt wurde in noch stärkerem Maße für Funktelefone. Die älteren C- und D-Netze sind relativ leicht für wirklich alle mitzuhören, da sie die Gespräche kaum verschlüsseln. Berühmte Opfer dieser Art von Funktelefonen waren Prinz Charles, der die Gespräche mit seiner Matresse in der Boulevardpresse wiederfand, sowie der englische Minister für Nordirland, dessen Beschreibung seiner Chefin Margaret Thatcher als >>blöde alte Kuh« von ihr nicht allzu sportlich aufgenommen wurde.

Das Abhören von Funktelefonen ist übrigens nicht verboten, sondern nur die Benutzung der auf diese Art und Weise erhaltenen Informationen.

Die Netze D1, D2 und E waren, als sie eingeführt wurden, nach GSM-Standard verschlüsselt. GSM heißt >>Global System for Mobile Communication«. Diese Verschlüsselung ist so gut, daß auch die Polizei ihre Schwierigkeiten damit hatte. Deswegen gab es aus kriminellen Kreisen einen begeisterten Sturmlauf auf diese Handys. Mittlerweile ist es mit einigem Aufwand möglich, die GSM-Codes zu knacken. Damit das Abhören für die Polizei nicht so teuer wird, gilt in Deutschland mittlerweile die Fernmeldeanlagen-Überwachungs-Verordnung (FUEV). Die legt fest, daß alle möglichen Daten, die mit Telefonen, Handys und auch Mailboxen zusammenhängen, direkt, unverschlüsselt und von den BenutzerInnen nicht feststellbar an abhörende Instanzen zu übergeben sind. Dabei entstehen so interessante Daten wie der genaue Standortbericht über jedes Handy. Der >>Aufenthaltsort<< solcher Geräte kann in manchen Gebieten bis auf 500 Meter genau bestimmt werden. Da würde es sich fast lohnen, jeder zu überwachenden Person umsonst ein GSM-Abo anzubieten. Wir sehen: Telefonieren ist ungefähr so privat wie nackt Duschen auf dem Pferdemarkt.

✖ MIKROFONE:

Zum Abhören von Gesprächen gibt es Mikrofone in sehr unterschiedlichen Formen. Manche werden im Raum versteckt, andere, wie z.B. Richt- und Lasermikrofone, können auch von außen auf einen Raum gerichtet werden. Und es gibt sogar welche, die in fast jedem Haushalt zu finden sind! Ja, auch das vertraute Telefon und der Anrufbeantworter können ohne allzu viele Probleme kreativ umgewandelt werden, ohne daß dafür jemand den Raum betreten muß. Dazu werden von außen die Mikrophone in den Geräten aktiviert. Die niederländische Polizei hat diese Methode mehrmals gegen Marihuanahändler benutzt, wobei erst im Gerichtsverfahren bekannt wurde, daß sie diese (illegale, und deswegen nicht gerichtsverwertbare) Praxis ausübte. Zum Glück kann man sich dagegen sehr einfach wehren (siehe Schema).

Mikrofone sind aber nicht nur bei den Behörden sehr beliebt. Jeder Großkonzern, der etwas auf sich hält, besitzt heutzutage einen abhörsicheren Raum, weil Industriespionage mittlerweile vor allem im Hightech-Bereich zum normalen Business gehört. Doch auch im bitteren Kleinkrieg zwischen zwei konkurrierenden Optikern in Zuphten (Holland) wurde über Monate abgehört, um die Sonderangebote auf die des Feindes abzustimmen.

In Spezialkatalogen werden Mikrofone, und die meistens dazu benötigten Mikrosender, in sehr ausgefallenen Formen angeboten: Als Glühbirne, im Blumentopf oder Aschenbecher, aber auch als fingerhutgroßer Einbausatz. Um die aufgenommenen Gespräche weiterzuleiten, können viele verschiedene, meist schon vorhandene Leitungen nutzt werden: Wasserleitungen, Elektro- u Telefonanschlüsse. Die moderneren Mikrofone sind für Laien, manchmal sogar für Profis kaum aufzuspüren. Meist ist es erheblich einfacher, die Abhörer zu finden. Sie befinden sich oft in der Nähe, man kann sich meistens denken, wer vielleicht ein Abhörinteresse haben könnte.

■ KAMERAS:

Man kennt sie mittlerweile aus jeder Innenstadt und jedem Supermarkt, die Überwachungskamera. Allein am Amsterdamer Hauptbahnhof gibt es 130 Stück. Und nicht nur da: Anfang Juli wurde bekannt, das verschiedene Bordellbesitzer im Amsterdamer Rotlichtviertel ein flächendeckendes Netz von Kameras installiert hatten. So konnten illegale Prostituierte warnen, wenn die Polizei kam. Aber auch alle ahnungslosen TouristInnen werden gefilmt. Bis jetzt weiß niemand, was mit dem Bandmaterial passiert. Kameras liefern inzwischen ausgezeichnete Bilder und lassen sich auch nicht mehr von Dunkelheit, Überbeleuchtung oder schnellen Bewegungen irritieren. Jeder kennt wahrscheinlich die peinlich deutlichen Bilder, die von Starenkästen geschossen werden. In England laufen mittlerweile Versuche, Personen über solche Bilder, die von Kameras an der M1, Londons Umgehungsautobahn, aufgenommen werden, automatisch zu identifizieren. Dazu werden personentypische Merkmale wie Augenabstand, Mundgröße usw. mit den gespeicherten PC-Bildern aus dem Führerschein verglichen.

▲ COMPUTER:

Bis jetzt ist für NormalverbraucherInnen keine hinreichende Verschlüsselungstechnik verfügbar, die Daten auf Festplatten unlesbar macht. Handelsübliche Programme wie Diskrete und PC-Secure sind relativ leicht zu knacken. E-Mails dagegen lassen sich sehr gründlich verschlüsseln. Ein ehemaliger Mitarbeiter der US-Regierung, Phil Zimmermann, hat vor einigen Jahren der Computergemeinde eine mathematisch sehr komplizierte Verschlüsselung verfügbar gemacht. Daraufhin wurde er entlassen und in mehren Gerichtsverfahren bisher erfolglos verfolgt. Sein Produkt, »Pretty Good Privacy (PGP)«, ist mittlerweile von vielen Menschen aus verschiedenen Ländern weiterentwickelt worden und wird umsonst verteilt. Bis jetzt hat es sich als sehr sicher erwiesen. Es ist zu vergleichen mit einem Briefumschlag, den niemand außer dem/r beabsichtigten EmpfängerIn öffnen kann. Im Internet ist PGP überall zu finden. Ob man nun glaubt, im Mittelpunkt staatlichen Überwachungsinteresses zu stehen oder nicht: Allein die Vorstellung, daß hochmoderne Polizeicomputer Jahre brauchen, um ein PGP-verschlüsseltes Kuchenrezept zu knacken, lohnt die Anschaffung.

Geklaut in der Kölner StadtRevue 8/96
Buchempfehlung: Der kleine Abhörratgeber (zzgl. PGP-Diskette) Edition ID-Archiv

aus der Post!aus der Post!aus der Post!aus der Post!aus der Post!

DRINGEND!

Repression gegen Anarchistinnen in Italien nimmt immer krassere Formen an!

[illegible] vom 16. auf 17. September 1996 gab es gegen die anarchistische [illegible] 30 Hausdurchsuchungen in deren Folge 70 Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden (auch gegen Leute die bereits im Knast sitzen). 20 Haftbefehle wurden ausgestellt bzw. die Leute in Haft genommen; 9 Haftbefehle gab es gegen Leute, die bereits im Knast sitzen.

Die Vorwürfe reichen von Überfällen, subversiver Vereinigung (italienischer §129a) bis hin zum noch unsinnigeren Vorwurf des (gescheiterten) "Bombenanschlags gegen Menschenmassen"
Anfang dieses Jahres wurden 4 Anarchistinnen mittels einer falschen kronzeugin für 2 Banküberfälle, die sie nicht begangen haben, zu 6 Jahren Knast verurteilt. Auch von dieser Repressionswelle ist ihr Unfeld betroffen. So wurden der Ehemann der Gefangenen Jean Weir Alfredo Bonano so wie die Lebensgefahrtin des Gefangenen. Antonio Budini ebenfalls am 07. November 1996 findet in Trient der Berufungsprozeß wegen der beiden Überfalle statt; entsprechend waren viele der nun krimilnalisierten Menschen in der Soliarbelt für die Gefangenen und der Vorbereitung auf den Prozeß tätig. Der AnarchistInnen-Hasser, Staatsanwalt Marini, will wohl neben der "normalen", ständig zunehmenden Repression gegen @-Zusammenhänge auch dafür sorgen, daß es am 07.11 in Trient kaum noch Leute gibt die den Prozeß in Freiheit verfolgen können.
Veröffentlicht die Infos! Kommt zum Prozeß nach Trient! Anarchie & Freiheit!
Für ein Leben ohne Knäste!

a.. vom GdF

Info:
Brochüre zu den Anklagen gegen Jean Weir, Christos Stragopulos Antonio Budini und Carlos Terresi für 3.- & 1,50 Porto bei

Die Lunte
Haus 33
Dogrnagstr. 33
80807 München

hier gibt's dann auch Infos zur aktuellen Repression: Zusammenfassung im GdF Nr. 73 (2.- & 1,50 Porto)

Geist der Freiheit
C/O II Moskito
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg

Antifa Aktuell Antifa Aktuell

Kommunalwahl in Oldenburg

Am 15. September fand in Oldenburg die Wahl zum Rat der Stadt (und der/s Oberbürgermeisterin) statt. Erstmals seit vielen Jahren stellte sich die faschistische *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) in allen Bezirken zur Wahl. Die NPD betrieb mit einer Fülle von Zeitungsanzeigen, Postwurfsendungen und Plakaten einen massiven Wahlkampf. Ihre Plakathetze konnten sie jedoch nicht unbehelligt durchführen, viele Plakate wurden von AntifaschistInnen zerstört. Am 7. September wurde die NPD, unter ihnen ihr Generalsekretär *Ulrich Eigenfeld*, beim Plakatieren von aktiven AntifaschistInnen angegriffen. Trotz des Widerstandes erreichte die NPD bei der Wahl erschreckenderweise 1,1%, was immerhin ca. 2250 Stimmen entspricht. Für eine faschistische Partei, die sonst deutlich unter 1% blieb, ein schockierender Erfolg. Ebenso konnten die *Republikaner* in Wilhelmshaven 4,9 % erreichen. Hiermit stellen sie 2 Sitze für den Wilhelmshavener Stadtrat. Besonders zu erwähnen ist hier der Stadtteil Bant, wo sie 11,9 % aller Stimmen für sich verbuchen konnten. Diese Zahlen sprechen für sich.

Überfall auf NPD-Helfer

us **Oldenburg.** Beim Plakatieren im Bereich Damm/Paradewall wurden in der Nacht zu Sonnabend vier NPD-Wahlhelfer überfallen. Laut Polizeiprotokoll gingen zehn bis 15 Personen auf die Plakatkleber los. Nähere Angaben zu dem Vorfall konnten die Beamten nicht machen. Die NPD berichtet in einer Pressemitteilung von vermummten Personen, die bei dem Überfall Schlagstöcke benutzt und mit Leuchtspurmunition geschossen hätten.

NWZ vom 9.9.96

Antifa Jugend Front und AK "Kein Fußbreit den FaschistInnen"
c/o Alhambra Hermannstr. 83 26135 Oldenburg
Fax: 0441-2488660

Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend

Die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Im Jahr 2000 soll Hannover Schauplatz der Weltausstellung EXPO 2000 sein. Fünf Monate soll das Spektakel dauern, erwartet werden ca. 40 Mio. Besuche - das bedeutet im Tagesdurchschnitt etwa 300.000 Menschen. Unter dem Motto „Mensch-Natur-Technik" sollen sich rund 200 Nationen, öffentliche und private Institutionen und Großkonzerne auf dem 160 ha großen Ausstellungsgelände präsentieren.

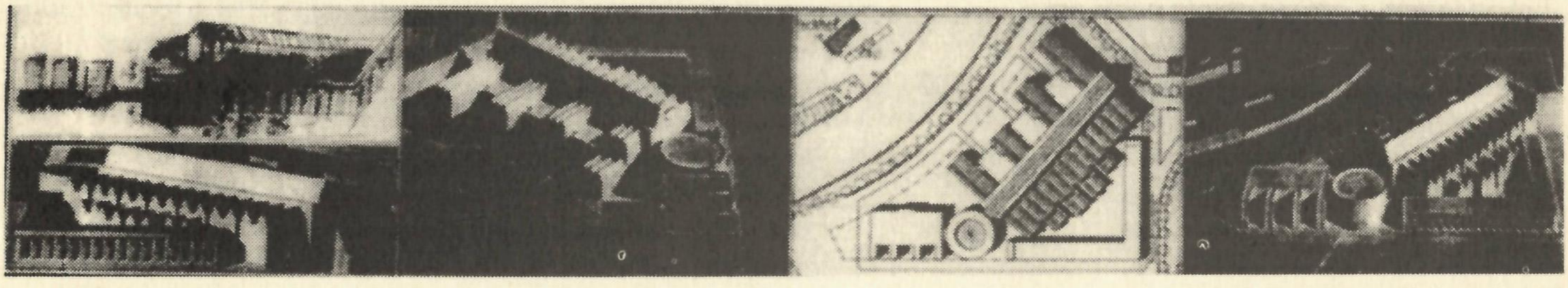
Die Idee einer Weltausstellung in Hannover wurde 1987 von der Deutschen Messe AG Hannover ausgebrütet: „Die gezielte Entwicklung und Modernisierung des Messegeländes und die Bemühungen um eine entsprechende Infrastruktur sind Voraussetzungen dafür, daß der Messeplatz Hannover auch nach Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts seine führende Stellung unter den weltweit tätigen Messezentren halten kann." Dieses Anliegen des Messe-Managements war getragen vom ungebrochenen Credo eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums. Nachdem die einseitig auf Automobil-Produktion basierende Ökonomie Hannovers schwer in die Krise geraten war, sollte damit gleichermaßen die Dienstleistungs-Ökonomie der Stadt ausgebaut werden und ein Image-Zuwachs die Region für die ModernisierungsgewinnerInnen und das Unternehmertum attraktiver machen.

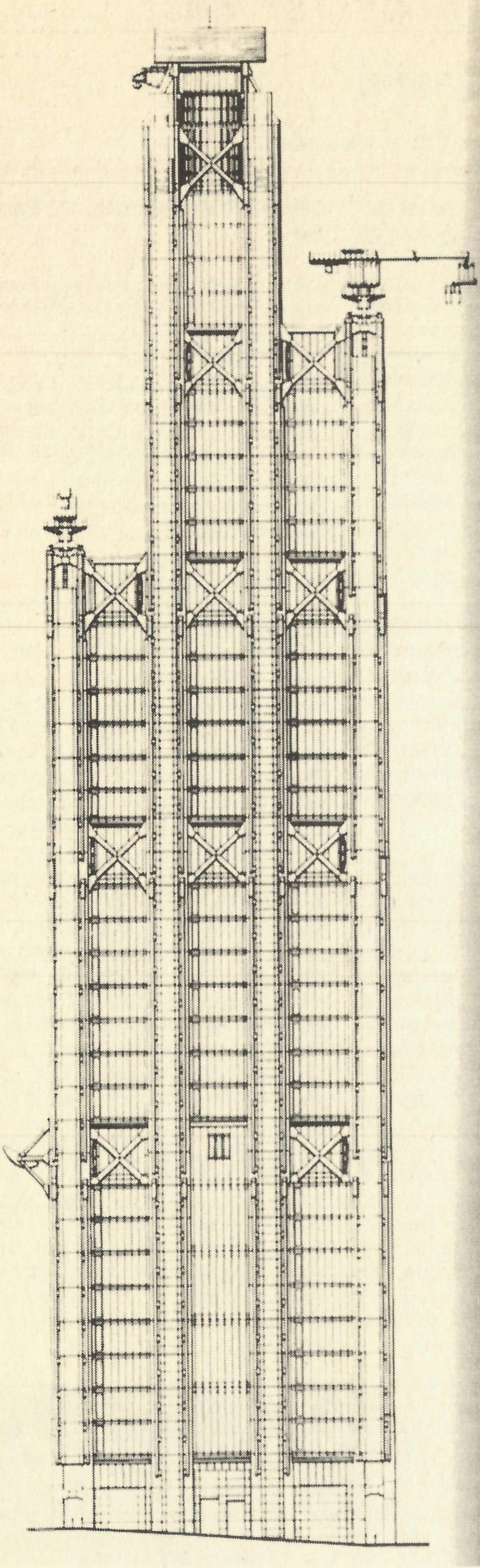
Als derartige Planungen 2 Jahre später (!) öffentlich wurden, bildete sich rasch ein regional begrenzter, z.T. radikaler Widerstand. Die EXPO wurde als Maßnahme interpretiert, drastische Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Hannover durchzusetzen bzw. zu beschleunigen und die Stadt den Interessen der Messe AG zu unterwerfen. Eine Verschärfung der Umweltsituation und der „sozialen Frage", die sozialsanitären Säuberung der exporelevanten Stadtbereiche von Armutsbevölkerung, die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die Polarisierung in Arme und Angepaßte wurde erwartet. Der Widerstand richtete sich aber auch gegen die EXPO als Veranstaltung um Akzeptanz für neue Technologien, insbesondere der Gentechnologie, zu schaffen.
Demonstrationen, Störaktionen, die Verwüstung des Weltausstellungsbüros B.I.E. in Paris verdeutlichten, daß die EXPO in Hannover nicht ohne weiteres geduldet würde. Eine breite Mehrheit innerhalb der Bevölkerung betrachtete die Planungen skeptisch bis widerwillig.

Dadurch sahen sich die EXPO-StrategInnen gezwungen, eine ökologisch und sozial drapierte Weltausstellungs-"Philosophie" zu präsentieren. Griffige Wortmarken wie „EXPO neuen Typs" , „öko-sozialer Stadtumbau", „Bürgerbeteiligung" und nicht zuletzt das Allerweltsmotto „Mensch-Natur-Technik" sollten suggerieren, daß das Großereignis für alle äußerst segensreich sei. Der grüne Umweltdezernent Hannovers fabulierte: „Eine zukunftsweisende ‚EXPO neuen Typs' könnte am Beispiel Hannovers aufzeigen, wie die Probleme solcher Ballungsräume mit den Rahmenbedingungen einer Industriegesellschaft im 21. Jahrhundert gelöst werden können."

Die EXPO als nationales Großprojekt

Nach dem Willen der Herrschenden soll die EXPO 2000 das größte nationale Prestige-Projekt seit den Olympischen Spielen ´72 in München werden. Als solches muß sie nicht nur aus formalen Gründen gelten, weil etwa die BRD als offizielle Veranstalterin fungiert oder mit 40% der Anteile an der mit der Durchführung beauftragten EXPO-GmbH größte Gesellschafterin ist und zusammen mit der Deutschen Wirtschaft (20%) die Mehrheit hält, sondern vor allem hinsichtlich ihres ideologischen Charakters. Als z.B. Schäuble in Sachen EXPO verkündete: „Orientierung zu vermitteln ist schon immer die klassische Aufgabe von Eliten gewesen", brachte er diesen Sachverhalt auf den Punkt. Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die „Schwelle zum 3. Jahrtausend" zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit als geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die - wohlgemerkt selbstdefinierten - Probleme gleich mit? Das „anspruchsvolle Motto Mensch-Natur-Technik" verpflichte dazu, „Lösungsansätze aufzuzeigen" für „die großen Weltprobleme" wie z.B. die Ernährung und Energieversorgung einer „sprunghaft anwachsenden Weltbevölkerung". Die Lösungen dafür haben sie schon lange parat: Gentechnologie, Atomkraft, Geburtenkontrolle im Trikont und zum Behufe der größtmöglichen Partizipation der Einzelnen am Weltgeschehen den Daten-Highway.





Zugegeben, das sind alles keine Novitäten, die Argumentationen sind hinlänglich bekannt. Nie jedoch konnten sich die Herrschenden mit ihren Plänen derart öffentlichkeitswirksam und gutmenschenartig verkaufen, wie sie es auf der EXPO vorhaben: „Wir haben die Technik, um die globalen Probleme zu lösen. Wir haben das Wissen, um den Menschen mit der Natur zu versöhnen", hieß es vor einigen Jahren in einer EXPO-Broschüre der Niedersächsischen Landesregierung, und vor kurzem ergänzte Zukunftsminister Rüttgers, daß sich Deutschland „mit normalem nationalen Selbstbewußtsein" präsentieren solle. Einmal mehr soll am deutschen Wesen die Welt genesen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland will das „magische Datum" des Jahrtausendwechsels nutzen, um sich als imperiale Großmacht darzustellen.

„Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit"

Die deutsche Wirtschaft, die der EXPO und ihrem Motto anfangs nicht allzuviel abgewinnen konnte (alles viel zu „öko"), hat mittlerweile Lunte gerochen und ist nicht nur auf den Zug aufgesprungen, sondern stellt auch die Weichen. Die EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender der BDI-Geschäftsführer von Wartenberg ist, hält zwar nur 20% der Anteile an der EXPO GmbH, doch verfügt das Kapital über die Hälfte der 10 Sitze im Aufsichtsrat, da der Bund zwei und das Land Niedersachsen einen Sitz an Spitzen-Manager abgetreten hat. Die Beteiligungsgesellschaft hat die Marschroute festgelegt:
„Im gemeinsamen Interesse der Unternehmen liegt es, wenn sie ihre Kompetenz deutlich und ihre gesellschaftspolitische Rolle verständlich machen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems unterstreichen." Die Wirtschaft müsse dazu:
„1. Problembewußtsein, z.B. in Umweltfragen, zeigen, dann jedoch
2. Lösungskompetenz der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß
3. nur mit Technik die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind, um so auf der EXPO für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit
4. die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland einem weltweiten Publikum zu demonstrieren.
Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: Der Mangel an Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden."

Selbstinszenierung des Kapitals

Dargestellt werden soll das Ganze im sog. Themenpark, den sie selbst das „thematische Herzstück" der EXPO nennen.
Die inhaltliche Ausgestaltung soll sog. „Systemführern" obliegen. Dabei wurde ursprünglich an „neutrale Experten" gedacht. Die Wirtschaft sträubte sich massiv gegen diese Pläne. Sie befürchtete eine zu kritische Ausrichtung der Veranstaltung. Mit Erfolg wurde das Ausbleiben von Sponsorengeldern und teilnehmenden Unternehmen angedroht. Der Wirtschaft wurde weitreichende Mitbestimmung bei der Benennung der „Systemführer" eingeräumt. Während in der Öffentlichkeit die EXPO nach wie vor

zur ultimativen Weltrettungsveranstaltung hochstilisiert wird, jubeln die Szeneblätter des deutschen Kapitals: „Der wichtigste Schritt ist geschafft: Das Öko-Konzept, mit dem die Veranstalter der EXPO 2000 anfangs potentielle Partner aus der Industrie verunsichert hatten, ist vom Tisch."

Fragen wie die nach der Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums oder nach einem evtl. anderen politischen und ökonomischem System werden mit Sicherheit im Themenpark der EXPO nicht gestellt werden. Die EXPO 2000 wird genau das, was Weltausstellungen schon immer waren: Selbstinszenierungen kapitalistischer Macht, die das Kulturverständnis der Herrschenden transportieren, und insofern Widerspiegelung des Zeitgeistes. Es werden „Technikakzeptanz" und „Zukunftsfähigkeit" propagiert, womit die EXPO genau den ideologischen Faden aufgreift, der u.a. auch in der aktuell diskutierten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Instituts gewoben wird. Der dort beschworene grün getünchte Kapitalismus wird in der EXPO 2000 sein Schaufenster und Sprachrohr finden.

So ist es auch kein Wunder, daß Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Mit-Autor des Buches „Faktor vier" und Leiter eben jenes Instituts, Mitglied im sogenannten International Advisory Board der EXPO ist. Die Aufgabe dieses Beratungsgremiums, dem der Präsident des Club of Rome, Ricardo Diez-Hochleitner, vorsitzt, ist u.a. „die spezifischen Probleme der Dritten Welt bei der Weltausstellung zu integrieren."

Dasselbe in grün: Agenda 21

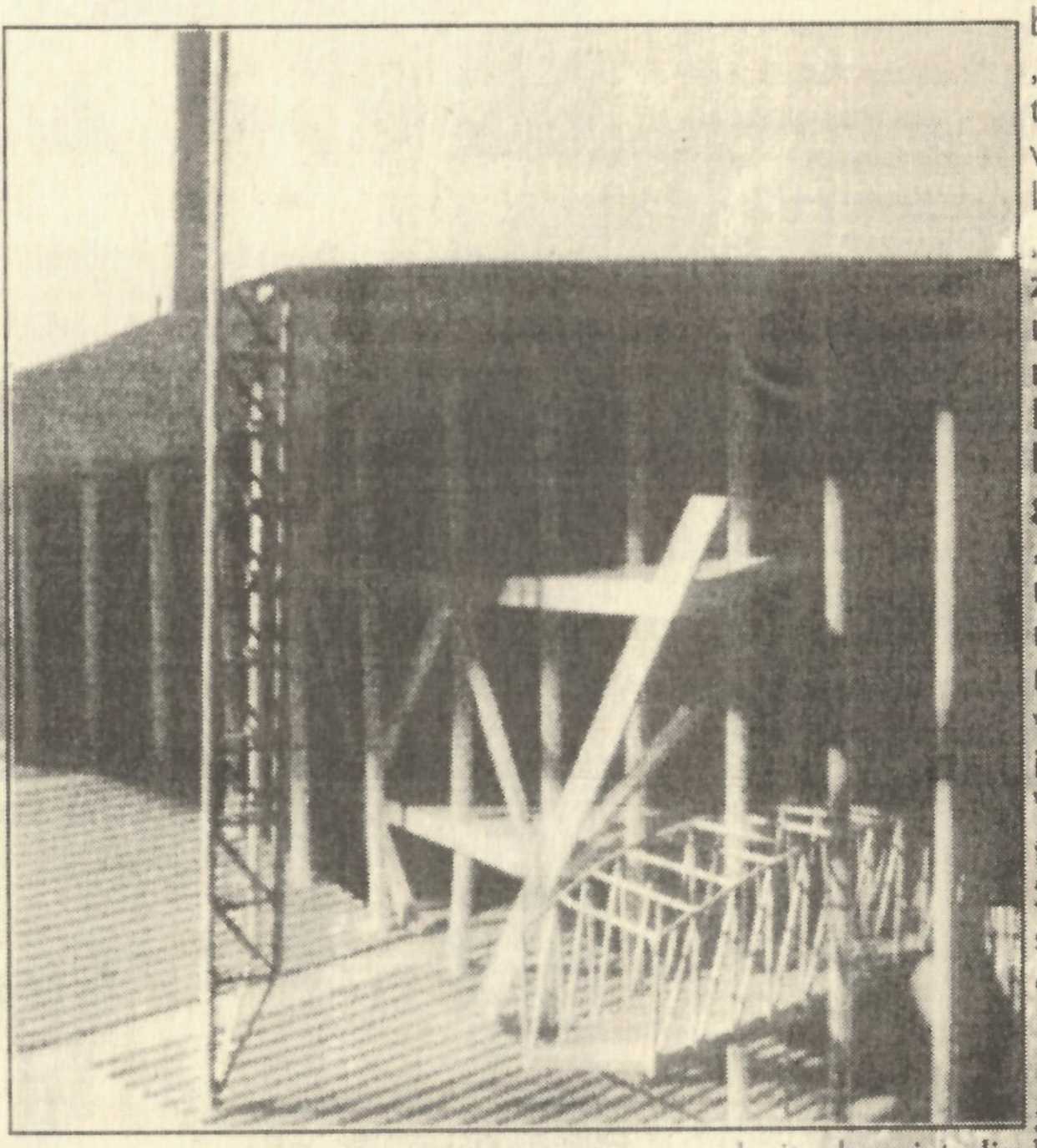
Umso erstaunlicher ist, daß die EXPO-BetreiberInnen die Agenda 21 erst vor rund einem Jahr als propagandistischen Aufhänger entdeckt haben. Im Sinne einer „kritischen, umweltbewußten" Marktwirtschaft ist die Agenda 1992 in Rio auf der UN-Umweltkonferenz beschlossen worden. In dieser Absichtserklärung wird das Prinzip der „nachhaltigen Entwicklung" zum Stein der Weisen erhoben. Liberalisierung des Handels, „Stärkung der Rolle der Unternehmen", „Förderung von Wettbewerbsmärkten" und Technologien wie z.B. Biotechnologie oder Atomkraft werden darin als Strategien zur Lösungen „drängender Menschheitsfragen" angesehen und als nachhaltig bezeichnet.

Gründe für Hunger und Armut, soziale Ungerechtigkeiten, Kriege und Umweltzerstörung werden dort so definiert, daß nicht die kapitalistischen Verhältnisse als Ursache benannt werden und gleichzeitig nur den Industrienationen und Konzernen des Nordens die Lösungskompetenz zufällt. Schuld an globalen Problemen wären „Bevölkerungsexplosion", ein zu niedriger technologischer Entwicklungsstand sowie zu geringe Kapitalausstattung in den Trikontländern. Nach dem Zusammenbruch der sog. sozialistischen Staaten scheint nunmehr außer Frage, daß der Kapitalismus das einzig „funktionierende" Gesellschaftssystem sei. Die Länder des Südens werden als Defizitländer in jeglicher Hinsicht definiert. Ihnen könne nur durch die Technologie, die Wirtschaftsweise und das Demokratieverständnis des Nordens geholfen werden. Die Schlußfolgerung: Nur ein „freier" Markt im neoliberalistischen Sinne, der die Großkonzerne zu Investitionen anreizt, könne den armen Ländern helfen, die Technologie zu erlangen, die ein umweltschonenderes Wirtschaften bei gleichzeitigem Wohlstandsanstieg zuläßt.

EXPO goes Agenda

Die Agenda paßt demnach ausgezeichnet in das EXPO-Konzept. Und so wird für die Weltausstellung als eine Veranstaltung geworben, die die Rio-Konferenz fortführen und „konkrete Optionen" der Umsetzung einer „nachhaltigen Entwicklung" darstellen werde. Entsprechend weiß EXPO-Chef Diener zu sagen: „Die brisanten Themen für Sustainable Development, die nachhaltige Entwicklung, stehen alle in der Agenda 21. [...Aus ihr] leiten wir die Legitimation ab, solche Themen zu behandeln."

Das eigentliche Credo ist in einer Veröffentlichung der EXPO-GmbH nachzulesen. Die Weltausstellung biete die Chance „konkrete Optionen zur Verwirklichung des Leitbildes „Nachhaltigkeit" zu thematisieren und in Angriff zu nehmen." Die Industriestaaten hätten die Aufgabe, selbst „frühzeitig um[zu]steuern und zeitgleich nachhaltige Entwicklungsmuster in der dritten Welt massiv [zu] fördern. Schlichtweg entscheidend für die angezielte Kultur des vernünftigen Umgangs mit Knappheit aber ist die Wahl des richtigen Ordnungsrahmens. Dies kann nur ein marktwirtschaftlicher sein."



Umarmungsstrategien: „Kritische Mitarbeit"

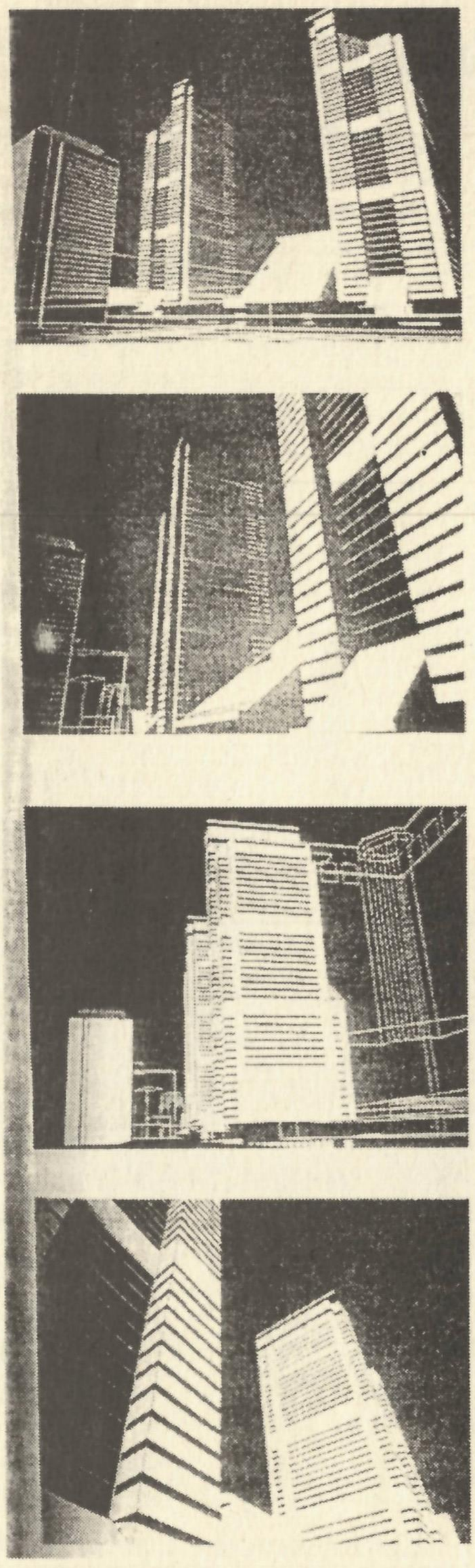
Die „Entdeckung" der Nachhal-

tigkeitsdebatte durch die EXPO-PlanerInnen blieb nicht ohne Wirkung. Sie ermöglichte die Integration „kritischer Stimmen".
Im Dezember '95 fand auf Einladung der EXPO-Generalkommissarin Breuel ein Gespräch mit SpitzenvertreterInnen von Naturschutzbund, Klimabündnis, Forum Umwelt & Entwicklung, WWF, German Watch und Misereor statt. Die niedersächsischen Umweltverbände protestierten energisch gegen solche Gespräche (welchen Inhalts auch immer), an denen sich z.T. auch ihre Bundesverbände beteiligen wollten, und forderten die Einhaltung basisdemokratischer Prinzipien ein. Der berliner BUND-Vorsitzende nahm daraufhin nur als „Beobachter" teil. Breuel bot den Verbänden eine „gewisse" Mitsprache bei der Gestaltung des Themenparks an.

Im Mai 96 diskutierten Deutscher Naturschutzring (DNR), Forum Umwelt & Entwicklung und der Verband Entwicklungspolitik der Nichtregierungsorganisationen (VENRO) konkret über eine „Organisationsstruktur zur Koordinierung der Umfeldaktivitäten von U + E NRO [Nichtregierungsorganisationen aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich] anläßlich der Weltausstellung EXPO 2000", wobei die Agenda 21 als EXPO-Thema hervorgehoben wurde.

Der DNR schlug einen „Koordinierungsrat" vor, an dem zahlreiche Umwelt- und Entwicklungsgruppen teilnehmen sollen. Kurioserweise wurde auch das hannoversche Bündnis gegen die EXPO genannt, das von seinem Glück noch gar nichts wußte. Hier wird abermals deutlich, wie der lokale Widerstand, der jegliche Beteiligung an der Weltausstellung strikt ablehnt, von oben vereinnahmt und gebrochen werden soll - der Fisch fängt vom Kopf her zu stinken an. Gleiches gilt, wenn der Verein zur Förderung entwicklungspolitischer Initiativen und Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen (VEN) sich mit dem Gedanken trägt, in Hannover ein „EXPO-Watch-Büro" einzurichten, zu dessen Aufgaben auch „Kontakte zur EXPO GmbH und dem Generalkommisariat" gehören sollen.

Während die diversen Gruppen noch diskutieren, war für das Entwicklungshilfeministerium (BMZ) im April '96 schon alles klar: In einem „Austellungskonzept für die Darstellung der Entwicklungszusammenarbeit bei der EXPO 2000" findet sich z.B. ein mit „Kon-



sens" überschriebenes Schaubild, in dem EXPO-GmbH, Generalkommissariat, BMZ und Nichtregierungsorganisationen einträchtig um das EXPO-Logo versammelt sind. Zu „NRO-Aufgaben" heißt es u.a.: „Präsentation eigener Vorschläge", „Themenschwerpunkte mitbilden", „Kernbotschaften in die Öffentlichkeit tragen (Expo-Kampagne!)".

Ob die NROs diese Aufgaben tatsächlich übernehmen werden, ist noch offen, allerdings ist schon allein die Gesprächsbereitschaft der genannten Gruppen alarmierend, signalisiert sie doch grundsätzliche Mitwirkungsbereitschaft.

Warum sich kritische Gruppen durch solche Angebote ködern lassen, können wir nur vermuten. Ein Grund mag sein, daß einige in der Modernisierung des Kapitalismus inzwischen tatsächlich Losungen sehen: „Für eine gerechte und umweltverträgliche Entwicklung sollte nicht auf die Weltrevolution gewartet werden", denn „die Zustande auf diesem Planeten" erlaubten uns nicht mehr, „auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur unverzüglichen Umsetzung von Überlebensstrategien zu verzichten." so P. Schepelmann, Vorsitzender der BUNDjugend, in seiner Replik auf die BUKO-Kritik an der Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland'. Bei einer solch apokalyptischen Realitätsauffassung erscheint dann vielleicht auch eine Weltausstellung als Wundermittel zur Herstellung des beschworenen Konsens'.

Auf lokaler Ebene war vor allem zu beobachten, daß Gruppen, die die EXPO eigentlich ablehnten, ihren Widerstand aufgaben, wenn ihnen für die Umsetzung einzelner Projekte die entsprechenden Finanzmittel in Aussicht gestellt wurden. Beliebteste Rechtfertigung einer „kritischen" EXPO-Beteiligung war dabei: „Die EXPO ist nicht mehr zu verhindern - also machen wir das Beste draus".

Mitmachen und verlieren

Die EXPO-PlanerInnen können „Kritik" tatsächlich gut gebrauchen und fordern sie sogar ein: Was könnte ihre Strategie glaubwürdiger machen, als die Einbeziehung von KritikerInnen? „Vielleicht ist die eine oder andere ‚alternative' Idee sogar verwertbar, in jedem Fall aber ungefährlich, solange an der gesellschaftlichen Entscheidungshierarchie nicht gerüttelt wird.

letzlich also Kapitalinteressen bestimmen, was passiert", hieß es schon 1990 in einem Anti-EXPO-Flugblatt. „Kritische MitarbeiterInnen" tragen dazu bei, daß die Akzeptanz für profitable technokratische Scheinlösungen (eine der wesentlichen Funktionen der EXPO) erhöht wird, weil damit die gesamte EXPO an Glaubwürdigkeit gewinnt - und verhindern damit, daß sich die Lösungsvorschläge, die sie anstreben, gesellschaftlich durchsetzen konnen. Und je kritischer sie sich gebarden, desto besser für die EXPO-MacherInnen - nährt dies doch die Illusion, auf der Weltausstellung werde ganz pluralistisch um verschiedene Wege gerungen.

Daher wird „kritische Mitarbeit" die EXPO nicht besser machen, sondern verschleiert nur die dahinter stehenden Kapitalinteressen und erschwert es, auf Widersprüche und vernichtenden Auswirkungen des bestehenden Systems hinzuweisen. Wer den EXPO-StrategInnen die Kreide reicht, die diese nur zu gerne fressen werden, verschafft ihnen die Tarnung, die sie brauchen. Das Feld der Auseinandersetzung mit den Zukunftsentwürfen der EXPO-MacherInnen kann nicht im Rahmen der EXPO liegen.
Deshalb sollten auch alle Mitglieder von Organisationen, die Anstalten machen, sich bei der EXPO einzuklinken, ihrer Funktionärsebene auf die Füße treten.

Perspektiven?
Für uns kann die einzige Position nur die grundsätzliche Ablehnung der Weltausstellung sein, was sich in unserem Ziel „EXPO verhindern" ausdrückt. Daran halten wir weiterhin fest, obwohl die Chance auf die Absage der Weltausstellung momentan eher unrealistisch ist - dafür spricht nicht nur die derzeitige Schwäche des Widerstandes gegen die EXPO, sondern auch dessen lokale Zentriertheit. Grund für unsere Position ist nicht der Glaube, eine Welt ohne die EXPO 2000 wäre wieder schön und wahr und gut. Auch ohne EXPO werden sich die Staaten und Großkonzerne des Nordens zu globalen Weltenrettern aufspielen, auch ohne EXPO wird die Welt auf Zukunfts- und Leidensfähigkeit getrimmt werden.
Für uns bedeutet Widerstand gegen die EXPO mehr als Widerstand gegen ein einmaliges fünfmonatiges Großereignis in Hannover, nämlich den Versuch, das herrschende System und seine Strukturen in Frage zu stellen. Umgekehrt meinen wir aber auch, daß die EXPO für alle, die gegen die herrschenden Zustände kämpfen, einen Ansatzpunkt für ihren Widerstand darstellen kann. Weil die EXPO sämtliche Bereiche von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Entwicklung, Umwelt, Technologie, Herrschen/Gehorchen und Zukunft thematisieren soll, eröffnet diese Veranstaltung als Kristallisationspunkt im Gegenzug die Chance, die verschiedenen Themenschwerpunkte der systemkritischen Kräfte, zu denen diese ohnehin arbeiten, zusammenlaufen zu lassen, um so der geplanten Zwangsbeglückung der Welt entgegenzuwirken. Die Bündelung unserer Kritik böte die Gelegenheit, gemeinsam gegen Patriarchat, Rassismus, Ausbeutung, Technologiehörigkeit usw. vorzugehen und den Herrschenden klar zu machen, daß sie ihre Pläne nicht ungestört umsetzen können.
Wie dies geschehen könnte, können und wollen wir nicht allein in Hannover entwickeln, zumal wir nicht wissen, ob über Hannover hinaus Gruppen Bezüge zwischen ihrer Arbeit und der geplanten Weltausstellung herstellen können. Vielleicht ist es uns mit diesem Artikel gelungen, diese Auseinandersetzung in unterschiedlichen Diskussionszusammenhängen und Publikationen anzuregen. An entsprechenden Ergebnissen wären wir sehr interessiert. Selbstverständlich können bei uns weitere Infos zum Thema EXPO 2000 angefordert werden.

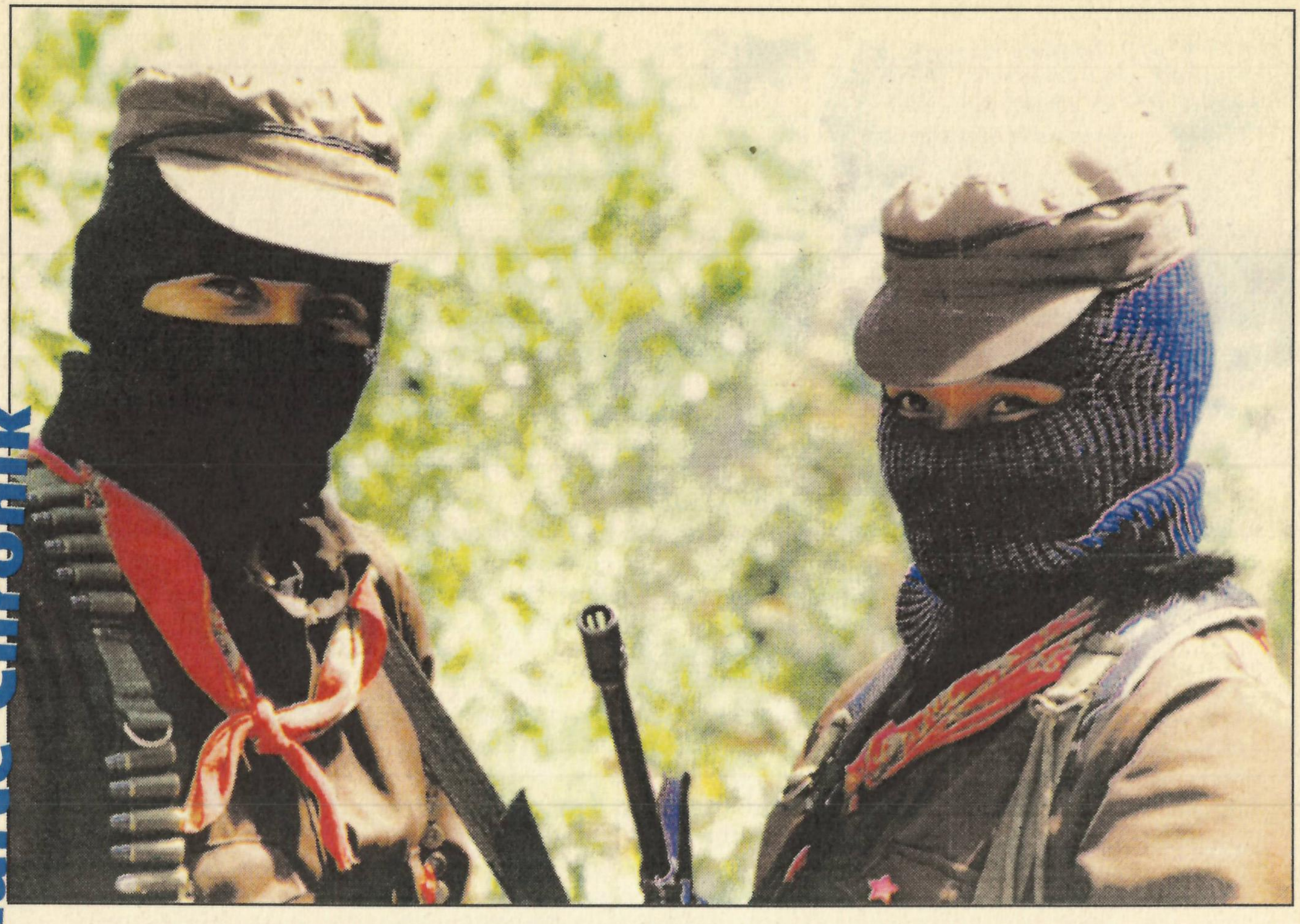
Die Anti-EXPO-AG
...besteht seit 1990 und arbeitet seitdem gegen die geplante Weltausstellung in Hannover. Regionale Umstrukturierung durch derartige Großprojekte und ihre ideologische Funktion standen und stehen dabei im Mittelpunkt.
Kontakt: Anti-EXPO-AG, c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Telefon: 0511/762-5063, Fax: 0511/717441, Treff: jeden Freitag, 17.00 Uhr

Termine Termine Termine

das Lüneburger Solidaritäts Komitee (LSK), das sich während des Prozesses gegen Mitglieder der Antifa (M) gegründet hat, versucht mit einigen Veranstaltungen , den Prozeß bzw. die Zeit danach kritisch zu begleiten.
7-12.10. Austellung **„Verbotene Kunst"**
8.10. Verfolgung linker Medien am Bsp. der Zeitschrift **radikal**
Alle Veranstaltungen finden im Vortragssaal der Musikschule, an der Münze 7, Lüneburg um 19.00 Uhr statt.

Migrantinnenkongreß

In Worpswede bei HB findet ein bundesweiter Kongreß von Mi-grantinnen statt. U.a. soll über Migration in globalen Zusammenhängen und Vernetzungsstruk-turen von Migrantinnen diskutiert, aber auch in AGs zur Gleichbe-rechtigung von migrantinnen gearbeitet werden. Einen tag vor beginn des Kongresses findet im Bürgerhaus Wesertrassen in Bremen eine Anhörung statt zu den themen Gleichberechtigung und Bürgerrechte für Migran-tinnen, rechtliche Situation von Flüchtlingen in Bremen und zum Antidiskriminierungsgesetz. Diese Veranstaltung ist offen für alle, der Kongreß jedoch nur für Frauen , insbesondere natürlich Mi-grantinnen. 4-6-10-96, Jugendherberge, Hammewege 2. 27726 Worpswede; Anmeldung/Info, AG Antirassismus, Humboldtstr. 116/118, 28203 Bremen, Tel: 0241/ 704744



Kleine bruchstückhafte Chronik

des Intergalaktischen Teffens in Chiapas

Eröffnungsveranstaltung in Oventik

Die Auftaktveranstaltung findet im etwa eine Stunde von San Cristobal entfernt liegenden Oventik, Aguascalientes 11, statt. Die Fahrt erfolgt mit gemieteten Bussen aus der Region, die normalerweise im Linienverkehr eingesetzt werden und einen entsprechend klapperigen Zustand aufweisen. Bei der Ankunft in Oventik bilden sich gewaltige Schlangen. Grund: Durchsuchung der Teilnehmer durch vermummte Mitglieder der Unterstützungsbasis. Männer und Frauen bewegen sich in getrennten Reihen fort, um dann vor dem Eingang zum umzäunten Aguascalientes von ihren indianischen Geschlechtsgenossen durchsucht zu werden. Die Durchsuchung der Taschen, Beutel und Rucksäcke und das Abtasten erfolgt mit einer ruhigen, zurückhaltenden Bestimmtheit. Wer Messer, Schere oder ähnliches dabei hat, muß es in eine Tüte verpacken, sie mit seinem Namen versehen und am Eingang abgeben. Vor der Abreise in die vier anderen Aguascalientes können die potentiellen Waffen dann wieder abgeholt werden.

Oventik - das größte Aguascalientes - ist ein riesiges abschüssiges Gelände, das aus zahlreichen, eigens für das Treffen errichteten geschlossenen Pfahlbauten besteht. Das Forum selbst liegt in der Talsohle und bedeckt etwa die Fläche eines Fußballfeldes. Die Bühne wird an beiden Seiten von Tribünen gesäumt. Alles ist aus mit Macheten bearbeitendem Holz gefertigt.

Bedingt durch die Durchsuchungsprozedur betreten die Leute Oventik in Gruppen von 40 bis 50 Personen. Die meisten haben als erstes nichts anderes im Sinn, als sich in irgendeiner Hütte einen Schlafplatz zu sichern. Riesiges Getümmel. Hängematten werden kreuz und quer aufgehängt. Einige Ländergruppen haben Hütten für sich in Beschlag genommen. Unterschwelliges Auflackern von Animositäten gegenüber bestimmten Nationalitäten. Suche nach Bekannten. Verwunderte Blicke der vermummten Zapatistas, die an beiden Seiten des Weges ein Begrüßungsspalier gebildet hatten.

Ursprünglich war geplant gewesen, daß die Leute nach Ländergruppen anreisen, ihre Rucksäcke in den einzelnen Hütten ablegen und sich dann zum eigentlichen Forum zur Begrüßung begeben. Auf den dortigen Tribünen warteten nämlich mehrere Hundert Zapatistas und eine Marimba. Allerdings hatte diese Botschaft viele Empfänger nicht erreicht. So betreten die bunt durcheinandergewürfelten Gruppen den mit Stühlen übersäten Platz, auf dem dann die vermeintliche Delegation eines Landes angefeuert von der Lautsprecheranlage und untermalt von Marimbatönen mit kräftigen Vivas begrüßt wird. Nachdem nach und nach alle eingetrudelt sind und die Begrüßungsovationen beendet sind, beginnt die ei-

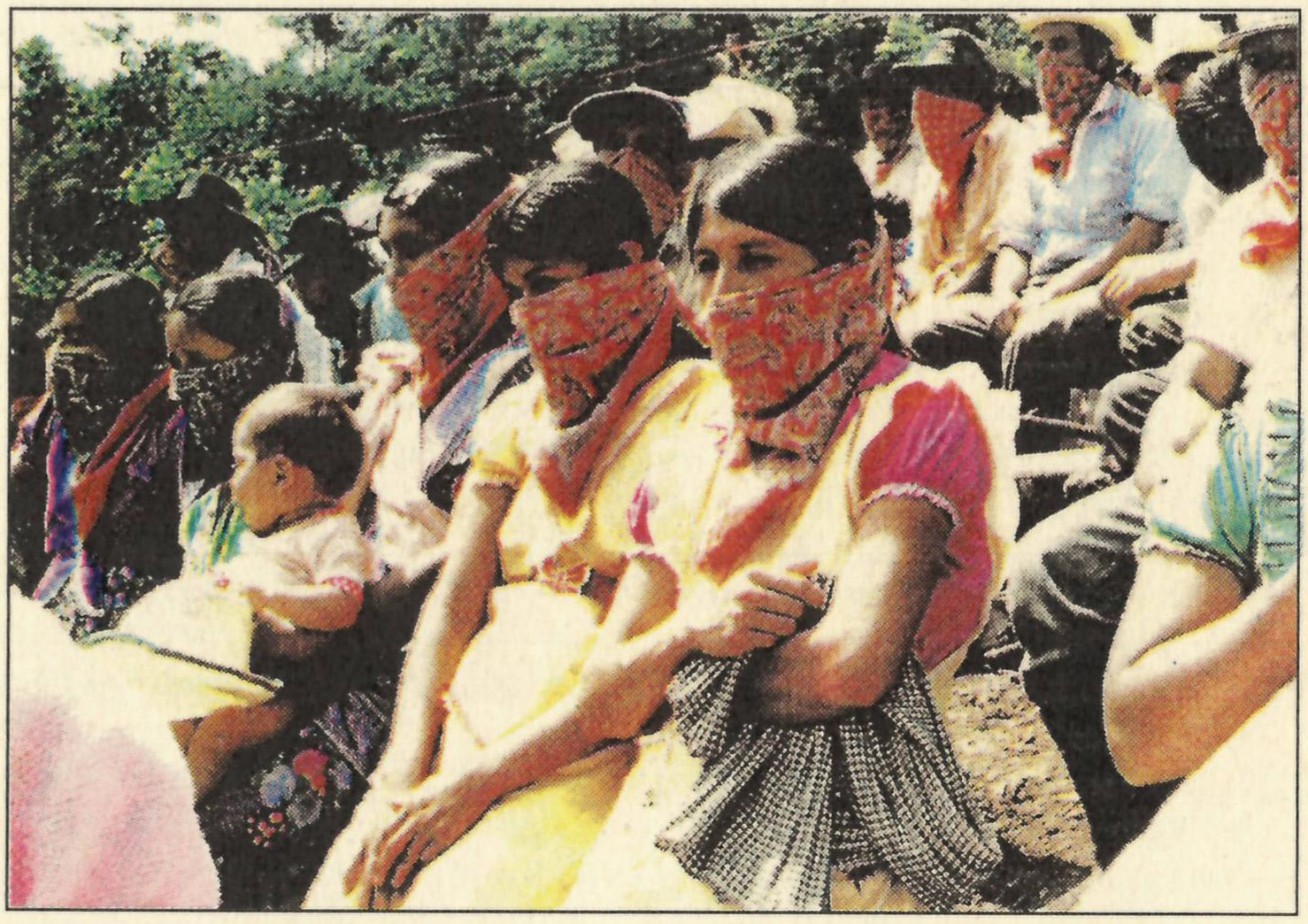
gentliche Einweihungszeremonie. Mittlerweile ist es bereits dunkel geworden. Nach kurzen Eröffnungsansprachen werden die Leute aufgefordert, sich hinzusetzen und vollkommen ruhig zu sein. Die Scheinwerfer erlöschen, auf dem riesigen Platz herrscht vollkommene Dunkelheit. Außer vereinzeltem Babygeschrei und dem ein oder anderen Hüsteln ist kein einziger Laut von den mehreren Tausend Leuten zu hören. Aus weiter Ferne dringt ein Trommelgeräusch und eine Ziehharmonika wie ein Widerhall von einem anderen Szenarium herüber. Die Musik wird allmählich lauter, die kleinen Lichtpunkte lassen sich als Fackeln ausmachen und nach und nach ist eine endlose Schlange von Menschen zu erkennen, die sich festen Schrittes dem Podium nähern: Es ist eine Formation der Unterstützungsbasen, die da aus unbekannter Ferne herangerückt ist. Männer, Frauen, Kinder und Alte, ausgerüstet mit Halstüchern und dem ein oder anderen pasamontanas. Ihnen ist die Einweihung des 1. Interkontinentalen Treffens gewidmet. Stürmischer Beifall. Laute Vivas auf die EZLN. Danach folgt der Einzug von bewaffneten Einheiten, die Eröffnungsrede durch Mayora Ana Maria, die Vorführung traditioneller Tänze verschiedener zapatistischer Gemeinschaften und zum Abschluß, bereits spät in der Nacht und begleitet von Nieselregen, der obligatorische Tanz. Am Tag danach werden die Leute zu den verschiedenen, bis zu über 100 km voneinander entfernt liegenden Aguascalientes gebracht. Für die, die sich an der Teilnahme am Tisch für Politik entschieden haben, geht die Reise nach La Realidad.

La Realidad

Die Fahrt in eines der Herzen der zapatistischen Wirklichkeit dauert fast 15 Stunden. Schuld daran ist nicht nur der Dauerregen, der die ungepflasterte Straße in eine Rutschbahn verwandelt und die Herzen der Teilnehmer diesmal nicht aus Begeisterung höher schlagen läßt, sondern auch der Kontrollposten der Migrationsbehörde, an dem die Pässe aller Reisenden abgelichtet und die Einreisezettel mit einem Stempel versehen werden, der auf die Aufenthaltsbestimmungen in Mexico verweist und bei einer neuerlichen Kontrolle die sichere Ausweisung bedeuten würde.

Ankunft in La Realidad um 4 Uhr morgens bei strömendem Regen, neuerliche Durchsuchung, Anbringen der Hängematten, Mittagessen, das Abendessen und Frühstück in einem ist, kurze Ansprache durch Tacho und einige Stunden Schlaf. Am „nächsten Morgen" die eigentliche Eröffnungsveranstaltung. Reden von Tacho, Moises und vom Sub, die gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Geheimen Indigenen Komitees und begleitet von Truppenmitgliedern auf Pferden in das Forum eingezogen waren. Mayor Moises bezieht sich in seiner Ansprache auf die Notwendigkeit, das „Denken zu vereinen, um zu einem gemeinsamen Weg zu finden". Er stellt sich und uns die Frage, „was zu tun ist, um das Wort zur Einheit zu führen und wie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet werden kann." Er besteht mit Nachdruck darauf, daß es das Wort ist, was uns vereint, und daß den Zapatistas klar ist, daß von der Regierung keine Lösung der Probleme zu erwarten sei. Der Sub hält eine kurze Ansprache, in der auf die Notwendigkeit einer Neubestimmung des Begriffs und der Praxis der Politik als Ausgangspunkt für eine Veränderung hier und heute hinweist. Später verliest er einen Beitrag mit dem Titel „Sieben Stimmen Sieben", der in bester zapatistischer Tradition „zum Herzen spricht".

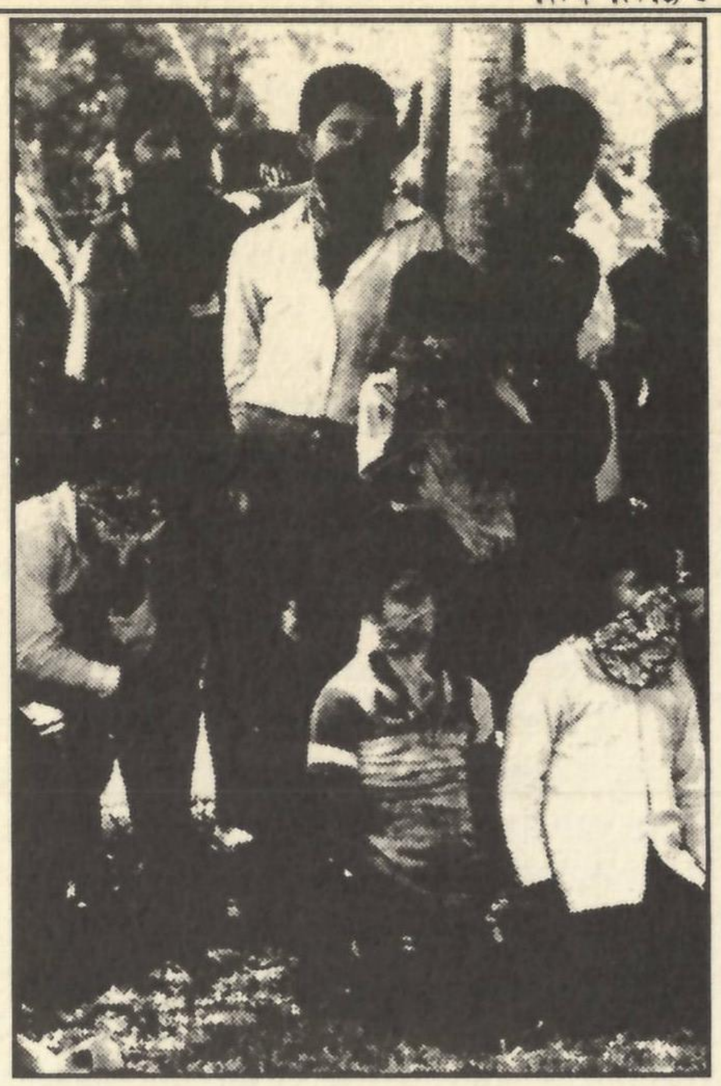
Danach Aufteilung in fünf Untertische, an denen an den folgenden drei Tagen über die verschiedenen Themen diskutiert werden soll. An den Tischen stellt sich heraus, daß die Magie der Zapatistas die verschiedensten Leute zusammengebracht hat. So trafen an unserem Tisch, der sich mit den Themen „Neue Formen, Pólitik zu machen und zu sprechen, Neuerungen für die Kämpfe des fin de siécle. Das gehorchende Befehlen, Mittel und Ziele" beschäftigte, unter anderen Ex-Tupamaros, kolumbianische und peruanische Guerillakämpfer aus den 60er und 70er Jahren, eine Frau der französischen Grünen, ein Marxist-Leninist aus dem Iran, Syndikalisten aus verschiedenen Ländern, ein amerikanischer Pazifist, deutsche Autonome, spanische Libertäre, ein Hardline-PKK'ler, französische Deleuzeianer, Mitglieder der FZLN und ein tzotzilischer Campesino zusammen. Es ist unmöglich, die mehr als 90 Beiträge wiederzugeben. Es lassen sich allerdings folgende inhaltliche Achsen bestimmen: Die Notwendigkeit einer radikalen Demokratisierung aller Lebensbereiche, die bei den eigenen Organisationsformen beginnen und sich darin widerspiegeln muß. Dies beinhaltet die Wahrung der Verschiedenheit und die Anerkennung des anderen als legitimer anderer sowie die Wahrung der Autonomie der jeweiligen Gruppen. Die Ersetzung des Mehrheitsprinzips durch das Prinzip der Konsensfindung. Die Aufhebung der Trennung zwischen Politik und Alltag. Dazu soll unter anderem die Schaffung von physischen Räumen der Zusammenkunft der „Zivilgesellschaft" dienen - Räume, die als offene Orte der Diskussion und Beteiligung und als Laboratorien für Ideen und Praktiken konzipiert werden, die neue Formen der politischen Betätigung und Vermittlung experimentieren sollen. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Schaffung von Gegengewichten gegen die Macht, die Durchsetzung des Prinzips des gehorchenden Befehlens. Was die Mittel und Wege angeht, bestand der Konsens darin, Methoden des zivilen Widerstands voranzutreiben, wobei gleichzeitig das Recht der verschiedenen menschlichen Kollektive anerkannt wurde, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für ihre Selbstverteidigung anzuwenden. Absage an die Idee, daß der Zweck die Mittel heiligt. Verlagerung des



Schwergewichts von zukünftigen Endzielen hin zu den Prozessen, die entwickelt werden, um sie zu erreichen...

Die Arbeitsgruppen kamen jeweils morgens und nachmittags zusammen. Am späten Nachmittag gab es dann immer kleinere Veranstaltungen, wie z.B. einen Tisch, an dem unter dem Titel „Jenseits der Ökonomie" über Möglichkeiten zur Selbstorganisierung des Überlebens und Lebens jenseits des Diktats der Ökonomie diskutiert wurde. Oder eine Veranstaltung der Madres de la Plaza de Mayo, die von ihrem nun schon 19 Jahre dauernden Kampf gegen die Verantwortlichen der argentinischen Militärdiktatur berichteten. In ihrer tiefen Menschlichkeit, ihrer Entschlossenheit, Unnachgiebigkeit und in der Direktheit ihrer Sprache waren sie das Kollektiv, das neben den Zapatistas die stärkste Sympathie und Gemütsbewegung hervor rief. Auch hier wieder zahlreiche Tränen der Ergriffenheit und der Bewunderung gegenüber diesen wirklich beispielhaften zivilen Kämpferinnen. Lautstarke Vivas. Das Schwergewicht des politischen Vorschlags der Madres lag in der Bekämpfung der Militarisierung der Gesellschaft, in der Verweigerung der Zahlung von Steuern und in der Anregung, von der Bekämpfung der Armut zur Bekämpfung des Reichtums überzugehen.

Bei den Sonderveranstaltungen ist auch noch auf die Pressekonferenz mit den vielbeschworenen Berühmtheiten hinzuweisen. Im Vorfeld hatten französische Teilnehmer und Teilnehmerinnen eine Protestnote gegen die Anwesenheit der Witwe von Mitterand und des französischen Soziologen Alain Tourraine (der sich vor allem vor den Herbststreik für die Maßnahmen der französischen Regierung ausgesprochen hatte) verfaßt. Daraufhin traf sich Marcos mit den nationalen Delegierten und den Verfassern der Protestnote, um die Gründe für die Einladung an beide zu erläutern. Dabei wies er darauf hin, daß es ein Teil des Politikverständnisses der EZLN sei, grundsätzlich mit einem breiten Spektrum von Leuten zu reden, damit auch diese „ihr Wort sagen" können, und zum anderen betonte er die Schutzfunktion, die gewisse Berühmtheiten für die EZLN ausüben. Die Erklärung der EZLN beruhigte die Gemüter soweit, daß die Pressekonferenz ohne weitere hörbare Reibungen über die Bühne gehen konnte. Neben die senbeiden Größen aus einer Welt, der die allermeisten Leute fremd bzw. feindlich gegenüberstehen, ergriffen dann noch andere bekannte Persönlichkeiten das Wort, die aktiv am Treffen teilgenommen hatten. Hier vor allem



Eduardo Galeano und der nordamerikanische Kritiker des Neoliberalismus James Petras. Die anschließende Pressekonferenz drehte sich vor allem um die Maßnahmen und Auswirkungen des Kriegs der niedrigen Intensität in Chiapas, um die Schwierigkeiten des Dialogs in San Andres und mündete in der Frage eines Journalisten an Marcos, wann die EZ ihre Waffen abgeben würde, woraufhin er und wir die Antwort erhielten: „Dann, wenn es eine neue Welt gibt."

Abends gab es dann „Kulturveranstaltungen", auf denen vor allem Kinder und Jugendliche der zapatistischen Gemeinschaften Kampflieder sangen und Gedichte vortrugen. Und zu später Stunde stets Tanz im Schlamm und Regen.

Die Plenarsitzung

Die Ankunft der Teilnehmer aus den anderen 4 Aguascalientes überstieg endgültig das Fassungsvermögen von La Realidad. Der täglich, vor allem nachts, niedergehende Regen hatte das gesamte Gelände in ein knöcheltiefes Schlammloch verwandelt. Wenn es nicht regnete, schien eine stechende Sonne auf die Anwesenden herab, was neben den endlosen Schlangen zum „Essenholen" alles andere als beruhigend für die Nerven wirkte. Die Nervenanspannung erreichte ihren Höhepunkt zu Beginn der Plenarsitzung, auf der die Protokolle und Vorschläge aller Tische verlesen werden sollten. Der den europäischen Teilnehmern und Teilnehmerinnen zuweilen fremde Formalismus der Zapatistas, das Unverständnis der Zapatistas gegenüber dem Stoffwechsel der Hellhäutigen und die Angst vor einem möglichen Anschlag gegen die Mitglieder der Kommandantur und vor allem gegen Marcos führte dazu, daß Tacho die Plenarsitzung erst dann beginnen lassen wollte, nachdem sich die Leute auf dem zentralen Platz des Forums niedergelassen hatten, was implizierte, daß alle den schützenden Schatten der Überdachungen verlassen mußten. Hierbei kam es zu der absurden Situation, daß etwa 4000 Menschen mehr als eine halbe Stunde in der stechenden Sonne ausharren mußten, da sich knapp 100 Leute - für die anderen völlig unvermittelt - weigerten, den Schatten zu verlassen. Spannungen. Rufe „Touristen raus", die danach von Sprechchören „Wir sind Zapatisten und keine Touristen" übertönt wurden. Die Aufforderung von Tacho an die Sanitätskorps zu überprüfen, ob die Leute Fieber haben und sich deshalb nicht der Sonne aussetzen können. Sprachlosigkeit und letztendlich ein widerwilliges Nachgeben der tatsächlich Kranken und der anderen, die sich aus dem einen oder anderen Grund zu ihnen gesellt hatten. Kurze Zeit später reiten dann Marcos, Moises und andere Comandantes auf den Platz. Die eigentliche Plenarveranstaltung dauert abgerechnet zweimaliger Essenspausen etwa 12 Stunden und stellt die Zuhörerschaft auf eine harte Konzentrationsprobe. Neben der reinen Protokollierung der wichtigsten Punkte der Diskussionen zeichnen sich die Erklärungen vor allem durch allgemeine Willensbekundungen aus. Die Vorschläge selbst bieten wenig Neues, drücken aber im allgemeinen den Wunsch und Willen nach einer Demokratisierung und einem Zusammen kommen von unten aus. Ein gemeinsames Element ist auch die Kritik an der globalen Unterwerfung des menschlichen Lebens unter Macht, Geld und Merkantilisierung und die teilweise explizit, teilweise implizit formulierte Vorstellung von einem Existenzrecht jenseits jeglicher Nützlichkeitserwägungen und instrumentalen Denkens. Auch das Bedürfnis nach Autonomie und Selbstorganisierung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Tischreferate. Gleiches läßt sich für folgende Punkte behaupten: die Notwendigkeit der internationalen Koordinierung, um der Globalisierung die Stirn zu bieten; das erklärte Bedürfnis nach Öffnung, Zuhören, Austausch, die Suche nach dem Verbindenden bzw. die Anwendung des Konsensprinzips als Form der Konfliktlösung und als Grundlage für die Einheit in der politischen Aktion; Befragung/Umfrage als neues Mittel zur Konstituierung von Gegenmacht; Kampfansage gegen patriachale Strukturen im privaten und öffentlichen Bereich und gegen die sich verschärfende Lage der Frauen unter dem

Neoliberalismus; die Entmilitarisierung von Chiapas und die Freilassung der politischen Gefangenen.

Während die Kritiken am Neoliberalismus und die Analyse der Lage noch eine gewisse Konsistenz und Stringenz aufweisen, sind die konkreten Vorstellungen ein reines Potpourri, bei dem Vorschläge nach einer internationalen horizontalen Vernetzung des Widerstands und dem Aufbau von Aguascalientes als Widerstandszentren neben Forderungen nach der Verwendung von 8 % des BSP für die Erziehung oder die Forderung nach einer Steuer auf spekulative Kapitaltransfer beziehungslos nebeneinanderstehen. Die Organisatoren des Treffens haben auf jeden Fall versprochen, alle Beiträge und Referate in einem Dossier zusammenzustellen und den Interessierten zukommen zu lassen.

Klausur und Abreise

Am Tag darauf die wohl vor allem von den Gastgebern herbeigewünschte Klausur des Treffens. Bei dieser Gelegenheit findet kein nervenaufreibendes Warten statt. Die Mitglieder der Kommandantur kommen ohne weitere Formalitäten auf den Platz geritten. Marcos entschuldigte sich als erstes im Namen der EZLN für ihre „Rücksichtslosigkeit" vom Vortag, um danach die Abschlußerklärung der EZLN zu verlesen, die im Aufruf zum Aufbau eines interkontinentalen Widerstandsnetzes gegen den Neoliberalismus und in der zweiten Erklärung von La Realidad mündet, die Gegenstand einer interkontinentalen Consulta sein soll und in der zu einem zweiten interkontinentalen Treffen aufgerufen wird, das diesmal in Europa stattfinden soll. Danach folgten zahlreiche Musikbeiträge und die stufenweise Abreise der Teilnehmer. Zurückgeblieben ist ein gewaltiges Schlammfeld und die vollkommen erschöpften Einwohner von La Realidad, die während der vergangenen Tage teilweise in 24-Stunden-Schichten quasi Menschenunmögliches geleistet haben, um das Treffen über die Bühne zu bringen. Gleiches gilt für die oft kritisierten Mitglieder des Organisationskomitees. Mitgenommen haben wir die Erfahrung eines neuntägigen „Ausnahmezustands", der voller kleiner Träume und Begegnungen gewesen ist, die Anlaß geben zu der vagen Hoffnung, daß vielleicht doch alles ganz anders sein könnte.

Kritiken

Das Hauptproblem bei den Diskussionen an den Tischen bestand darin, daß die Beiträge nicht bereits im Vorfeld bekannt waren. Hinzu kam, daß die genaue Bestimmung der Unterthemen erst in Don Bosco bekanntgegeben wurden. Dadurch mußten einige Leute ihre Beiträge umformulieren. Der Wille, alle zu Wort kommen zu lassen, wirkte sich so aus, daß die Leute in den verschiedenen Arbeitsgruppen sich stundenlang Kurzfassungen von Vorträgen anhören mußten, ohne daß es zu Diskussionen kommen konnte, was zu einer ernsten Beeinträchtigung der Konzentrationsfähigkeit führte (und die Übersetzer und Übersetzerinnen angesichts der Geschwindigkeit, in der die Zusammenfassungen der Beiträge aufgrund von Zeitmangel heruntergerasselt wurden, vor eine fast unlösbare Aufgabe stellte). Dieses rein quantitative Kriterium, daß einer Strukturierung nach Themenblöcken bedurft hätte, bewirkte in vielen Fällen, daß eine genauere Diskussion zu kurz kam und daß Diskussionsergebnis sich häufig als eine wahllose Aneinanderreihung von bekannten Platitüden und neuen Elementen darstellte.

Dieses Vorgehensweise wurde auch auf der Vollversammlung beibehalten und führte dazu, daß die Zuhörerschaft auf dem Platz und die Vertreter und Vertreterinnen der EZLN auf dem Podium bereits nach der zweiten Zusammenfassung erschöpft auf den Stühlen hin- und herrutschten und nur noch aufhorchten, wenn ab und an irgendein Bezug zur spezifischen Alltagswirklichkeit oder das ein oder andere Reizwort zu hören war. Die beschworene Neuformulierung von Politik fand also nicht statt. Es ist weder in den Arbeitsgruppen noch auf dem Podium gelungen, vier oder fünf klare Ideen herauszuarbeiten, die als Grundlage für eine weitere Auseinandersetzung dienen könnten. Das Problem der politischen Vermittlung wurde also erneut zu einer Frage der Selbstdarstellung und produzierte trotz aller gegenteiligen Bedürfnisse hauptsächlich Langeweile.

In den wenigen Tagen gab es wenig Raum, um von den zapatistischen Gemeinschaften zu lernen, die in ihrer radikalen Verweigerung den Kern des Widerstands bilden, der beispielhaft für Millionen von Indigenas und Campesinos ist, die sich in einer ähnlichen Situation befinden. Auf diese Weise ist es den Zapatistas tatsächlich gelungen, eine Bresche in dieses Panorama der Resignation, Selbstunterwerfung und Zerstrittenheit zu schlagen. Eine Bresche, die auf einem bedingungslosen Nein gegen das Projekt der neoliberalen Modernisierung beruht. Ein Nein, das so unbeugsam in der Sache wie flexibel in den Formen ist. Ein Nein, das sich der Macht verschließt, um sich gegenüber den anderen, die wir sind, zu öffnen.

Es liegt an uns, von diesen neuen Formen zu lernen und sie in unserer zerstükkelten Wirklichkeiten anzuwenden. Es handelt sich dabei um Formen, die Inhalte sind. Formen, die das Schwergewicht auf Einschluß, Beteiligung, das Gefühl der Verantwortlichkeit und der Verallgemeinerbarkeit gesellschaftlichen Handelns legen. Formen, die dazu beitragen, gemachte Trennungen zu überwinden und zur gemeinschaftlichen Aktion führen. Gemeinschaftliche Aktionen, die in ihren Formen und Inhalten das Morgen im Heute erahnen lassen. H.

aus: Land und Freiheit, Nr. 27

Veranstaltung mit Aurora Pelayo (Tijuana, Mexico)
zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen in den "freien" Produktionszonen

Arbeitskräfte im Ausverkauf

Weltmarktfabriken in Mexico

10. Oktober 1996 « 20.00 Uhr im PFL, Peterstr. 3

Unternehmen aus den Industriestaaten begannen in den 60er Jahren, die arbeitsintensiven Praduktionsbereiche in die Länder der „Dritten Welt" auszulagern. In den „freien" Produktionszonen (in Lateinamerika „Maquilas" genannt) werden ihnen neben minimalen Löhnen besondere Vergünstigungen geboten: sie brauchen keine Zölle für die Einfuhr von Rohstoffen und Maschinen und häufig auch keine Steuern zahlen, sie können ihre Gewinne ohne Einschränkungen ins Ausland überweisen, ihnen werden die Produktionsgebäude und die Verkehrsanbindungen gestellt und es gelten umfangreiche Einschränkungen bei den nationalen Arbeitsgesetzen und Umweltschutzauflagen. Anfänglich waren es vorwiegend Unternehmen der Bekleidungsindustrie, die sich in den „freien" Produktionszonen ansiedelten. Aus importierten Stoffen nähen die dort beschäftigten Frauen unter miserablen Arbeitsbedingungen und zu niedrigsten Löhnen Wäsche und Kleidung, die anschließend wieder exportiert und bei uns verkauft werden. Mittlerweile haben viele andere Industrie- und Dienstleistungsunternehmen ihre Produktion internationalisiert und produzieren weltweit an verschie-densten Standorten in „freien" Produk-tionszonen. Die ersten „freien" Produktionszonen entstanden in Südostasien und in Mexiko. Heute gibt es sie in fast allen Ländern der Dritten Welt und in Osteuropa und ihre Zahl nimmt stetig zu. Dabei überbieten sich die einzelnen Staaten in ihren Zugestandnissen gegenuber den multinationalen Unternehmen. Werden an einem anderen Standort niedrigere Löhne und noch gunstigere Bedingungen geboten, ziehen die Unternehmen weiter. „Der ideale Standort wäre", so ein Manager von Philips, „einen Supertanker mit Fertigungsstätten zu bauen, der dort vor Anker geht, wo es gerade am billigsten ist "
Während auch deutsche Unternehmen seit Jahren Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagern, haben sie gleichzeitig eine „Standort-Debatte" angezettelt, in der die Unternehmervertreter vollmundig erklären, daß die Löhne und Sozialleistungen in der Bundesrepublik zu hoch seien und sie also gezwungen würden, ihre Produktionsstätten an günstigere Standorte zu verlegen. Indem die Beschäftigten an den verschiedenen Standorten gegeneinander ausgespielt werden, sollen sie gezwungen werden, Lohneinbußen zu akzeptieren und auf erkämpfte soziale Errungenschaften (z.B. Lohnfortzahlung bei Krankheit) zu verzichten. Die andere Seite der Medaille sind die bei uns billigen Konsumguter aus den „freien" Produktionszonen, wobei wir (als KonsumentInnen) allzu leicht vergessen, daß sie nur durch die Ausbeutung der ArbeiterInnen und die miesen Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken so günstig sind. Dies gilt übrigens auch für viele der teureren Markenartikel!
In Mexico sind 1965 die ersten Maquilas in der Grenzregion zur USA entstanden. Mit einem Programm zur Industrialisierung der Grenzregion wollte die mexikanische Regierung Arbeitsplätze für die Saisonarbeiter schaffen, die aufgrund des Einreiseverbots nicht mehr in der US-Landwirtschaft arbeiten konnten. Angezogen durch die niedrigen Löhne und die Nähe zum US-Markt eröffneten Unternehmen der Bekleidungs-, Schuh-, Elektronik, Plastik- und Automobilindustrie aus den USA sowie deren mexikanische Subunternehmen

"Freie Produktionszone Der Fortschritt": fast frei von ArbeiterInnenrechten, fast frei von Arbeitsschutzgesetzen, fast frei von Sozialleistungen, fast frei von Umweltauflagen, fast frei von Gewerkschaften. Und das bei Minimallöhnen.

Die Maquila-Initiative, was ist das?

Seit Herbst letzten Jahres gibt es einen bundesweiten Arbeitszusammenhang zum Thema "Freie Produktionszonen" in der entwicklungspolitischen Bewegung. Angestoßen durch die gehäuften Fälle von Menschenrechtsverletzungen in den Maquila-Fabriken Zentralamerikas, sowie durch die Aktivitäten mittelamerikanischer Frauenorganisationen entstand die Maquila-Initiative. Das Ziel der Initiative ist zunächst eine Aufklärung über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Maquila-Arbeiterinnen in den Fabriken. Im Herbst dieses Jahres werden daher vier VertreterInnen von Basisorganisationen aus El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Mexico (Aurora Pelayo Macias wird nach Oldenburg kommen) eine Rundreise in der BRD machen, um über die Zustande vor Ort zu berichten. Ein weiteres Anliegen ist auch die Aufklärung darüber, welche Firmen mit Maquila-Produkten ihre Gewinne auf den Metropolenmarkten einstreichen. So ist es z.B. die zum Otto-Versand gehorende Firma Eddie Bauer, welche demnächst mehrere Filialen in der BRD eröffnen wird. Aber auch C&A profitiert von den weltweit entstehenden "freien Produktionszonen". Der aktuelle Strukturwandel der Weltwirtschaft rückt dabei natürlich auch in die Betrachtung. Die neoliberale Deregulierung und Weltmarktoffnung geht überall einher mit dem Abbau von Löhnen und Mindestlohnen, sozialstaatlicher Sicherungssystemen und gewerkschaftlichen Rechten. Auch hierüber möchte die Maquila-Initiative informieren. Das vorrangigste Ziel ist die Unterstützung der Maquila-Beschäftigten in ihrem Kampf um verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch wir können hier einen Beitrag leisten, mit offentlichem und gewerkschaftlichem Druck gegen die Mutterfirmen.

Nähere Informationen:

«Infozentrum "Dritte Welt" & Laden, Auguststr. 50, 26121 Oldenburg, Fax und Tel: 0441-776777

«Infostelle El Salvador, Herrstr. 205, 53111 Bonn, Tel: 0228-694562, Fax: 0228-631226

«E-Mail: salva@Link-k.gun.de

«Spendenkonto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50 Kto.Nr.: 332276-507 , Stichwort "Maquila"

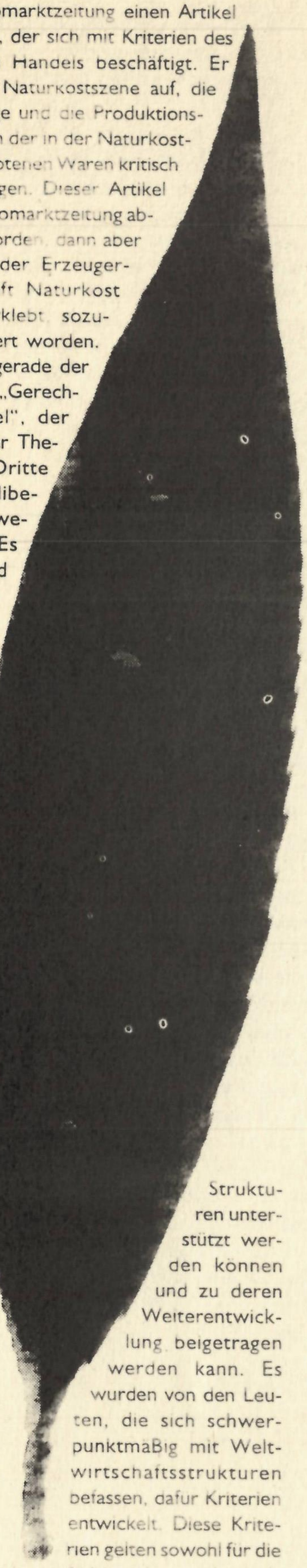
Montagebetriebe in der Region. Mit dem Beitritt Mexicos zur NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) haben in den letzten Jahren auch zunehmend Unternehmen aus Japan und Südkorea Maquilas in nachster Nahe zum US-Markt gegrundet. Mittlerweile existieren etwa 3000 Betriebe mit über einer halben Million Beschäftigten, davon etwa 60% Frauen.

Abgesehen von einigen Maquilas, die mit moderner Technik produzieren und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten bieten, erinnern die Bedingungen in vielen Betrieben an frühkapitalistische Zeiten. Nach der Abwertung des mexikanischen Peso 1994/95 liegt der durchschnittliche Wochenlohn bei 25 US-$, sodaß ihr Lohn, der zum Teil auch nicht regelmäßig ausgezahlt wird, nicht zum Überleben ausreicht. Lange Arbeitstage, Streß, fehlende Sicherheitsmaßnahmen und Lüftungen und der Umgang mit giftigen Substanzen führen zu schweren Krankheiten und zahlreichen Arbeitsunfällen. Die Mißachtung der bestehenden Arbeitsgesetze wie auch sexuelle Belästigungen und Übergriffe gegen Frauen sind an der Tagesordnung. Die Mitarbeit in Gewerkschaften oder kollektive Aktionen gegen die Übergriffe der Betriebsleitungen führen in der Regel zur Entlassung. In vielen Wohngebieten der Arbeiterinnen gibt es keine Elektrizitätsversorgung oder Kanalisation, und sie werden darüberhinaus durch die giftigen Abfälle und Abwasser aus vielen Maquila-Betrieben belastet.

In den letzten Jahren haben sich zahlreiche ArbeiterInnen in Selbsthilfeorganisationen organisiert. Durch gemeinsame Aktionen oder die Bildung von eigenständigen Gewerkschaftsgruppen versuchen sie, ihre Lebenbedingungen zu verbessern und sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen in den Maquila-Betrieben zu wehren. Durch ihre Vernetzung und den Kontakt zu Gewerkschaften und Unterstützerinnengruppen in den USA ist es in einigen Fällen gelungen, Druck auf verschiedene US-Unternehmen auszuüben, um die Bedingungen in den Maquilas zu verbessern. Von der Selbsthilfeorganisation „Comite de Apoyo Fronterizo Obrero Regional" aus Tijuana, dem Zentrum der Maquila-Industrie, haben wir Aurora Pelayo eingeladen. Sie wird über die Situation und den Widerstand in den mexikanischen Maquilas und über die Arbeit ihrer Organisation berichten.

Ausbeutung in der „Dritten Welt“ auch durch „Bio-Anbau“? - Einige Hintergründe

Um eine Diskussion anzuregen, haben wir für die Okomarktzeitung einen Artikel geschrieben, der sich mit Kriterien des alternativen Handels beschäftigt. Er fordert die Naturkostszene auf, die Handelswege und die Produktionsbedingungen der in der Naturkostladen angebotenen Waren kritisch zu hinterfragen. Dieser Artikel ist in der Okomarktzeitung abgedruckt worden, dann aber auf Druck der Erzeugergemeinschaft Naturkost Gmbh überklebt, sozusagen zensiert worden. Nun ist es gerade der sogenannte „Gerechtere Handel“, der schon immer Thema der „Dritte Welt“- Solibewegung gewesen ist. Es wurde und wird viel diskutiert, wie soziale Strukturen unterstützt werden können und zu deren Weiterentwicklung beigetragen werden kann. Es wurden von den Leuten, die sich schwerpunktmaßig mit Weltwirtschaftsstrukturen befassen, dafur Kriterien entwickelt. Diese Kriterien gelten sowohl für die AnbieterInnen dort als auch für die WeiterverkäuferInnen hier. Zu den grundlegendsten Kriterien gehören folgende:



- Ausschaltung des Zwischenhandels in den Erzeugerländern und Verringerung auf ein Mindestmaß in den Verkaufsländern
- Mindestpreisgarantie und längerfristige Abnahmegarantien, Vorfinanzierung der Ernte
- Abnahme von Kleinbauern, Genossenschaften, anderen selbstverwalteten Projekten
- Unterstützung von lokalen Projekten, insbesondere in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Ökologie
- Soziale und umweltverträgliche Produktionsweisen
- Informationsarbeit hier wie dort
- Transparenz der Handelswege sowie der Verdienstspannen der am Handel Beteiligten (von den ArbeiterInnen bis zu den EndverkäuferInnen)

Nach diesen Grundsätzen versuchen wir zu handeln. Gerade bei den landwirtschaftlich erzeugten Produkten wird nicht nur auf die sozialen Aspekte, sondem verstärkt auf den Ökologischen Anbau geachtet.

Eigentlich sind wir davon ausgegangen, daß auch die Ökoszene auf die sozialen Aspekte achtet. Umso größer war die Enttäuschung, als uns klar wurde, daß einige sogenannte „fair gehandelte“ Produkte nach unseren Kriterien überhaupt nicht „fair gehandelt“ sind. Kein Wunder, wenn dann Firmennamen genannt werden, denn es geht ja auch um die Glaubwürdigkeit des Ausdrucks „fair“ oder „fairer gehandelt“.
Daß die Firma Lebensbaum deshalb von einer „Diffamierungskampagne“ redet, ist uns unverständlich, geht es doch lediglich um die Klarstellung des Begriffs „fairer gehandelt“ oder „Ausbeuter“ im Zusammenhang mit ihrer Handelsbeziehung mit der Finca Irlanda.

Nach den direkten Informationen der Firma Lebensbaum hat die Finca Irlanda folgende Referenzen:

„(...) 1. Finca Irlanda war Welt-Pionier für die Erzeugung organischbiodynamischen Kaffees.

2. Unzählige Forschungsarbeiten wurden auf der Finca durchgeführt.

3. Immer haben wir die Erhaltung der Umwelt unterstützt, wo irnmer es auch war.

4. Die Erfahrungen, die wir im Laufe der Zeit gesammelt haben, haben wir ohne Rückhalt mit Personen geteilt, die mit der Bitte um Hinweise über organische Anbaumethoden an uns herangetreten waren.

5. Finca Irlanda war direkt beteiligt an der Bildung der ‚Gesellschaft für Naturgeschichte des Seconusco A.C´, die sich mit der Erhaltung natürlicher Areale und dem Schutz der Tiere, die in unserer Region bei Handlern durch die Regierung beschlagnahmt wurden, befaßt

6. Wir haben viele europäische Touristen aufgenommen und sie unterstützt wahrend ihres Aufenthaltes in Mexiko

7. Im vergangenen Jahr 1994 erhielten wir von der mexikanischen Regierung eine Anerkennung der Verantwortlichkeit des Untemehmers für die Umwelt,

8. Und zum Schluß: die beste Referenz, die wir haben können, ist die Ihre.“ *(FINCA IRLANDA 30.1.1995)*.

Dies schreibt die Finca selbst über sich (es ist die vollständige Aufzählung der Referenzen) Alles ist auch sehr schön bio (bis auf das Lob der mexikanischen Regierung, die bekanntermeise Großgrundbesitzer fördert und soziale Bewegungen niederknüppelt), nur von sozialen Schwerpunkten ist dabei nichts zu hören. Am 30.1.1995 wird von der Finca Irlanda angekündigt, einige soziale Einrichtungen zubauen:

- eine Küche , Unterkünfte für Zeitarbeiter
- Unterkünfte für ansässige Arbeiter (40 Familien)
- Schule

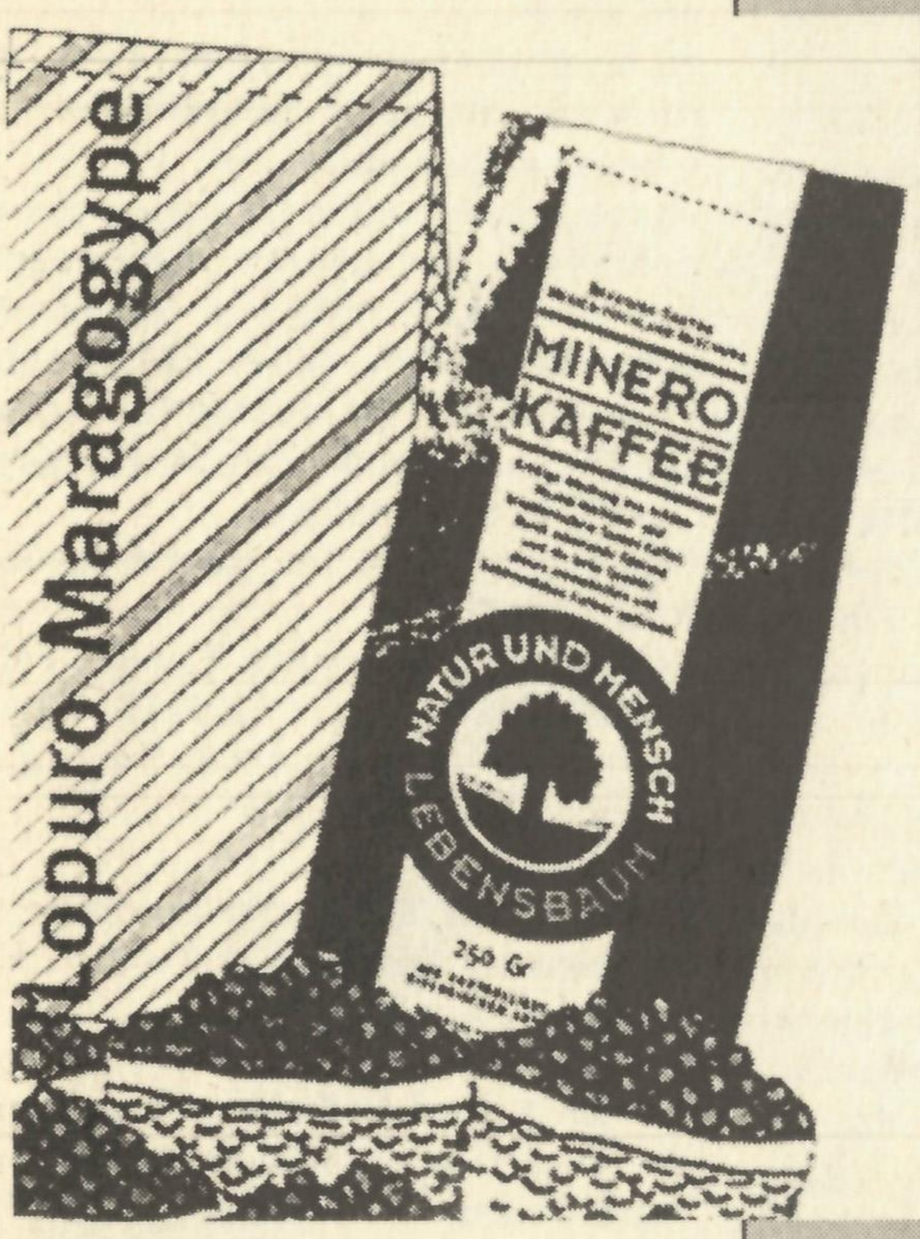
Alles schön und gut, doch...

Einige dieser Projekte sind heute verwirklicht, was auch positiv zu beurteilen ist. Trotz alledem ist es für uns undenkbar, einen „fairen Handel“ mit Großgrundbesitzern zu betreiben die ja deshalb Großgrundbesitzer sind, weil ihnen alles gehört und denen, die dort arbeiten, nichts. Denn das Problem sind nicht nur die Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung. Die Kaffeeplantagenbesitzer haben genauso wie die Viehzüchter das Land den Dorfgemeinschaften geraubt. Dieses ist ein Prozeß, der in der Kolonialzeit begann und nie unterbrochen wurde. Dieser Prozeß ist noch

durch die neue Landwirtschaftspolitik der Regierung beschleunigt worden.

Dies ist das Landproblem, das in Chiapas (wo sich auch die Finca Irlanda befindet) eine zentrale Bedeutung hat. Es ist der Konflikt zwischen den Fincas und den Bauerngemeinschaften, die ihr Land wiedergewinnen wollen.

Seit mehr als 12 Jahren herrscht eine Wirtschaftspolitik - endgültig manifestiert durch das nordamerikanische Freihandelsabkommen - mit dem Ziel, den Export von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten zu forcieren. Dazu gehören Gemüse- und Obstsorten sowie Kaffee, die sogenannten „Nachtischprodukte". Für diese Produktion werden riesige Agrarflächen benötigt, also Latifundien. Die Dorfgemeinschaften dagegen benötigen Landverteilung Aber die Regierung wird nie im Leben den Großgrundbesitz antasten. Sie stärkt die Latifundien, da sie hierdurch auch ihre Kontrolle in der Region stärkt, besonders seit sie sich von der zapatistischen Armee bedroht sieht. Ein weiterer Grund warum die Regierung den Großgrundbesitz fördert, mit Maschinen ausstattet, modernisiert und deren Produkte kauft, ist ihr Exportmodll weiter auszubauen und als erfolgreich darzustellen.Jedoch werden



in diesem System die Campesinos gänzlich marginalisiert. Sie sehen die Möglichkeit, ihr Land zurückzugewinnen, weiter entfernt denn je. Mit den Veränderungen des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung, die während der Herrschaft von Präsident Salinas vorgenommen wurden, sind alle rechtlichen Möglichkeiten, Land in einem bürokratischen Verfahren zu erhalten, abgeschafft worden. Damit geht jegliche Hoffnung verloren und es bleibt nur der bewaffnete Kampf.

Deshalb bleiben wir dabei:

1. Auch wenn die Ausbeutung der ArbeiterInnen auf der Finca Irlanda etwas sozialer gestaltet wird als auf anderen Fincas in Mexiko und anderen Ländem. Es bleibt das Hierarchieverhältnis Großgrundbesitzer - ansässige ArbeiterInnen -WanderarbeiterInnen. Solche Verhältnisse sind für uns nicht unterstützenswert.

2. Auch bei anderen Produkten aus dem Ökohandel, besonders denen die aus der sogenannten „Dritten Welt" kommen, stellen wir die Frage nach den sozialen Bedingungen des Handels: Wer macht die Profite? Welche Strukturen werden unterstützt und welche zerstört?

Wir fordern die KundInnen und die AnbieterInnen der Ökoläden auf, schöne bunte Siegelchen, sei es nun „fair trade" oder „transfair" zu hinterfragen, um herauszufinden, was wirklich dahintersteckt! Wir fordern sie weiterhin dazu auf, sich auch bei anderen Produkten ohne diese Siegelchen über Produktionsweisen und Handelswege kritisch zu informieren!

„Ditte Welt" Informationszentrum und Laden Oldenburg

Folgenden Text entnahmen wir zusätzlich der Sonderbeilage der *direkten aktion* vom September 1995. Die vierseitige Beilage beschäftigt sich ausführlich mit den herrschenden Verhältnissen auf den Kaffeeplantagen in Chiapas und speziell in der Region Soconusco:

„Die einzelnen Tätigkeiten auf der Finca, wie das Säubern der Cafetales, aber auch die Pflücktätiqkeit, sind aufgrund von Klima und Terrain immer mit viel Schweiß und Dreck verbunden. Die Möglichkeiten, sich zu waschen bestehen aber nur aus einem Wasserhahn für häufig mehrere Hundert Personen. Daher ziehen es die Arbeiter vor, sich im Fluß zu waschen. (...) Ein ursächlicher Zusammenhang für das Auftreten zweier Krankheiten, die sonst im Hochland nicht auftreten... ist aber nachgewiesen. Es handelt sich hierbei um die Oncocercosis (Flußblindheit, die durch die Kribbelmücke übertragen wird) und um Malaria, deren Übertragung durch den Stich der Anapheles Mücke stattfindet.

Krankheiten beim Kaffeebau

Der Lebensraum der Kribbelmücke in Chiapas umfaßt die feucht-heiße Küstenzone bis in eine Höhe von 300-1.600 Metern und bevorzugt die Nähe schnellfließender Gewässer mit üppigem Uferbewuchs. Diese Zone entsprichl genau dem Gebiet, daß seit 100 Jahren für den Kaffeeanbau genutzt wird. Die Fincas liegen regelmäßig an kleinen Flüssen, da für die Aufbereitung des Kaffes grosse Mengen Wassers benötigt werden. Diese Flüssesind die idealen Brutstätten für die ursprünglich aus Afrika eingeschleppten Überträger-Insekten, die sich in einem Radius von 15 km von Flußlauf bewegen können. Der häufige und längerfrißtige Aufenthalt in der Kaffeeanbauzone ohne entsprechende regelmäßige ärztliche Kontrolle birgt daher ein erhöhtes Risiko schwerwiegender körperlicher Schäden. Der durch die Kribbelmücke übertragene Erreger, eine Filarienart (Onchocerea volvulus), bildet im Körper, besonders am Kopf, an Rippen, Hüften, Ellbogen und Kniegelenken Knoten, in denen es zur Vermehrung kommt. Die Larven können von dort aus leicht über die Blutbahn in die Bindehaut, Hornhaut oder die Iris des Auges eindringen und diese nachhaltig schädigen. In Chiapas ist die Rate der Folge-Erblindungen nach Infektionen durch diese Erreger sehr hoch. Seit den 40er Jahren laufen Bestrebungen, dem Überträger der Krankheit beizukommen. Trotz anfänglicher Erfolge in den 50er Jahren sind die Ergebnisse his heute wenig ermutigend. So gibt es heute ganze Landstriche im Soconusco, in denen die Bevölkerung hochgradig Oncocercoseverseucht ist.

(...)

Durch die saisonale Wanderarbeit ist das Erscheinungsbild dieser Krankheit in das Hochland verschleppt worden, wo sich inzwischen in den Municipios mit hoher Wanderarbeiterrate endemische Krankheitsherde gebildet haben.

Wer zahlt bei Krankheit?

„Was passiert, wenn jemand krank wurde? Gab es da einen Doktor oder einen Krankenhelfer auf der Finca?"

Antwort von Vincente R., 31 Jahre alt und seit seinem 8. Lebenjahr auf den Soconusco-Plantagen als Wanderarbeiter tätig: „Nein, ich habe nie einen gesehen.. Weder einen Arzt noch einen Krankenhelfer. Wenn einer krank wurde. gab ihm der Mayordomo eine Medizin.' "Und wer zahlt das?" Vincente: „der Arbeiter, er zahlt für die Behandlung und die Medizin." So wurde einem Arbeiter auf der Finca Prusia, der sich eine schwere offene Handverletzung mit einer Motorsäge zugezogen hatte, als alleinige Therapie zwei Penicillin- Spritzen verabreicht.

Justus Fenner, Chiapas

Dringende Fax-Aktion! Update Kirchenasyl !
Dringend! Rettet Jean Nsotuna Mampouya!

Folgendes Fax der Organisation "Internationale Stadt Bremen" erreichte uns am Mittwoch, dem 18. Setember 1996. Ihre Adresse ist
Brahmweg 178; 26135 Oldenburg
Fon 0441-203864, Fax 0441-81077

Angriff auf das Kirchenasyl! Zairischer Regimegegner bei Asylantragsstellung von Bremer Beamten in Falle gelockt! Abschiebung in Folterstaat droht!

Der zairische Regimegegner Jean Nsotuna Mampouya, der sich seit dem 21.August im Kirchenasyl befand, wurde gestern beim Stellen seines Asylfolgeantrages von Beamten der Bremer Zweigstelle des Bundesamtes für die Anerkennung Ausländischer Flüchtlinge in eine Falle gelockt. Herr Nsotuna wurde gebeten später wiederzukommen; eine Zeit, die das Bundesamt nutzte, die Ausländerpolizei zu rufen. Herr Nsotuna war in Zaire mehrfach inhaftiert und gefoltert worden. Auch hier in Deutschland waren seine Oppositionstätigkeiten den zairischen Behörden nicht verborgen geblieben. Deswegen bitten wir Sie/Euch, Protestbriefe an das Bundesamt und an den Senator für Inneres zu faxen. Jean Nsotuna Mampouya, ein politischer Gegner des Mobutu -Regimes in Zaire, dem seit dem 21.August Kirchenasyl in der Evangelischen Heilig-Geist Gemeinde - Neue Vahr gewährt worden war, wurde gestern, dem 11.September, verhaftet. Nachdem die Versuche, den Asylfolgeantrag durch seine Anwältin einzureichen, abgelehnt worden waren, mußte Jean Nsotuna Mampouya persönlich auf dem Bundesamt erscheinen.

Dies war beim ersten Versuch am vergangenen Freitag, den 7. September, nicht möglich gewesen, da die Annahmestelle des Bundesamtes wegen Malerarbeiten im Warteraum geschlossen war. Als am Mittwoch, dem 11. September, Jean erneut seinen Antrag stellen wollte, wurde er gebeten später wiederzukommen, weil es so voll sei. „Wir rufen auch nicht die Polizei" bemerkte der zuständige Beamte. Als nach einiger Zeit der Antrag gestellt worden war, und Jean mit einem Unterstützer davonfahren wollte, schnitt ihnen ein Polizeiauto den Weg ab. Beamte, unter ihnen mehrere Beamte der Ausländerpolizei, stürmten vor und nahmen Jean fest. Der Hinweis, daß ihm Kirchenasyl gewährt worden sei, wurde vom Leiter der Abschiebegruppe Papencord mit der Antwort beschieden, daß diese Aktion bis in die „höchsten Gremien abgesprochen sei. „Höchste Gremien" meint, daß der Bremer Innensenator direkt das Kirchenasyl angreifen möchte, nachdem er schon vorher das Kirchenasyl als „Rechtsbruch" angegriffen hat

Jean ist durch seine exilpolitischen Tätigkeiten in Deutschland gefährdet.
Der Bremer Millionär und Honorarkonsul von Zaire, Ansgar Werner, trat auf einer von Jean organisierten Veranstaltung in Erscheinung. Werner, nach eigenen Angaben langjähriger Freund des zairischen Diktators Mobutu und Geschäftsmann mit großen Investitionen in Zaire, nahm die Gelegenheit während der Veranstaltung „Demokratie in Zaire - Eine Farce?" am 24. April dieses Jahres wahr, um die Redner, insbesondere Jean, als Lügner zu beschimpfen und zu diffamieren. Dieser Vorfall zeigt, daß Jean mehr denn je im Fadenkreuz der zairischen Behörden steht, und von ihnen als reger Exiloppositioneller wahrgenommen wurde. Die Gefahr der Folter und des Todes, die ohnehin durch seine politischen Aktivitäten in Zaire bestand, wird dadurch im Falle seiner Abschiebung fast zur Gewißheit. Nun hat das Bundesamt darüber zu entscheiden, ob sein Asylfolgeantrag als „beachtlich" oder "unbeachtlich" eingestuft wird. Diese Entscheidung wird in den nächsten Tagen, wahrscheinlich binnen einer Woche, fallen. Der Bremer Innensenator hat angekündigt, daß Herrn Nsotuna im Falle einer Beurteilung des Antrags als „unbeachtlich" sofort abgeschoben wird - in den Kongo, ein Land, daß mit Zaire eng zusammenarbeitet und aus dem Jean bereits früher nach Zaire abgeschoben worden war (siehe unten). Wenn der Antrag dagegen als „beachtlich" eingestuft wird, muß das Bundesamt über seine Berechtigung entscheiden. Wir fordern, daß Jean Nsotuna Mampouya die Möglichkeit eines Asylfolgeantrages bekommen muß, da neue Gründe für seine Gefährdung in Zaire aufgrund seiner politischen Aktivitäten in Bremen gegeben sind. Wir fordern politisches Asyl für ihn, da er in seiner Heimat verfolgt und gefoltert wurde.
Wir fordern die sofortige Freilassung Jeans! Abschiebestopp für alle Zairer!
Da die nächsten Tage für die Kampagne gegen die Abschiebung Jeans entscheidend sind, fordern wir Euch auf, Protestbriefe an das
Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge,
Steinsetzer Str.14, 28279 Bremen
Fax-Nr. (0421) -8391199
und zusätzlich an den
Senator für Inneres, Ralf Bortscheller
Contrescarpe 22/24,
28203 Bremen Fax-Nr. (0421) -3619009
zu faxen oder zu schreiben. Die Zeit ist knapp, da das Bundesamt bereits morgen entscheiden kann.
Bitte schickt uns eine Kopie Eurer Schreiben an unsere Kampagne Fax-Nr. (0421) 4987276. Weiterhin bitten wir darum, diesen Fall so publik wie möglich zu machen und andere dazu aufzufordern, an der Protest - Faxaktion teilzunehmen.
Kampagne **„Asyl für Jean Nsotuna Mampouya"**,
Kontakt: Pastorin Jutta Blanke, Tel.: 0421/4675841, Fax: 0421/467 9522
Heilig-Geist-GemeindeBremen,
August-Bebel-Allee 276
28329 Bremen;
Solidarische Hilfe c/o Menschenrechtsverein Bremen e.V, Kornstr. 51,
28201 Bremen;
Anti-Rassismus-Büro Bremen, Pan-Afrikanisches Forum, Kampagne für Menschenrechte in Sri Lanka und Tamil Eelam.

Weitere Informationen über den Fall von Jean:

Seine Widerstandsätigkeit in Zaire und Deutschland
ean Nsotuna Mampouya war seit 1990 Mitglied der UDPS, der demokratischen Union für sozialen Fortschritt; der größten Oppositionspartei in Zaire. Er schmuggelte für die UDPS geheime Papiere zwischen den Parteiniederlassungen im Kongo und in Zaire. Ein Teil der politischen Arbeit der UDPS findet im Ausland statt, da die Tätigkeit in Zaire natürlich sehr gefähr-

lich ist. Durch seinen Beruf als Händler konnte Herrn Nsotuna Mampouya den geheimen Informationsaustausch zwischen den Ländern aufrechterhalten.
Im Oktober 1990 wurde Herr Nsotuna Mampouya bei einer dieser Missionen von den zairischen Behörden erwischt und im Hafen von Kinshasa festgenommen. Er wurde im Militärlager Maluku interniert, wo er geschlagen und mißhandelt wurde. Nach dreieinhalb Monaten konnte erfliehen. Er flüchtete in den Kongo, wo er zuerst als Flüchtling nach der Genfer Konvention anerkannt wurde, obwohl die Regimes im Kongo und in Zaire miteinander kooperieren. Jean führte seine Tätigkeit für die UDPS fort und kam so in Kontakt mit progressiven Kräften im Kongo. Im Zuge der Verfolgungsmaßnahmen der kongolesischen Regierung gegen die dortige Opposition wurde er 1992 auch im Kongo festgenommen, und anschließend nach Zaire abgeschoben. Dort wurde er direkt am Hafen von der Polizei in Empfang genommen, und ohne Umschweife ins Makala - Gefängnis gebracht. Dort - wie auch vorher im Militärcamp Maluku - wurde er mißhandelt und gefoltert. Aufgrund der Bemühungen seines Anwalts kam er nach zwei Jahren und acht Monaten frei; allerdings nur auf Bewährung. Dabei stand er unter ständiger polizeilicher Aufsicht und war den korrupten Polizeibeamten vollständig ausgeliefert. So war es ihm z.B. nicht möglich, die Polizeistation, die er wöchentlich „zur Kontrolle" aufsuchen mußte, wieder zu verlassen, ohne den Beamten ein „Schutzgeld" zu zahlen. Ihm wurde klar, daß er in Zaire nicht mehr bleiben konnte. Mit Hilfe eines Freundes besorgte er sich einen falschen Paß, um das Land verlassen zu können und floh nach Deutschland. Hier begann er sofort seine Oppositionstätigkeiten fortzusetzen, und in zahllosen Veranstaltungen die Menschrechtsverletzungen in Zaire anzuprangern. So gründete er die „Com-munaut Zairoise de Breme" (Zairische Gemeinschaft in Bremen), die zahlreiche Diskussionen und Vorträge über Zaire organisierte. Meistens war er dabei Hauptredner und maßgeblicher Organisator. Dabei kam es auch zu dem oben genanntenVorfall mit dem zairischen Honorarkonsul. Er war weiterhin Gründungsmitglied des Bremer Menschenrechtsverein e.V. und hat in zahlreichen Artikeln für zairische Exilzeitschriften gegen die Lage in Zaire protestiert.
In seinem Asylverfahren traf er zuerst auf den Befrager Herrn Lakemann vom Bundesamt, der seinen Antrag mit der Begründung ablehnte, seine Datumsangaben wären widersprüchlich. Vor Gericht kam Jean vor die berüchtigte 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Bremen, mit den Richtern Feldhusen, Bauer und Wehe, die noch nie einen afrikanischen Asylbewerber anerkannt haben.
Herr Lakemann und das Bundesamt hatten sich erst unlängst geweigert, den Asylantrag von Dr. Anthony Edeh, einem Gewerkschaftsführer und Aktivisten der Ogoni-Bewegung in Nigeria, anzuerkennen. Eine starke Kampagne zwang die Bremer Behörden schlußendlich, ihre Entscheidung zu revidieren und anzuerkennen, daß Dr. Edeh in der Tat ein politischer Flüchtling ist.

<u>Reaktion der Solidaritätsbewegung für Jean Nsotuna Mampouya</u>

Neben der Aufforderung Jeans Folgeantrag anzunehmen und ihn nicht abzuschieben, auch nicht in den Kongo, gab es weitere Informationen, wie unterschiedlich Abschiebungen nach Zaire eingeschätzt werden.
Der Hessische Flüchtlingsrat schickt ein Schreiben des Hessischen Innenministeriums: „Insbesondere aus dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes für Zaire ergibt sich, daß [für] heimkehrende Asylbewerber" [eine Gefährdung vorliegt, wenn sie... „prominente Perönlichkeiten [sind]. Insoweit ist ein Schutz der Betroffenen aber im Wege der ausländerbehördlichen Einzelfallprüfung sichergestellt.
Ai - Bremen schreibt:
Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im April 1996 die Einschätzung gehabt, daß für zurückkehrende zairische Staatsbürger ein erhöhtes Sicherheitsrisiko besteht, wenn sie zuvor als Gegner des Regimes bekannt sind und von daher eine Anerkennung nach 51 und 53 AuslG erfolgen muß. Darüberhinaus gibt es vielseitige Berichte über die Unterdrückung von Menschen-rechtsaktivisten, z.B. die Ermordung eines Journalisten und Mitbegründers der UDPS.
Bari (Kassel) gab uns einen Bericht des **UNHCR**:
Im März 1995 gab es vom Verwaltungsgericht München eine Anfrage zur Situation von abgeschobenen Asylbewerbern in Zaire. Nachdem sie festgestellt haben, daß es nicht ihre eigentliche Aufgabe sei, kamen sie dennoch zu dem Schluß, daß ehemalige Asylbewerber aus Deutschland gefährdet sind. Wenn Grenzbeamte mitkommen, dann werden die Personen auf jeden Fall am Flughafen von Sicherheitskräften befragt. Sobald keine zufriedenstellenden Antworten gegeben werden, „besteht das Risiko einer Inhaftierung nach Ermessen der Behörden. Effektives Gehör gegen willkürliche Festnahmen ist nicht erhältlich".

Der UNHCR geht davon aus, das exilpolitische Aktivitäten von verschiedenen Geheimdiensten aus Zaire beobachtet werden. Von daher ist von einer „Gefährdung bei aktiven Mitgliedern der in Opposition zu Mobutu stehenden Parteien" auszugehen. Durch die Vielzahl der Oppositionsparteien kann keine Ausdifferenzierung der am meisten gefährdeten Partei gemacht werden, jedoch ergab eine Auswertung anderer Informationsquellen, daß eine Gefährdung bei „aktiven Mitgliedern prominenter Parteien wie die UDPS, der MNC/L und der PALI besonders zutage tritt".
In einer besonderen Beurteilung, wann von einem „aktiven" Mitglied auszugehen ist, gibt der UNHCR drei Kriterien an, u.a. in der Journalisten oder Personen, die sich in der Presse kritisch gegenüber Mobutu äußern, zu dem am stärksten gefährdeten Personenkreis zählen. Am 22.3.1995 wurden aus Frankreich, Belgien, Holland und Deutschland 44 Asylbewerber nach Zaire abgeschoben. Nach glaubwürdigen Berichten wurden die Asylbewerber „ bereits von verschiedenen Mitarbeitern der zairischen Dienste (SNIP, SARM, Garde Civile) erwartet. Diese sollen bereits vorab im Besitz einer Liste gewesen sein, die einen Teil der zu erwartenden zairischen Staatsangehörigen namentlich auswies, darunter auch ehemalige Asylbewerber aus Deutschland".
BARI: (Kassel) schreibt weiter, daß eine Abschiebung von Jean in den Kongo eine „Kettenabschiebung" nach Zaire bedeuten würde.
Die **Internationale Liga für Menschenrechte** betont in ihrem Protestschreiben gegen die Festnahme und drohende Abschiebung Jeans, daß „er in Zaire im höchsten Maße gefährdet ist" und „die Begleitumstände seiner Verhaftung sehr trickreich waren".

Kurdistan • aktuell • Hintergrund • Einschätzung

(Quellen: *Biji*, *Kurdistan-Report*, *Kurdistan-Rundbrief*, Informationen der *Informationsstelle Kurdistan (ISKU)* in Bonn)

Versuch eines Überblickes
a) türkisch-israelische Abkommen

Im aktuellen *Kurdistan-Report* (Nr.81. Okt./Nov.) kann ein sehr ausführlicher Artikel über die Zusammenarbeit der Türkei mit Israel nachgelesen werden: "Die Türkei-Israel-Allianz hat die Kurden zur Zielscheibe". Die Vorbereitungen für die im Verlauf der letzten 12 Monate abgeschlossenen Verträge werden zurückverfolgt bis zum Jahr 1993. Damals reiste eine Delegation, die sich u.a. aus dem Generaldirektor des Verteidigungsministeriums David Ivry (dem späteren Unterzeichner des Abkommens) und Generälen zusammensetzte, nach Ankara. Dieses Treffen stellte nach 10 Jahren die erste Zusammenkunft zwischen Israel und der Türkei dar. Damals haben beide Staaten angefangen, ihre militärischen Beziehungen auszubauen. Der Zweck der Treffen im Oktober in Ankara und eines weiteren im November in Israel wurden umschrieben mit "gemeinsamer Terrorismusbekämpfung". Ein Abkommen über "Terrorismus und Drogenhandel" wurde erörtert. Nach weiteren hochrangigen Gesprächen wurden bisher folgende Abkommen unterzeichnet:

18.09.95: Abkommen zur Ausbildung mit militärischen Hubschraubern.

23.02.96: Abkommen zur Zusammenarbeit bei der militärischen Ausbildung.

28.08.96: Abkommen zur Zusammenarbeit im Bereich der Militärtechnologie.

Während zunächst die Stoßrichtung der Abkommen als gegen Syrien und Iran gerichtet interpretiert wurde, tauchten danach eine ganze Reihe von Äußerungen auf, die zunehmend die PKK im Visier dieser Abkommen sahen.

Als wesentlicher Aspekt dafür, daß Israel sich von seiner Zurückhaltung gegenüber der kurdischen Frage löste, wird die Wasserfrage genannt. Der den geografischen Gegebenheiten vollkommen unangepaßte Wasserbedarf Israels hat in der Region Konflikte schon immer beeinflußt, wenn nicht sogar bestimmt. Die Tatsache daß der gesamte Quellbereich der zwei größten Flüsse der Region, Euphrat und Tigris, sich in Kurdistan befindet wird daher als Ursache gesehen. Ihr Wasser wird seit Jahren im Rahmen des sogenannten GAP-Projektes von der Türkei durch den Bau von Staudämmen einer Mengenkontrolle unterworfen. Im Zusammenhang damit stehen Pläne der Türkei, dieses Wasser zu exportieren, auch nach Israel. Ein erfolgreicher Befreiungskampf in Kurdistan steht solchen Plänen aber im Weg.

Dieser und eine Reihe anderer Aspekte hat infolge der Vertragsabschlüsse, wie auch an dieser Stelle schon öfters berichtet, zu sehr deutlichen Gegenreaktionen aus dem gesamten arabischen Lager geführt. Dadurch, daß mittlerweile die PKK als Hauptzielscheibe gilt, relativieren sich die Vorbehalte etwas, da Syrien, Iran und Irak schließlich auch ein "Problem" mit dem

Licht am Horizont

Annäherungen an die PKK

Wenn das bleibt, was ist
Seid ihr verloren.
Euer Freund ist der Wandel
Euer Kampfgefährt ist der Zwiespalt.
Aus dem Nichts
Müßt ihr etwas machen, aber das Großmächtige
Soll zu nichts werden.
Was ihr habt das gebt auf und nehmt euch
Was euch verweigert wird.

Bertold Brecht

Mit diesem Zitat beginnt dies neuerschienene Buch. Seine AutorInnen sind GenossInnen aus verschiedenen linken Strömungen Europas, die im Sommer '95 Gelegenheit hatten sich längere Zeit an der Zentralen Parteischule der PKK aufzuhalten und dort am Alltag und am Unterricht teilzunehmen. Sie führten zahlreiche Interviews, Gespräche und Diskussionen mit TeilnehmerInnen des gerade stattfindenden Lehrgangs, den KämpferInnen und KommandantInnen. Sie berichten von einer sehr offenen Athmosphäre und der Bereitschaft, all ihre Fragen zu beantworten, genauso wie von einem Interesse der kurdischen Seite an der Situation in der BRD.

Das Anliegen des Buches - Annäherungen an die PKK - konzentriert sich auf vier Themengebiete, denen eine besondere Bedeutung in der kurdischen Revolution zukommt. Den Anfang bildet eine Beschreibung der gesellschaftlichen Situation in Kurdistan und der begonnenen Emanzipationsprozesse. Darin wird besonders auf die Ausgangssituation einer feudalistischen Gesellschaft, die über ihre Kolonisation mit der Industrialisierung konfrontiert wird eingegangen.

Das zweite Kapitel geht auf den Kampf der Frauen gegen ihre spezifische gesellschaftliche Unterdrückung ein, der innerhalb der PKK eine zentrale Bedeutung hat. Dabei werden nicht nur bereits gemachte Fortschritte beschrieben, sondern auch Konflikte und Schwierigkeiten in dieser Entwicklung.

Das dritte Kapitel - Werte, Prinzipien und Methoden der PKK - behandelt das Sozialismusverständnis und seine praktische Umsetzung in der PKK. In der Darstellung wird deutlich, daß dieser Begriff sehr weit gefaßt wird und keiner engen Definition unterliegt. Es wird eingegangen auf die Interpretation und Bedeutung zentraler Werte wie Arbeit, Liebe zur Menschheit/Internationalismus, Natur, Liebe zum Land und seinen Menschen. Im Abschnitt zu Prinzipien und Methoden wird auf die Praxis in Bezug auf Analysen, die Persönlichkeitsfrage, Kollektivität und Organisierung auf allen Ebenen eingegangen.

Im vierten Kapitel schließlich wird auf die "Rolle von Führung in geschichtlichen und revolutionären Prozessen" eingegangen. Von allgemeinen Aussagen ausgehend wird die Betrachtung über Kurdistan, die PKK bis hin zur Person Ocalans immer weiter eingeengt. Am Ende steht eine Rede Öcalans zu seiner eigenen Person und Entwicklung, die nach meinem Verständnis einiges von dem wieder in Frage stellt, was im allgemeinen Teil erklärt wurde. Was die Person Abdullah Öcalan und seine besondere Rolle in der PKK angeht, ist die "Annäherung" zweifellos am wenigsten gelungen.

Insgesamt ein sehr empfehlenswertes Buch für all jene, die sich mit der PKK über die allgemein bekannten Verkürzungen hinaus auseinandersetzen wollen. Es beantwortet mit Sicherheit nicht alle Fragen, aber eine Annäherung ist es allemal.

Das Buch kostet 12.-DM

kurdischen Befreiungkampf kennen. Die Umsetzung der Abkommen hat sich bisher zwar nur gegen die PKK ausgewirkt, aber sicherlich sind sie auch gegen Syrien und den Iran gerichtet. Der Schlüssel für die weitere Entwicklung liegt derzeit bei der Türkei.

b) Die Rolle Erbakans

Die Wahl Erbakans zum türkischen Ministerpräsidenten, die ohne die Zustimmung der Militärs niemals möglich gewesen wäre, hat der Türkei in der oben genannten Konfrontation mit den arabischen und islamischen Staaten viele neue Spielräume eröffnet. Erbakan hat einige Schritte unternommen, die einen Affront gegenüber den westlichen Verbündeten darstellen, aber die Westbindung insgesamt noch nicht in Frage stellen. Erwähnt seien hier die intensiven Kontakte Richtung Osten nach dem Regierungsantritt, statt wie bisher üblich Richtung Westen, oder das Nutzungsverbot des Militärflughafens Incirlic für US-amerikanische Vergeltungsflüge gegen Bagdad.

Andererseits bedeutet der Krieg gegen das kurdische Volk und die PKK für die Türkei enorme ökonomische Verluste, sprich den Ausverkauf der Staatsbetriebe an westl. Konzerne und Abhängigkeiten gegenüber IWF und Weltbank. Parallel zu dieser erdrückenden Hypothek gegenüber dem Westen sind die Streitkräfte aber bis an die Halskrause hochgerüstet, was unter Berücksichtigung der machtpolitischen Pläne der Türkei eine Neuorientierung der Außenpolitik nicht grundsätzlich ausschließt. Die Rolle eines bedingungslosen Erfüllungsgehilfen westlicher Interessen schwebt dem Nationalen Sicherheitsrat garantiert nicht vor. Auch die islamischen Strömungen in der Türkei sind nicht gegen seinen Willen entstanden, sondern zumindest als taktisches Moment der Außenpolitik gepflegt und schon öfters eingesetzt worden. Erinnert sei nur an den Beitritt zur europäischen Zollunion.

Wenn die Meldung der kurdischen Nachrichtenagentur DEM vom 13.09.96 zutrifft, nach der Washington davon ausgeht, daß Erbakan selbst die US-amerikanischen Nahost-Planungen regelmäßig sofort an das irakische und iranische Regime weitergibt, dann wäre dieser "Verrat" schon ein sehr weitgehender Schritt gegen den bisherigen Bündnispartner.

c) Barzani bittet seinen Henker um "Hilfe"

Was der Auslöser für den Einmarsch irakischer Bodentruppen zusammen mit KDP-Einheiten nach Arbil war ist nicht ganz eindeutig. Zum einen wurde im Streit zwischen PUK und KDP die PUK aus Südkurdistan vertrieben und nach stark schwankenden Zahlen hundert oder mehr ihrer Funktionäre ermordet. Über die Situation der Flüchtlinge an der iranisch/irakischen Grenze ist bisher wenig zuverlässiges bekannt. Desweiteren wurden aber auch Pläne der USA, die über CIA-Agenten in Arbil an einem Sturz Saddam Husseins arbeiteten durchkreuzt. Auch diese Agenten sollen zusammen mit irakischen Oppositionellen von Saddams Truppen eingeschlossen worden sein.

An die Stelle der PUK tritt nun die KDP unter irakischer Duldung, die nur noch ein Spielball fremder Interessen ist. Es ist zu befürchten, daß sie als nächstes um die Unterstützung Bagdads gegen die PKK "bitten" wird. Die Türkei wird dann natürlich nicht zögern, sich von Norden her an solch einer Operation zu beteiligen.

In Bezug auf einen langfristigen und weitreichenden, bisher aber ausgebliebenen Einmarsch der türkischen Armee bis nach Mossul und Kirkuk muß auch die PKK ernsthafte Befürchtungen gehabt haben, als sie am 5.9. zur Generalmobilmachung aufrief. Es sind wohl vor allem die Vorbehalte Bagdads gegen die Besetzung Nordiraks, und damit der schon mehrfach von der Türkei beanspruchten Ölfelder von Mossul und Kirkuk gewesen, die es dazu brachten, die Türkei vor einem solchen Einmarsch zu warnen. Aus Sicht des Irak würde sich mit solch einer Operation die begehrte ölreiche Kurdenregion potentiell in türkisches Staatsgebiet verwandeln.

An einer engen Zusammenarbeit mit dem Irak liegt der Türkei aber schon lange sehr viel. Zum einen, um den Vernichtungskrieg gegen die Kurden gemeinsam führen zu können und zum zweiten, um endlich ihre enormen wirtschaftlichen Verluste durch das Handelsembargo beenden zu können. Beides wäre gegen den Willen Bagdads nicht möglich gewesen.

Alte Diffamierungsmuster nun gegen MED-TV und Exilparlament

Gegen kurdische Einrichtungen und Privatwohnungen fanden am 19.September in der BRD, in Brüssel, der Schweiz, Luxemburg und London offenbar abgestimmte Polizeiaktionen statt. Die Polizei behauptet, sie gehe dem Verdacht der "Schutzgelderpressung" und unerlaubter Spendensammlung nach. Im Gespräch war auch mal wieder Drogenhandel.

Es wurden Büros und Geräte versiegelt oder auch beschlagnahmt. Für einen Tag ist der Sendebetrieb ausgefallen. Unklar ist bisher, ob es auch zu Festnahmen kam. In der BRD sollen Durchsuchungen bei Familien von MED-TV-SprecherInnen stattgefunden haben. Eine anti-kurdische Allianz europäischer Sicherheitsbehörden, die in dieser Form neu ist und womöglich eine Provokation im Vorfeld des europaweiten Friedensfestivals in Köln war. MED-TV war jedoch von dort den ganzen Tag live auf Sendung.

Friedensfestival Kurdistan

Am 21.September fand nach drei Jahren das erste Mal wieder das jährliche Festival in der BRD statt. Es wurden rund 70000 BesucherInnen gezählt. Nachdem im Vorfeld Abdullah Öcalan im ZDF bestätigen mußte, daß die PKK in der BRD nun gezähmt sei, dementierte die Polizei gegenüber *ffm*, daß es einen Zusammenhang mit der PKK gäbe. Deutlicher kann die Beliebigkeit der Darstellungen nicht sein.

Anton, AK "Keinen Fußbreit den FaschistInnen"

Vorankündigung

Der **Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein Oldenburg** stellt sich allen Interessierten, FreundInnen und Freunden in seinen neuen Räumlichkeiten vor.

Sonntag 3.November 1996, 15 bis 19 Uhr, Ziegelhofstr.14

Geplant sind neben der Vorstellung des Vereins, ein Referat zu Kurdistan und der Situation der KurdInnen in der BRD, eine Vorführung der Tanzgruppe sowie eine Ausstellung und Informationen des Kurdischen Roten Halbmondes (Heyva Sor A Kurdistane).
Auch für das leibliche Wohl wird gesorgt werden.

Kampagne zur Freilassung von Beko Kuti,

Kommunique 1

Erinnerung an Dr. Beko Ransome-Kuti und Mallam Shehu Sani

Einleitung

Am 2. August 1996 wurde der Vorsitzende der Demokratiekampagne (CD) und des Komitees für die Verteidigung der Menschenrechte (CDHR) und der ehemalige Präsident des Nigerianischen Medizinerverbandes (NMA), der Heilpraktiker Dr. Beko Ransome-Kuti 56 Jahre alt. Er hätte diesen Tag lieber zusammen mit seiner Familie und Freunden in seinem Haus in Ikeja verbracht, stattdessen befindet er sich in einsamer Gefangenschaft im Gefängnis der Stadt Katsina im Norden des Landes, eine "Gefälligkeit" der Militärdiktatur von Sani Abacha. Beko, krank und von quälendem Fieber geschüttelr, hat einen großen Teil seines schon immer geringen Körpergewichtes verloren, hat kaum Appetit zum Essen und hat nur wenige oder gar keine Besuchsrechte.

Er war am 27. Juli 1995 verhaftet worden und nach einer 15-minütigen Gerichtsverhandlung an seinem 55. Geburtstag,dem 2. August 1995, vom "Patrick Aziza kangoroo court" zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil er Colonel Bello Fadiles Verteidigungserklärung zu dessen angeblichen Staatsstreich in wichtige Länder gefaxt hatte "mit der Absicht, die britische und verschiedene andere Regierungen zum Eingreifen in Nigeriazu bewegen." Er war zu weiteren 2 Jahren Haft verurteilt worden wegen der Anklage einer"wiederholten schweren Straftat", weil er einen Brief von Mallam Shehu Sani (stellvertretender Vorsitzender der CD)vom 12. Juli gefaxt hatte.

Der 35 Jahre alte Sani war im März 1995 in Zusammenhang mit dem angeblichen Putsch verhaftet worden und war bereits vorher zu 7 Jahren Haft wegen "Leitung einer ungesetzlichen Organisation, der Demokratiekampagne (CD), verurteilt worden und danach lebenslänglich wegen Wiederholung der Tat". Die letztere Strafe basierte auf demselben Brief vom 12. Juni,der zu Dr. Kuti geschmuggelt wurde, um ihn über die Umstände seiner (Sanis) bevorstehenden Verurteilung und über Pläne zur Verwicklung von Dr. Kuti und der CD zu informieren.

Alle diese Strafen wurden nach weltweiten Protesten und Mißbilligungen der Gerichtsverfahren sowie nach Gnadengesuchen im Oktober 1995 überprüft und auf 15 Jahre für jeden verringert. 39 andere Verurteilungen wurden ähnlich gemildert. Wenn es ein Beispiel außer dem Justizmord an Saro-Wiwa und den 8 anderen Ogoni vom 10. November 1995 für die schreiende Ungerechtigkeit gibt, welche die Abacha-Junta charakterisiert, dann ist es der Fall von Beko Ransome-Kuti und Shehu Sani im Zusammenhang mit dem angeblichen Umsturzversuch. Man sollte sich ins Gedächnis rufen, daß die meisten der angeblichen Putschisten zwischen Februar und April 1995 verhaftet und Anfang Juli 1995 verurteilt worden waren, ohne daß einer von ihnen auch nur im geringsten auf eine Beteiligung von Dr. Kuti oder Shehu Sani hingewiesen hätte.

Unser Forderungen:
Wir fordern die Freilassung von Dr. Beko Ransome-Kuti, Mallam Shehu Sani, Bashorun Moshood K. Abiola, Chief Frank Kokori, Frau Chris Anyanwu, Chief Gani Fawehinmi und anderer, deren einziges Vergehen in ihrer Opposition zur Einschüchterungstaktik der Militärjunta und ihrem Eintreten für die Respektierung der Wünsche des nigerianischen Volkes besteht. Sie sind Geiseln der Militärregierung.

Was können Sie tun:

Schreibt:

Für mehr Informationen wendet Euch an:

AK NIGERIA im

DRITTE WELT
INFOZENTRUM
Auguststraße 50, 26212 Oldenburg
Tel./Fax 0441/776777 oder

THE VOICE

Osaren Kbinoba
Fürstengraben 30
07743 Jena Thüringen, Germany
Tel./Fax 03641/449304
E-Mail. gl. Thuer. presse@ IPN-B
Comlink. apc orgg.

Arm The Spirit

is an autonomist/anti-imperialist information collective based in Toronto, Canada. Our focus includes a wide variety of material, including political prisoners, national liberation struggles, armed communist resistance, anti-fascism, the fight against patriarchy, and more. We regularly publish our writings, research, and translation materials in our magazine and bulletins called Arm The Spirit. For more information, contact:

Arm The Spirit
P.O. Box 6326, Stn. A
Toronto, Ontario
M5W 1P7 Canada

E-mail: ats @ etext.org
WWW: http://burn.ucsd.edu/ ~ ats
FTP: ftp.etext.org --> /pub/ Politics/Arm.The.Spirit
ATS-LArchives: http://burn.ucsd.edu/ ~ archive/ats-1

From: Arm The Spirit <ats @ etext.org>
Subject: RADIKAL geht weiter!
Date: Wed, 4 Sep 1996. 22:23: 13-0400 (EDT)

Liebe FreundInnen und GenossInnen!!

Lebt und lest Radikal!
RADIKAL geht weiter!

Die deutsche Behoerden versuchen Linke ins Internet zu kriminalisieren! Die gruppe SPG in Amsterdam hat uns berichtet, dass ALLE ZUGANG zu den Provider xs4all.nl bald abgeschaltet wird wegen RADIKAL. Deswegen haben wir uns entschiedet, einen „Mirror-Site" zu errichten. Also, jetzt gibts den Radi nicht nur bei xs4all.nl in Holland, sondern auch bei uns!

^

http://burn.ucsd.edu/ ~ ats

... und bald auf viele andere Servers auch. Also.
BAW/BKA/BND. RADIKAL geht weiter!

Schafft eins, zwei, viele RADIKAL WEB PAGES!!

Arm The Spirit, Kanada

Schluß mit der Schönfärberei - jetzt machen wir's richtig bunt!

Für einen bunten und vielfältigen Widerstand!

Die Atommafia lacht sich ins Fäustchen: Während in Gorleben Tausende auf Straßen und Schienen die Durchsetzung von Atommülltransporten ins Wendland unmöglich machen, wird das Atommüllager in Ahaus mehr oder weniger klammheimlich gefüllt und erweitert. Wir haben genug von der Schönfärberei des Entsorgungsdilemmas! Es gibt keine sichere Endlagerung und es kann sie nicht geben. Aber: Mit Wut und Witz, mit Farbe und Fantasie können wir dieser Schönfärberei ein Ende setzen. Eurer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Das Atommüllager Ahaus soll erweitert werden. Zur Zeit läuft das Genehmigungsverfahren für eine Kapazitätserweiterung der bestehenden Lagerhalle: 4.200 statt 1.500 Tonnen hochradioaktiven Atommülls sollen hier künftig „untergestellt" werden können - die Verwendung neuer Castor-Behälter macht's möglich. Außerdem soll nach dem Willen der Atommafia eine neue Lagerhalle gebaut werden: doppelt so groß wie die schon bestehende Halle.. Dort soll Atommüll konditioniert (verpackt) und schwach-, mittel- und neuerdings auch hochradioaktiver Atommüll eingelagert werden. Derzeit lagert in der bestehenden Halle in Ahaus bereits hochradioaktiver Müll in 305 (!) Castor-Behältern. Als nächstes sollen hochradioaktive Brennelemente aus dem Forschungsreaktor Rossendorf bei Dresden und aus der Plutoniumschmiede Hanau eingelagert werden - wenn wir es nicht verhindern!

Die „Zwischen"- Lager in Gorleben, Greifswald und Ahaus sind nur eine Scheinlösung. Ein sicheres Endlager gibt es weltweit nicht ... und wird es auch nie geben. Trotzdem wird ständig weiter Atommüll produziert. An diesen Atommüllschiebereien wird auch die rot-grüne Landesregierung nichts ändern. Sie hat noch nicht einmal versucht, die Erweiterungspläne zu verhindern. So trägt sie Mitverantwortung an der menschenverachtenden Atompolitik eines Staates, dem Macht und Profit wichtiger sind als die Gesundheit und die Interessen seiner BürgerInnen. Seit Jahrzehnten ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen Atomenergie. Geändert hat das bei keiner Regierung etwas ... und wird es auch nicht. Demokratie ist, wenn wir alle vier Jahre ein Kreuzchen machen dürfen und danach gemacht wird, was Siemens, RWE, VEW & Co. sagen und die Polizei das Ganze mit Wasserwerfern und Knüppeln durchsetzt?! Wer Widerstand gegen die Atomenergie leistet, sieht sich schnell der staatlichen Repression ausgesetzt. Bei Mahnwachen, bei friedlichen Demonstrationen, bei Blockaden und bei Sabotageaktionen ... überall kann es Menschen passieren, daß sie von der Polizei angegriffen und mit Strafverfahren belegt werden.

Buskarte kostet 15 Doofmark
Vorverkauf am Do 10. 10 & 17. 10
von 18 - 20 Uhr im Infoladen
des Alhambra

Atomanlagen sind kriminell - nicht der Widerstand dagegen!
Sofortige Stillegung aller Atomanlagen - weltweit!
Demo in Ahaus am 20. 10. 96 um 14 Uhr
Oldenburger Bus: 10 Uhr ab Alhambra
ca. 20 Uhr back

Vorbereitungstreffen: 17. 10.
20 UHR SIEBDRUCKRAUM

Der Medienbus steht vor großen finanziellen Schwierigkeiten!

Anfang 1993 hatte das Film- und Medienbüro Oldenburg die Idee, einen ausrangierten Linienbus zu kaufen und auszubauen. Dieser sollte Flüchtlingen aus den umliegenden Gemeinden sowie asylsuchenden Menschen der ZAST Oldenburg zur Verfügung stehen. Es sollte eine Begegnungsmöglichkeit geschaffen werden und es sollte Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben werden, an für sie wichtige Informationen z. B. rechtlicher Art zu kommen. Ebenso sollte der Bus für Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendzentren, Kirchengemeinden, Gewerkschaften,... eingesetzt werden können.

Mitte 1993 wurde ein alter Linienbus gekauft. Verschiedene Initiativen und Einzelpersonen haben den Kauf und den Ausbau des Busses möglich gemacht durch Spenden, Anträge formulieren und viel unentgeldlich geleisteter Arbeit.

Seit über 2 Jahren ist der Bus nun einsatzbereit. Als regelmäßige Aktion steht der Bus ein Mal die Woche vor der ZAST Blankenburg -alle 2 Wochen für Männer und Frauen und alle 2 Wochen ausschließlich für Frauen. In dem Bus gibt es die Möglichkeit, sich über rechtliche Fragen zu informieren, Informationen über Oldenburg, RechtsanwältInnen, ÄrztInnen, Vereine und Institutionen . .zu bekommen, Musik zu hören und sich auf Kassetten aufzunehmen, Zeitungen und Zeitschriften in verschiedenen Sprachen zu lesen oder einfach nur sich außerhalb des Lagers zu treffen und sich auszutauschen, untereinander sowie mit den BusorganisatorInnen. Für Kinder gibt es Spielzeug und oft eineR der/die sich ein bißchen mit ihnen beschäftigt. Eine Zeitlang hat im Frauenmedienbus auch ein Sprachkurs stattgefunden, der nach Bedarf auch wieder eingerichtet werden kann. Es hat sich herausgestellt, daß der Medienbus eine zentrale Rolle spielt, um Kontakt zu den Menschen in Blankenburg herzustellen.

Im Lager zu leben bedeutet für die Menschen:

Isolation, zum Warten verdammt, keine Rückzugsmöglichkeit, viel zu wenig Geld, ausgeliefert den Entscheidungen des Bundesamtes „für" die Anerkennung ausländischer Asylbewerber und anderer Ämter und vieles, was wir als Menschen, die das nie erlebt haben, nicht wissen können, oft auch nicht wissen wollen. Das ist wenig im Vergleich dazu, was verändert werden müßte, was getan werden könnte und doch ist es im Moment so ziemlich die einzige feste Einrichtung von nichtstaatlichen Initiativen für Menschen aus Blankenburg.

Schon allein wegen seiner Funktion vor Blankenburg, ist der Medienbus eine sehr wichtige Einrichtung. Ausgeweitet werden könnte und sollte noch der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Oft scheitern Ideen, den Bus für eine Öffentlichkeitsaktion einzusetzen an den finanziellen Mitteln (z. B. BusfahrerIn bezahlen, weil der Bus nur von BusfahrerInnen oder LKW-FahrerInnen gefahren werden darf, Spritkosten...) und/oder an den überlasteten BusorganisatorInnen. So würden wir uns z.B. auch wünschen, öfter mit dem Bus nach Blankenburg rauszufahren, um den Kontakt zu intensivieren und einen besseren Informationsfluß zu ermöglichen.

Im Moment jedoch stehen wir vor einem ganz anderen Problem: Der Medienbus muß über den TÜV (d.h. Reparaturen fallen an) und neu versichert werden. Dies sind hohe Kosten, die zu den anderen laufenden Kosten dazukommen (laufende Kosten sind Geld für Zeitungen, Zeitschriften, Tee, Kaffee, Honorar für BusfahrerIn, Sprit). Alles im allen benötigen wir also viel Geld und wir können im Moment noch nicht einmal die 5000 DM für die Reparatur des Busses aufbringen. Ein Finanzantrag an eine öffentliche Stiftung ist abgelehnt worden. Es ist zu vermuten, daß auch unsere folgenden Anträge abgelehnt werden bzw. längst nicht alle Ausgaben decken werden. Im Moment helfen wir uns mir einer Notlösung aus, solange wir kein Geld haben, den Bus zu reparieren und zu versichem. Wir können uns einen ausgebauten LKW von einem Freund leihen für die Male, die wir nach Blankenburg fahren. Das ist eine relativ praktikable Lösung für den Sommer, wenn es nicht regnet, da der LKW (auch Elli genannt) zu klein ist, um mit vielen Leuten drin zu sitzen. Jedoch ist die Elli einfach nicht als Infomobil ausgebaut, sondern als Wohnwagen und steht auch nicht immer zur Verfügung, da er auch für andere Zwecke genutzt wird.

Mittlerweile ist der Medienbus Oldenburg der einzige Bus dieser Art in Niedersachsen. Bis vor einiger Zeit gab es noch den Friendshipbus in Hannover und einen Bus aus Bremen, die für ähnliche Zwecke wie die des Medienbusses eingesetzt wurden. Diese Busprojekte sind an den finanziellen Schwierigkeiten gescheitert. Sorgen wir dafür, daß das mit dem Oldenburger Medienbus nicht passiert!

Alles in allem heißt das:

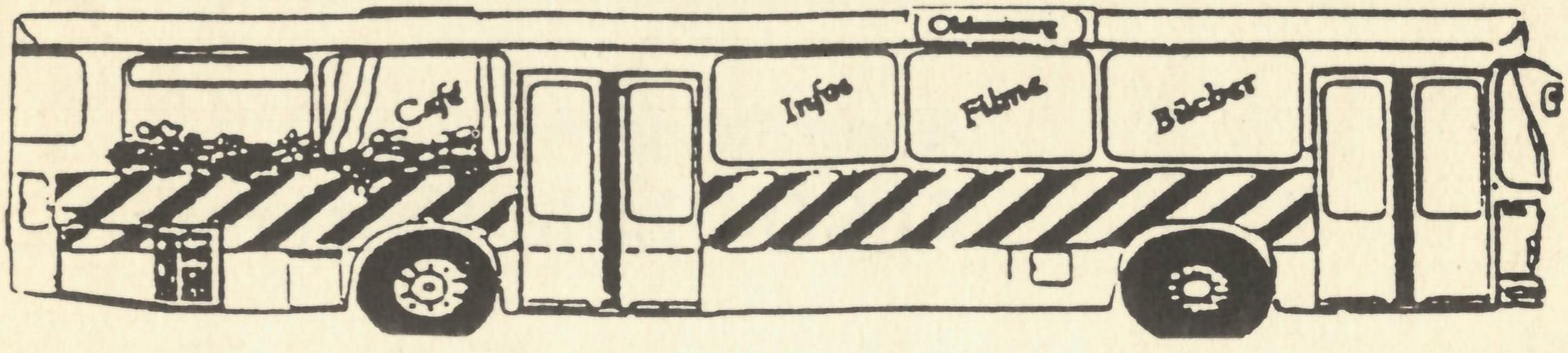
WIR BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG!!!

Spendet Geld, sprecht einflußreiche Leute an, die Geld spenden oder sich anders für die Idee des Busses einsetzten, kommt vorbei, spinnt Ideen, überlegt euch, ob ihr euch den Bus mal ausleihen wollt und dafür Miete zahlen könnt,...

Kontaktadresse:
K 14 -Medienbus-
Kaiserstraße 24
26122 Oldenburg
tel.: 2489646
fax: 2489661

Sicher erreichen könnt ihr uns jeden Mittwoch ab 15 Uhr.

Spendenkonto haben wir natürlich auch:
Karla, Stichwort „Medienbus"
Kontonr.:130 22652 00,
Blz. :280 200 50



Neues von den Karlas

(Karla-Unterstützerinnengruppe für Frauen im Exil)

Mittlerweile hat sich bei uns einiges getan, die Räume im Projektehaus K14 mußten wir mehr oder weniger gezwungenermaßen aufgeben (TRAUER!!!!!!)
Inzwischen sind wir mit der Ini für offene Grenzen, der Redaktion der Graswurzelrevolution, und dem Film und Medienbüro in die Kaiserstr. 24 eingezogen. Hier setzen wir unsere Arbeit fort. Neben den üblichen Angeboten für asylsuchende Frauen haben wir uns vorgenommen, im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit mehr Infoveranstaltungen zu machen.
nähere Infos: Mittwochs 13 bis 15.30 Uhr, Kaiserstr. 24 oder Tel: 17436

In diesem Zusammenhang planen wir in der Woche vom 7.10-12.10 eine Veranstaltungswoche zum Thema

„Frauen und Flucht"

Mo. 7.10. 18.00 Uhr: Austellungseröffnung: „In so weiter Feme so nah"

Fotoausstellung von den Eindrücken aus einem Lager in Reutlingen, erstellt von Frauen, die dort gelebt haben

18.30 Uhr Referat zur Motivation und Entstehungsgeschichte der Ausstellung
anschließend: Erfahrungsaustausch der Unterstützerinnengruppen Reutlingen/ Oldenburg
Referentin: Mitarbeiterin der Frauengruppen „Zumutung"/ Cafe Nepomuk
Musikalische Rahmengestaltung: Frauenband: „Musik in Blau"

Di. 8.10. 18.00 Uhr Referat: Asylpraxis in der BRD.

Referentin: Anja Zehnpfund,
Doro Bruch

Mi. 9.10. 18.00 Uhr: Filmvorführung: „Geduldet"

Dokumentalfilm über drei geflüchtete Mädchen aus Afganistan, Rumänien und Sierra Leone. Sie erzählen von ihren Wünschen und Träumen, ihren Nöten, den Erlebnissen auf der Flucht und von ihrem Alltag in Hamburg. (VHS,35 min.)
anschließend:
Bericht der Filmemacherin Ramona Brandt über die Dreharbeiten Diskussion über den Film.

Do. 10.10. 18.00 Uhr Referat: „ Feminisierung der Migration"

Referentin: Lydia Potts
anschließend:
Abschlußplenum zum Thema
„Widersprüche innerhalb der UnterstützerInnenarbeit der Anti-Rassismusgruppen"

Alle Veranstaltungen sind exclusiv für Frauen!!! Die Ausstellung kann während der gesamten Woche ab 17 Uhr besucht werden.

Sa. 12.10. 14.00 - 18.00 Ausstellung + Bücher und Infostände über die Arbeit von K 14

für Männer und Frauen

Veranstaltungsort:

ALSO-Halle Kaiserstr.12

Anmerkungen zur autonomen Linken

Hallo C & V,

Vielen Dank für Eure Ergänzungen zur leider nicht öffentlichen Debatte innerhalb des Alhambras über unsere Veranstaltung zum Brandanschlag in Lübeck mit dem Café Morgenland und Leuten vom antinationalen Büro in Hamburg. Wir finden es gut, daß Ihr mit uns für die Auflösung Deutschlands kämpfen wollt und wir freuen uns über Eure Verteidigung von Cafe' Morgenland gegen vehemente KritikerInnen im Alhambra. Auch Eure Kritik über eine fehlende Vorstellung vom Café Morgenland vor unserer Veranstaltung nehmen wir an, auch wenn wir daran festhalten, daß es uns, den HamburgerInnen und dem Cafe' Morgenland ausschlieBlich um die Inhalte (d.h. Lübeck als Beispiel eines verschärften deutschen Rassismus) und nicht um eine Präsentation der beteiligten Gruppen ging. Einiges scheint uns jedoch in Euren Beiträgen und vor allem im Alhambra schiefzulaufen oder zu fehlen, so daß wir hier noch einige Anmerkungen zur autonomen Linken aus unserer Sicht anbringen wollen:

1. Eine inhaltliche Auseinandersetzung um den rassistischen Brandanschlag in Lübeck und die Strategie Deutschlands, die Opfer zu Tätern zu machen, während es die vier Neonazis aus Grevesmühlen deckt, hat im Alhambra und auch in Euren Beiträgen bisher nicht stattgefunden, obwohl u.a. das Café Morgenland dies eingefordert hat. Zu fragen wäre doch z.B wie Widerstand gegen Deutschland und antirassistische Solidarität nach Lübeck, Hattingen, Stuttgart... aussehen müBte. Ein rein plakatives Lippenbekenntnis zur Solidarität mit dem Café Morgenland reicht da sicher nicht. Warum nicht z.B. eine Kampagne: Freispruch für Safwan Eid und Kampf der rassistischen deutschen Justiz, wo dies doch im Falle Mumia Abu Jamals im Alhambra möglich ist ???

2. Leider ist das Café Morgenland in der deutschen Polit-Szene eine marginale Erscheinung. Die Vorstellung vom breiten, selbstorganisierten Widerstand der Flüchtlinge und MigrantInnen, den mensch „nur" zu unterstützen brauchte, ist ein Mythos der Autonomen und anderer Deutscher. Schon allein aufgrund ihrer rechtlichen Unterdrückung ist es für MigrantInnen viel schwieriger, sich zu wehren oder Widerstand zu organisieren.

3. Dort, wo Ihr meint, wir hätten uns am Ende unseres letzten Beitrages verhaspelt, geht es uns um den Kern der Auseinandersetzung. Wir lassen uns nicht in die „Oldenburger autonome Linke" eingemeinden, weil für uns die Geschichte und die aktuelle Politik der Autonomen für folgendes steht:

- Kritiklose Unterstützung (ohne eigene Inhalte) von Befreiungsbewegungen im Trikont, z.B. FMLN, FSLN, Swapo, ANC, PLO, PKK und Zapatistas unter dem fatalen Motto „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Hauptsache unsere „nationalen" Revolutionäre kämpfen bewaffnet und mit schwarzen Wollmützen, dann ist es auch o.k. wenn sie später ein Homeland verwalten (siehe Arafat) oder für die Kapitalisten repräsentieren (siehe Mandela und Nu-joma).

- Antisemitismus, offen oder verdeckt als Antizionismus - AntiFA-Politik im Sinne einer Beobachtung des „Rechten Randes" ohne den rassistischen Massenkonsens zu bekämpfen.

- Bündnisse von unten mit staatstragenden und rassistischen Gewerkschaften, während diese gleichzeitig Jagden auf „illegale MigrantInnen" auf Baustellen und anderswo organisieren.

- Hoffnung, die angeblich fehlgeleiteten revolutionären Potentiale der deutschen Volksgemeinschaft in die richtigen Bahnen lenken zu könen, z.B. durch die Einrichtung autonomer Volx -Küchen.

Diese Hoffnung teilen wir nicht !! Deshalb: Wenn Ihr uns schon in eine politische Schublade stecken wollt, dann laßt uns bitte aus der autonomen drauBen und tut uns in die der antinationalen und antideutschen KommunistInnen.

Zweiundvierzig

P.S. Während der Kongreß der Zapatistas gegen Neoliberalismus (Kapitalismus und Imperialismus wollen die Autonomen das heute nicht mehr nennen) in aller Munde ist und Anton und Freunde freudig das Bündnis zwischen Apo Öcalan und dem Junge-Freiheit Autoren Heinrich Lummer vermelden können, verlieren sich auf einer Demo in Grevesmühlen gegen die neofaschistischen Brandstifter von Lübeck einige versprengte AntiFas und Antinationale und müssen sich dafür von der Bullerei unter dem Beifall der Normal-bürgerInnen verprügeln und von der übrigen deutschen Linken beschimpfen und beim Staatsschutz denunzieren lassen. Zu der Demo hatte übrigens auch das Cafe' Morgenland aufgerufen.

Soviel zum rassistischen Normalzustand!

VORTRAG UBER FOOD NOT BOMBS

Am Die, 1. 10., 20 Uhr in der Alhambrakneipe

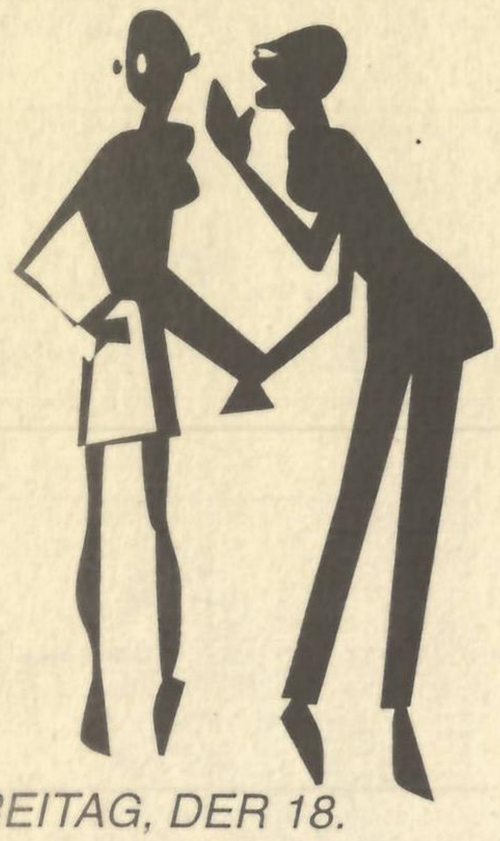
FOOD NOT BOMBS GIBT ES IN DEN USA SEIT DEN 80´ERN. DIE AUS DER FRIEDENS/ ANTIAKW-BEWEGUNG HERVORGEGANGENE GRUPPIERUNG HAT ES SICH ZUR AUFGABE GEMACHT, DIE MENSCHENVERACHTENDE ARMEN- UND OBDACHLOSENPOLITIK DER US-REGIERUNG ZU BEKÄMPFEN UND DIE NOT DER BETROFFENEN DURCH KOSTENLOSE VERGABE VON VEGANEM ESSEN WENIGSTENS ETWAS ZU LINDERN.

DOCH IST FNB KEIN KARITATIVER WOHLSTANDSVEREIN, POLITISCHES ENGAGEMENT GEHÖRT ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS. IN VIELEN STÄDTEN HABEN SICH NETZWERKE GEBILDET, DEREN MITGLIEDER Z.B. ZUSAMMEN MIT OBDACHLOSEN LEERSTEHENDE HÄUSER BESETZEN UND MIT ESSENSVERTEILUNGEN VOR MCDONALD'S, FEINKOSTLÄDEN UND RATHÄUSERN AUF DIE IMMER BRUTALER WERDENDE TRENNUNG VON ARM UND REICH HINWEISEN.

SO SEHEN SICH DIE MITARBEITERINNEN DANN AUCH MASSIVER BEKÄMPFUNG UND EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCHEN AUSGESETZT. DOCH TROTZ TÄGLICHER SPRENGUNGEN DER ESSENSAUSGABEN UND STÄNDIGEN VERHAFTUNGEN VON MIT-HELFERINNEN, SAMMELN DIESE WEITERHIN UNMENGEN AN NAHRUNGSMITTELN UND DECKEN SOZIALE MISSTÄNDE AUF.

AM 1.10. WIRD KEITH MCHENRY, FNB-MITBEGRÜNDER, ÜBER INHALT, ZIELE UND DEN AKTUELLEN STAND DER BEWEGUNG BERICHTEN.

ALLE INTERESSIERTEN SIND HERZLICH EINGELADEN!



Allen Interessierten Menschen sei noch einmal der Termin 4. Oktober, 20.30 Uhr genannt. Dann trifft sich die *Disco Gruppe*, um die Planung für das letzte Quartal 1996 zu gestalten. Alle Menschen, die Lust auf eine engagierte, dynamische Gruppe haben, sind herzlich willkommen....

...und sie lebten glücklich bis zum heutigen Tage.

FREITAG, DER 18.

Es bahnt sich etwas an...
Ein Gewitter zieht auf, ein Unwetter, wie wir es nur aus mystischen kaminfeuerabendlichen Erzählungen unserer Großeltern kennen. Und auch hier handelt es sich nur um die Geschichten derjenigen Großeltern, welche ihre Kindheit in den Talsohlen der Gebirge, den schutzlosen Bergdörfern verbrachten. Passende Puzzleteile zu den schwersten aller Unwetter. Hexenkessel !
Pechschwarze Wolken verdüstern den Himmel. Kein Vogel singt sein Lied von der Leichtigkeit des Seins. Stille. Drückende Schwüle, die Luft, zu schwer zum atmen. Schweiß auf der Stirn, und aus der Ferne ein dumpfes bedrohliches Grollen, welches unaufhaltsam näherrückt. Wir spüren eine leichte Brise. Es wird Zeit, die Fensterläden zu schließen, die zum trocknen aufgehängte Wäsche längst abgenommen. Mensch und Tier bringt sich in Sicherheit als der Sturm sich in das Tal stürzt.
Das Grollen der aufeinanderprallenden Luftschichten wird zum ohrenbetäubenden Getose, zuckende Energie-entladungen, stroboskopische Hochfrequenz, hell dunkel (keine Technoparty !). Ein Sturzbach peitscht die Gemeinde, droht sie wegzuschwemmen. Berstender Donner und sein Echo schallt von den Bergwänden hinab auf die Trommelfelder von ein paar hundert angsterfüllten DorfbewohnerInnen.

Wir geben dem Unwetter seinen Namen. Besser gesagt, wir teilen es auf in seine drei ursprünglichen Schlechtwetterfronten, die sich zusammenschlossen, um dieses kleine friedliche Dorf in einer Crush Hour zu beuteln. Fangen wir an mit...

Hypocritical Society ...sie sind die Ausgeburt der Hölle, anerkannte Gegner der Dur-Tonarten mit einem kontinuierlichen, wahrscheinlich stark bronchitisgepeinigtem Gegrunze. Eine Röhre, die gurgelt, die spotzt ! Ihrem Auswurf ist wenig Positives abzugewinnen. Mensch beschäftigt sich hier mit den negativen Seiten des Lebens, von denen es ja bekanntlich nicht gerade wenige gibt. Mariah Carey-Fans sei also vom Besuch dieses Konzertes abzuraten. Ihr habt in Oldenburg ja genug andere Beschäftigungsmöglichkeiten ! Zurück zur Combo, welche sich aus vier männlichen Musikanten mit doppelter Gitarrenwand zusammensetzt. Teils wird der Sound von ihnen geschleppt, dann aber entwickelt er sich zu einem mitreißenden Midtempo. Richtig schnell fahren die wohl nur in der 30 Zone. Es regiert der Doom, und auch Robert de Niro darf auf der von ihnen veröffentlichten Lp etwas sagen. Bleibt noch zu sagen, daß die Mannschaft auf der Bühne ziemlich überzeugend ist. Uns ist erzählt worden, daß es Leute gab, die nach H.S. letztem Konzert im Alhambra keine gute Laune mehr gehabt haben sollen. Negatives Gemüt schien allerdings zutiefst befriedigt. Kein Popopunk sondern Hartcore, besser als Valeron.

Es geht weiter mit... **ULME,**
die Gibson rockt leicht verzerrt und abgedämpft im Hintergrund. Minimalistischer Gesamtsound, es wird gesungen. Dann, langsam aber sicher baut sich Spannung auf. Hypnotische Gitarrenloops und Tombs Trancegetrommel steigern sich im wiederkehrenden Rhythmus. Dann, ein Tritt auf den Fußschalter und die Dampfwalze frißt Dein Gesicht. Die Standardausführung des amerikanischen Seiteninstruments hat schon viele Spuren im Punkbusiness hinterlassen, und auch hier gibt's satten Sound + tiefergestimmt = satt2. Das Trio ist uns allerdings auch bekannt, da es sich bei ihnen um den zweiten Auftritt im Alhambra handelt. Und so können wir mit ruhigem Gewissen sagen, daß es sich lohnt, diesen Nordfriesen bei der Arbeit zuzuschauen. Und vor allen Dingen dieses fiese Gebrüll. Gänsehaut ! Singen und schreien kann er, und der Drummer schnackt auch ganz gerne mal. Fazit: Ulme grooven, der Sturm tobt.

Letzteres... **METÖKE**
Metöke sind drei eitle Milchbuben, welche ursprünglich deutsche Volksmusik spielen wollten. Da sie dafür nicht genügend Talent aufweisen konnten, was sie relativ schnell auch selbst erkannten, gründeten sie eine Hardcoreband in der sie fortan gegen deutsche Volksmusik wetterten aus Ärger darüber, daß sie sie nicht spielen konnten. Heute sind sie auch schon ein bischen älter, haben sich wohl oder übel damit abgefunden, daß es ihnen nicht vergönnt war, deutsche Volksmusik zu spielen. Doch der Zorn blieb, unterschwellig zwar, doch es gibt Momente, da will er raus. Heute ist für sie ein großer Tag, denn ab heute wird ihre erste Langspielplatte käuflich zu erwerben sein, und das im Alhambra, wo sie denn auch ihr Können live auf der Bühne präsentieren wollen. Der Sturm auf die Bastille... Kritiker munkeln, daß es nicht leicht sein wird, denn Aussätzer des Sängers und Gitarristen sind bekannt. Außerdem ist ungewiß, ob der Schlagzeuger an seine früheren Leistungen anknüpfen kann. Er soll angesetzt haben, und daß der Basser ziemlich irre ist, hat sich schon mancherorts rumgesprochen. Die Musik beschreiben, ist kein leichtes Spiel möchten wir behaupten, doch etwas läßt sich sagen: Irre schnell, schizopunk mit Metallmosh, Urgebrüll und Fistelstimmchen. Eine Achterbahnfahrt mit verbundenen Augen...
Dabei sein ist alles auf unserem Megadance Festival + Plattenveröffentlichungsparty von Metöke am 18.10

Filmriß

Kino im ALHAMBRA

13. Oktober, 20.30 Uhr

MURIELS HOCHZEIT

Australien 1994
Produktion: House and Moorehouse
Regie und Buch: P.J. Hogan
Darsteller: Toni Collette, Bill Hunter, Rachel Griffiths

Die zwanzigjährige Muriel - weder gertenschlank, noch besonders klug - ist ihren wie Barbie-Puppen gestylten Freundinnen ein Klotz am Bein. Der Vater, ambitionierter Kommunalpolitiker, hält seine dauerarbeitslose Tochter für eine Versagerin und läßt sie das tagtäglich spüren. Die apathische Mutter nimmt Muriel und ihre Sorgen kaum wahr. Muriel flüchtet - zunächst zurück in die Jungmädchenzeit und die Musik der schwedischen Popgruppe ABBA, später auf eine Ferieninsel, wo sie die Ersparnisse der Familie verpraßt. In Sydney gelandet, will sie sich endlich ein eigenes Leben aufbauen, mit allem was dazu gehört: Job, Wohnung, Geld, Liebhaber, besser noch Ehemann.
Bei dem Versuch, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen, hilft die leichtlebige Rhonda, mit der sie schon im Urlaub über die alte Freundinnenclique triumphieren konnte. Als Rhonda erkrankt und an den Rollstuhl gefesselt ist, entwickelt Muriel neue Fluchtpläne ..

27. Oktober, 20.30 Uhr

PANTHER

USA 1995
Produktion: PolyGram Filmed Entertainment u.a.
Produzenten: Mario & Melvin van Peebles, Preston Holmes
Regie und Buch: Mario & Melvin van Peebles
Darsteller: Kadeem Hardison, Bokeem Woodbine, Joe Don Baker, Courtney B. Vance, Tyrin Turner, u.a.

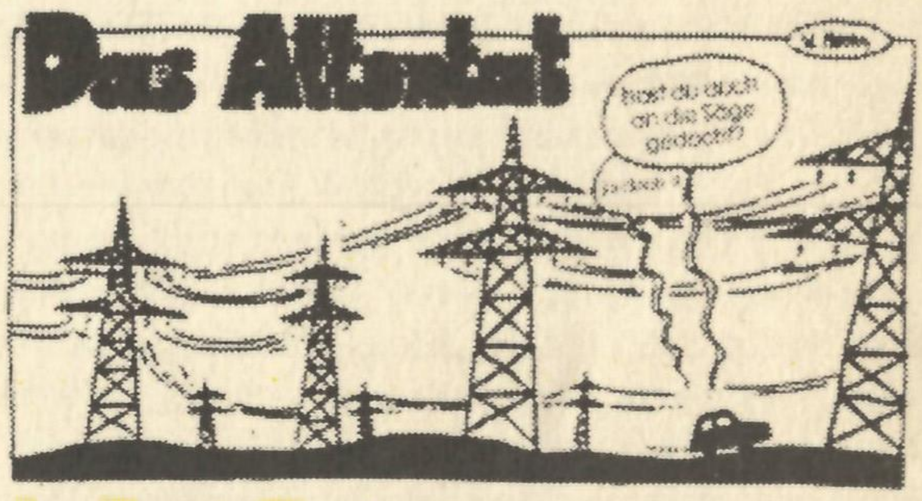
Aufwendig inszenierter Spielfilm über die Blütezeit der 1966 als Nachbarschaftshilfe in Kalifornien gegründeten und danach schnell zur politisch ernstzunehmenden Gruppierung heranreifenden „Black Panther Party for Self Defense". In spektakulären Aktionen gelingt es ihnen mehrfach, die Ordnungshüter durch die schlichte Kenntnis ihrer Bürgerrechte zu düpieren. Wozu in den USA auch das tragen von Waffen gehört. Da sich die „Panthers" obendrein auch noch kreativ engagieren, gewinnen sie mehr und mehr Mitglieder und Sympathisanten. Was den FBI-Chef J. E. Hoover auf den Plan ruft, der alles daransetzt, die Bewegung zu zerschlagen. Was ihm am Ende bekanntlich auch gelang. Mario und Melvin van Peebles beschränken sich in ihrem Vorhaben, diesen Teil der amerikanischen Geschichte zu rekonstruieren, auf die Blütezeit der „Panthers" von 1966-68.

Alle Filmveranstaltungen beginnen pünktlich um 20.30 Uhr. Der Eintritt beträgt 5.- DM.

ALHAMBRA

selbstverwaltetes aktions- und kommunikationszentrum — programm oktober 96

Di 1. Oktober	20.00 Uhr	**"Food not Bombs"** - Veranstaltung der T.O.O.
Mi 2. Oktober	19.30 Uhr	**FrauenLesben-Fest** - 10 Jahre HORY
Do 3. Oktober	21.00 Uhr	**Einheiz-Party** der SDAJ (5.-Mark)
Sa 5. Oktober	22.00 Uhr	Homophilias
So 6. Oktober		**Rollenwechsel** zeigt: einen Film
Do 10.Oktober	22.00 Uhr	Informatik-Erstsemesterfete
Fr 11.Oktober	20.30 Uhr	**NutzerInnenplenum**
	23.00 Uhr	**Die Disco**
Sa 12.Oktober	21.00 Uhr	**FrauenLesbenDisco**
So 13.Oktober	20.30 Uhr	**Filmriß** zeigt: Muriels Hochzeit
Do 17.Oktober	22.00 Uhr	**Erstsemester-Party** der alternativen liste
Fr 18.Oktober	21.00 Uhr	Crush Hour Concerts: ULME + Metöke + Hypocritical Society
Do 24.Oktober	22.00 Uhr	Fachschaftsfete Pädagogik
Fr 25.Oktober		Konzert?
Sa 26.Oktober	22.00 Uhr	**Rosa Disco**
So 27.Oktober	20.30 Uhr	**Filmriß** zeigt: Panther
Do 31.Oktober	22.00 Uhr	Fachschaftsfete Geographie/Raumplanung



★

Regelmäßige Termine im Alhambra:

Montag: 18.-20.00 Uhr Crush Hour Concerts ★ 20.30 Uhr Antifa-Café
Donnerstag: 16.30 Uhr Libertäres Infocafé ★ 18.00 Uhr Infocafé + Archiv ★ 20.00 Uhr Vokü, danach Kneipe
★ 20.30 Uhr Oldenburger Rechtshilfe
Jeden 1. Freitag: 20.30 Uhr Vorbereitungstreffen "Die Disco"
Jeden 1. Sonntag: 17.00 Uhr Tierrechtsinfocafé in der Kneipe mit Kuchen und Tee